

# AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

## Deutschland und die Bundeswehr

*Lucius Teidelbaum* ~ Die AfD als Partei des (alten) deutschen Militarismus - **1**

*Wolfgang Blaschka* ~ Akute „Sonderlage dahoam“. München zwischen Amok-Panik und Terror-Angst - **4**

*Michael Schulze von Glaßer / Thomas Mickan* ~ Rückblick: Kein „Tag der Bundeswehr“ 2016 - **7**

*Andreas Seifert* ~ Bittere Pille für den Frieden? Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr - **10**

## NATO & EU: Strategien

*Sabine Lösing und Jürgen Wagner* ~ EU-Globalstrategie: Deutsch-französische Militarisierungsoffensive - **14**

*Jürgen Wagner* ~ NATO-Gipfeltreffen in Warschau: Das 360-Grad-Bündnis geht in die Offensive - **19**

## Nordafrika

*Christoph Marischka* ~ Mission Creep im Mittelmeer. Seenotrettung, Embargo, Statebuilding und Terrorbekämpfung - **24**

*Philip Copony* ~ Mit dem Vorwurf „Antiimperialismus“ für den Krieg. Ein Rückblick auf den Diskurs über die Libyen-Intervention auf „Linksunten“ - **28**

## US-Drohnenkrieg

*Marius Pletsch* ~ Zahlen ohne Aussagekraft: Der offizielle Bericht zu zivilen Opfern des US-Drohnenkriegs - **34**



# Editorial:

Kaum zu glauben: Nicht einmal fünf Jahre nach Bekanntwerden des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) heißt es in vielen Zeitungen und Kommentaren, der Terrorismus sei in Deutschland „angekommen“. Gemeint sind damit drei Gewalttaten, die außer, dass sie im selben Bundesland stattfanden, kaum weitere Gemeinsamkeiten aufweisen. Die einzige vielleicht besteht darin, dass die Aggressoren jeweils selbst zum Opfer wurden bzw. Opfer waren. Der Amoklauf, der weiteren Menschen das Leben kostete, entsprang einem rechtsextremen Weltbild. Trotzdem wurde die ganze Serie zum Anlass genommen, alte Debatten über Flüchtlinge, neue Sicherheitsgesetze

und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren neu zu entfachen. Wie sehr der Sicherheitsapparat bereits am Tag der Tat in München durchdrehte und damit versagte, brachte Wolfgang Blaschka auf den Punkt, weshalb wir seinen Artikel in diesem AUSDRUCK mit abdrucken. Darüber hinaus wollen wir uns von der Terrorhysterie nicht weiter anstecken lassen und nehmen die Strategien der EU und der NATO in den Blick, welche letztlich dafür verantwortlich sind, dass immer größere Teile der Erde zum Kriegsgebiet, Traumatisierung und permanente Bedrohungsgefühle zunehmend global werden. Dazu gehört auch der Blick auf den Umgang mit Opfern von Drohnetötungen und ihrer „Aufarbeitung“.

Während sich hierzulande einige mit dem Magazin Spiegel noch fragen, wo man eigentlich noch halbwegs sicher Urlaub machen kann, sind andere längst aktiv gegen die Kriegsmaschinerie. Deshalb berichten wir auch vom Widerstand, etwa zum Tag der Bundeswehr. Und wir leisten uns einen Rückblick auf die Debatte um den Libyenkrieg 2011 auf der Internetplattform Indymedia, mit dem (wenig?) überraschenden Ergebnis, dass in diesem alternativen und nicht-kommerziellen Medium zum Mitmachen die meisten bereits damals die katastrophalen Folgen des NATO-Krieges zumindest erahnten.

*Die Redaktion*

## Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

**Redaktion:** Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

**Erscheinungsweise:** Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

**Druck:** Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

**Bezugsbedingungen:** IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

**Bezugsadresse:** Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

**Hinweise zu einzelnen Texten:** Δ Sabine Lösing und Jürgen Wagner, aktualisierte und erweiterte Fassung eines Artikels in der jungen Welt vom 06.07.2016.

**Bildnachweise wie angegeben außer:** Titelbild: Netzwerk Friedenskooperative.

**Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:** Wolfgang Blaschka ist Grafiker, Autor und Filmemacher aus München; Phillip Copony hat ein Praktikum bei IMI gemacht und lebt in Leipzig und Tübingen; Sabine Lösing ist Mitglied des Europäischen Parlamentes; Marius Pletsch veröffentlichte zuletzt in der Juni-Ausgabe des AUSDRUCK über Drohnenkriege; Lucius Teidelbaum ist Autor des Buches Braunzone Bundeswehr; Christoph Marischka, Andreas Seifert und Jürgen Wagner sind Mitglieder des IMI-Vorstandes, Michael Schulze von Glaßer und Thomas Mickan des IMI-Beirates.

**Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe:** Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

## Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisation und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

### Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

### Kontakt: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)

web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)



# Die AfD als Partei des (alten) deutschen Militarismus

von Lucius Teidelbaum

Die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ wurde in der Vergangenheit vor allem für ihren gegen die EU gerichteten Nationalismus, sowie ihren flüchtlingsfeindlichen und antimuslimischen Rassismus kritisiert. Die militärpolitischen Positionen der Partei blieben von ihren Kritiker\*innen dagegen bisher weitgehend unbeachtet. Dabei wünscht sich die AfD einen höheren Stellenwert des Militärischen in der Gesellschaft. Den ausgewiesenen Bismarck-Fans Björn Höcke oder auch Alexander Gauland, die beide in diesem Zusammenhang in der Partei eine wichtige Rolle spielen, dürften dabei preußische Verhältnisse vorschweben. Speziell Gauland lieferte bereits vor einigen Jahren Einblicke in seine militaristische Gedankenwelt, als er sich mit folgenden Passagen zu Wort meldete: „Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt. Sie betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz, sondern als das schlechthin Böse und Falsche, als ein Mittel, aus dem nie und unter keinen Umständen Brauchbares entstehen könne. [...] Statt [...] immer von Neuem die pazifistische Melodie zu singen, wäre es klug, eine politische zu intonieren, weil eben militärische Gewalt [...] nicht an sich schlecht, sondern nur als falsche Politik schlecht ist. Das aber setzt voraus, dass die Deutschen wieder eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren lernen, die Bismarck in seiner ersten Regierungserklärung als preußischer Ministerpräsident 1862 in die berühmten Worte fasste: ‚Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut.‘“<sup>1</sup>

## Ziel: Eine effizientere Bundeswehr

In rechten Kreisen wird der Zustand der als „Uschi-Wehr“ geschmähten Bundeswehr bitter beklagt. Auch die von Björn Höcke und Alexander Gauland im November 2015 veröffentlichten „Grundsätze für Deutschland“ kritisierten: „Deutschland muß selbstbestimmt handeln!“ (3. Grundsatz). Darin heißt es: „Deutschland ist nach Einschätzung höchster Sicherheitsbeamter nicht mehr in der Lage, die innere wie die äußere Sicherheit zu garantieren. Und was macht die Bundeswehr? Sie dient in der ganzen Welt fremden Interessen, während die hiergebliebenen Soldaten ihre Kasernen für Asylsuchende räumen und Toiletten in Erstaufnahmeeinrichtungen reparieren.“<sup>2</sup>

Auch im neuen Bundesparteiprogramm beklagt sich die Partei: „Die deutschen Streitkräfte sind derzeit nur noch bedingt einsatzbereit. Durch politische Fehlentscheidungen und grobes Missmanagement wurden sie über nahezu drei Dekaden hinweg vernachlässigt. Sie müssen in vollem Umfang wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wirkungsvoll und nachhaltig zu erfüllen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Nato, EU und internationale Staatengemeinschaft Deutschland als gleichberechtigten Partner wahrnehmen.“<sup>3</sup>

Eine effiziente Armee wird aber als Garant zur Wahrung deutscher Interessen betrachtet. Deswegen fordert die AfD in ihrem

GASTBEITRAG

Bundesparteiprogramm, „die militärischen Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte wiederherzustellen“ und begründet das wie folgt: „Diese von der AfD geforderte Wiederherstellung soll nicht nur die Landesverteidigung als zentrale Aufgabe der Bundeswehr sicherstellen, son-

dern die deutschen Streitkräfte auch in erforderlichem Maß zur Bündnisverteidigung und Krisenvorsorge befähigen.“<sup>4</sup> Hierfür benötige Deutschland „Streitkräfte, deren Führung, Stärke und Ausrüstung an den Herausforderungen künftiger Konflikte orientiert sind und höchsten internationalen Standards entsprechen, die gründlich und an den modernen Einsatzerfordernissen orientiert ausgebildet werden und die eine am Wohl der Truppe orientierte Verwaltung mit deutlich reduzierter Bürokratie vorhalten.“<sup>5</sup>

## Ziel: Re-Militarisierung der Gesellschaft

Für die politische Rechte ist die Funktion und Aufgabe der Bundeswehr als deutsche Armee ideologisch aufgeladen. Es geht nicht nur um ein Instrument deutscher Machtpolitik. Eine Armee ist auch Ausdruck von Souveränität und eine Wehrpflichtarmee gilt als Erziehungsinstrument für junge Männer. Deswegen scheiden sich bei der Frage der Wehrpflicht die Geister. Die Pragmatiker/innen von Union und SPD legen Wert auf Funktionalität, während für die AfD die Bundeswehr mehr ist als ein Instrument der Außenpolitik. Militarismus - oder in der eigenen Sprache auch „Wehrhaftigkeit“ - ist ein wichtiges Element von Nationalismus und extrem rechter Ideologie.

Die AfD steht deswegen innenpolitisch auch für eine (Re-) Militarisation der Gesellschaft. Ähnlich etwa wie ihre Schwesterpartei FPÖ ist sie für die Wiedereinführung der Wehrpflicht. So heißt es im neuen Bundesparteiprogramm unter dem Punkt „Wehrpflicht wieder einsetzen“: „Die Landesverteidigung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Sie betrifft den Kern staatlicher Existenz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Daher ist der Auftrag der Bundeswehr Verpflichtung für jeden Staatsbürger.“ Zur Begründung wird angeführt: „Durch die Rückkehr zur Allgemeinen Wehrpflicht schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass sich die Bevölkerung mit ‚ihren Soldaten‘ und ‚ihrer Bundeswehr‘ identifiziert, mit Streitkräften, die in der Bevölkerung fest verankert sind, dass sich das Bewusstsein für die wehrhafte Demokratie wiederbelebt, dass nachhaltig Nachwuchs aus allen Gesellschaftsschichten gewonnen wird und damit eine intelligentere Armee möglich wird, dass ein breites Potential an Reservendienstleistenden entsteht.“<sup>6</sup>

Zur Militarisation der Gesellschaft ist auch der Vorschlag der AfD in Baden-Württemberg zu zählen, einen „Tag des Heimatschutzes“ einzuführen: „Wir regen an, einen ‚Tag des Heimatschutzes‘ einzuführen, an dem Bundeswehr, Feuerwehren, Polizei und THW über ihre Arbeit informieren.“<sup>7</sup> Dass im Landesparteiprogramm ebenfalls die „Wiedereinsetzung der allgemeinen Wehrpflicht für männliche Deutsche“ gefordert wird, überrascht da kaum. Ebenso heißt es im Landesparteiprogramm: „Jugendoffiziere der Bundeswehr informieren über die Streitkräfte. Das sollen sie weiterhin und ohne Beschränkung an Baden-Württemberger Schulen tun dürfen.“<sup>8</sup> Im Landtagswahlprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt werden zudem Soldaten vor „Beleidigungen oder Verunglimpfungen“ in Schutz



Alexander Gauland und Björn Höcke. Quelle: IMI (geändertes Bildmaterial von Wikipedia und Metropolico.org via Flickr.)

genommen: „Die AfD wendet sich entschieden gegen Beleidigungen oder Verunglimpfungen deutscher Soldaten. Wir verurteilen jegliche Sachbeschädigungen oder Zerstörungen an militärischen Geräten und Liegenschaften.“<sup>49</sup>

### Uneins über NATO-Mitgliedschaft

Innerhalb der AfD existiert in Bezug auf die NATO eine Minderheiten- und eine Mehrheitsposition. Nationalistischen Motiven entspringt die Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands durch wichtige VertreterInnen des ultrarechten Parteiflügels, die sich aber bisher noch nicht in ihrer Partei durchsetzen konnten. Diese Position wird zumeist von einer demonstrativen Hinwendung zu Russland begleitet. Dieser Teil der AfD will einen Austritt aus der NATO forcieren, um so – aus ihrer Sicht – besser deutsche Interessen wahrnehmen zu können.

Seit dem Weggang von Ex-Parteichef Bernd Lucke und seinen Getreuen wurde diese Position gestärkt. Doch die Mehrheitsposition ist weiterhin für einen Verbleib in dem Militärbündnis; so heißt es denn auch im Anfang Mai 2016 verabschiedeten Bundesparteiprogramm: „Die Mitgliedschaft in der Nato entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, soweit sich die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt.“<sup>40</sup>

Abgelehnt werden aber NATO-Interventionen ohne UN-Mandat, wie es im Bundesparteiprogramm heißt: „Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der [sic] sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden.“<sup>41</sup> Auch für „den Abzug aller auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen und insbesondere ihrer Atomwaffen“<sup>42</sup> setzt sich die AfD in ihrem Bundesparteiprogramm ein.

### Militärs in den Reihen der AfD

Dass Militär-Politik innerhalb der AfD einen wichtigen Rang einnimmt, ist u.a. an den Veranstaltungen zu diesem Thema oder an den Stellungnahmen der Partei zu diesem Thema zu

erkennen. Der hohe Stellenwert dürfte auch seine Ursache in den ehemaligen und aktiven Bundeswehr-Angehörigen innerhalb der AfD haben. So verfügen auch mehrere Landtagsabgeordnete über eine biografische Verbindung zur Bundeswehr:

- Innerhalb der AfD gilt Prof. Dr. Jörn Kruse als eher gemäßigt. Der emeritierte Professor für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg zog für die AfD in den Landtag von Hamburg ein und soll die Partei inzwischen wieder verlassen haben.
- Lars-Patrick Berg aus Heidelberg ist Oberstleutnant der Reserve und wurde im März 2016 für die AfD in den Landtag

von Baden-Württemberg gewählt.

- Uwe Junge ist nicht nur seit August 2015 Landesvorsitzender der AfD in Rheinland-Pfalz und frisch gewählter Landtagsabgeordneter, sondern auch Berufsoffizier bei der Bundeswehr im Rang eines Oberstleutnants. Er diente als Dezernatsleiter im Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr in Mayen bei Koblenz. Vor seinem Engagement bei der AfD war Junge auch Mitglied bei der antimuslimischen Kleinstpartei „Die Freiheit“, nach eigenen Angaben nur zwischen 2010 und 2011.
- Andreas Kalbitz aus Königs Wusterhausen sitzt für die AfD im Landtag von Brandenburg. Er gilt als Gaulands Kronprinz und war 1994 bis 2008 Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Kalbitz stammt aus der extremen Rechten und war 1992 bis mindestens 1994 Mitglied der Republikaner, zudem ist er bis heute „Alter Herr“ der Pennalburschenschaft Saxonia München, einer ultrarechten Schülerverbindung.
- André Wendt aus Dresden sitzt für die AfD als Abgeordneter im sächsischen Landtag. Er trat 1993 der Bundeswehr bei und war seit 1999 Berufssoldat. Bis heute gehört er dem Bundeswehrverband an.
- Ein Fraktionskollege von ihm in Dresden ist Sebastian Wippel aus Görlitz. Dieser ist Polizeikommissar und stellv. Dienstgruppenführer im Polizeirevier Görlitz und war ebenfalls Zeitsoldat. In der sächsischen AfD ist er der sicherheitspolitische Sprecher. Er war Mitbegründer der „Patriotischen Plattform“, die als parteiinterne Lobby für einen stärkeren Rechtsruck trommelt.

Nach den Berliner Senats-Wahlen im Herbst 2016 werden wohl weitere Personen zur Riege der AfD-Abgeordneten mit Bundeswehr-Biografie stoßen:

- Spitzenkandidat ist Georg Pazderski, ein ehemaliger Oberst im Generalstabsdienst der Bundeswehr. Er ist seit Januar 2016 AfD-Vorsitzender in Berlin und Mitglied im Bundesvorstand seiner Partei. Darüber hinaus ist er Koordinator für Außen- und Verteidigungspolitik und Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Internationale Verantwortung Deutschlands“. Pazderski war u.a. bis zu seinem Ausscheiden 2010 sicherheitspolitischer Berater des Ständigen Deutschen

Vertreters bei der EU in Brüssel, als Leiter einer Internationalen Planungs- und Analysegruppe im Hauptquartier USCENTCOM in Tampa/USA und als Abteilungsleiter für Logistik im NATO Joint Force Command in Lissabon tätig.

- Thorsten Weiß ist seit Dezember 2014 Landesvorsitzender der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ in Berlin. Weiß war sechs Jahre Zeitsoldat und zuletzt Offizier einer Panzertruppe der Bundeswehr. Sowohl der Offizier a.D. Weiß als auch der Generalstabsoffizier a.D. Pazderski traten am 29. Februar 2016 in Berlin bei der AfD-Veranstaltung mit dem Titel „Ist Deutschland noch verteidigungsfähig?“ auf.
- Auch aus Berlin stammt Eiko Behrens, ein aktiver Stabsoffizier der Reserve im Bundesministerium der Verteidigung. Er kandidierte auf Platz 3 der AfD-Landesliste zum Bundestag 2013 und war früher Chef der Partei „Die Freiheit“ im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf.

Andere wichtige Parteimitglieder können ebenfalls auf eine Bundeswehr-Vergangenheit zurückblicken:

- Der Fernsehjournalist Armin-Paul Hampel leitet den AfD-Landesverband Niedersachsen. Er ist auch ein Reserveoffizier.
- Ein weiteres Beispiel ist der ehemalige CDU-Rechtsaußen und Reserveoffizier Martin Hohmann aus Fulda, der bei den Kommunalwahlen im März 2016 als Spitzenkandidat der AfD in Fulda erfolgreich kandidierte.
- Der Forstassessor Axel von Baumbach aus dem hessischen Kirchheim errang zwar für die AfD ein Mandat im Kreistag des nordhessischen Landkreises Hersfeld-Rotenburg 2016, trat es aber nach Kritik nicht an. Der Bundeswehr-Major der Reserve ist Vorsitzender einer Reservistengruppe und bewegte sich früher in den Kreisen der so genannten „Reichsbürger“.
- Hendrik Rottmann aus Köln kandidierte für die AfD sogar als Oberbürgermeister in seiner Heimatstadt. Mitte März 2016 enthüllte „Spiegel Online“,<sup>13</sup> dass Rottmann nicht einfach nur ein Offizier der Streitkräftebasis ist, sondern als Controller für den Bundeswehr-Geheimdienst „Militärischer Abschirmdienst“ (MAD) arbeitet. Dieser soll die Bundeswehr vor ‚Extremismus‘ schützen, wozu offenbar kein Rechtspopulismus gezählt wird. Rottmann ist bis heute Vorsitzender des Kölner AfD-Kreisverbands und sitzt für seine Partei im Stadtrat.
- Noch unter Bernd Lucke wurde der Oberst der Reserve Gerold Otten aus Neubiberg bei München zum Verteidigungsexperten der AfD.

Über Sanktionen innerhalb der Bundeswehr aufgrund einer AfD-Mitgliedschaft ist bisher nichts bekannt. Engagement für die AfD blieb für Bundeswehrangehörige und Reservisten bisher ohne Folgen. Zwar wurde Günter Lenhardt aus Filderstadt, Sprecher des AfD-Kreisverbands Esslingen und AfD-Kandidat zur Landtagswahl in Baden-Württemberg, von seinen Aufgaben im Flüchtlingsheim Heidelberg entbunden, wo er als Bundeswehr-Reservist in der Heidelberger Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge gearbeitet hatte. Er hatte in einem Zeitungsinterview gesagt, es sei egal, ob ein Flüchtling an der griechischen oder an der deutschen Grenze durch Schüsse sterbe. Aber das hatte mit dem konkreten Statement des Stabsunteroffiziers der Reserve und nichts mit seiner AfD-Parteimitgliedschaft an sich zu tun. Den Rechtspopulisten dürfte hier zugute kommen, dass der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ und der Bundeswehr-Geheimdienst

MAD den Bereich ‚Rechtsextremismus‘ im Wesentlichen auf Neonazismus verengen.

## Fazit: Mobilmachung von Rechts

Die AfD steht für Rassismus, Wohlstandschauvinismus, Antifeminismus, das Feindbild Links, das Feindbild Islam, Pro-Atom und Law&Order. Der Militarismus sollte bei der Auseinandersetzung mit dieser Partei als weiterer Kritikpunkt herangezogen werden.

Die Militärs in den Reihen der AfD werden auch weiter für die anhaltende militaristische Positionierung der AfD sorgen. Bei der Entwicklung eines militärpolitischen Programms könnten zukünftig auch rechte Thinktanks wie das „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW) helfen, eine Gründung des Stahlhelmflügels der CDU, das sich aber zunehmend von der Union abgekoppelt hat. Das SZW veranstaltete in den letzten Jahren mehrfach „Sicherheitspolitische Seminare“, bei denen Militärs und Ex-Militärs referierten und die auch von AfD-Mitgliedern besucht wurden.

NATO-kritische Töne oder die Ablehnung von militärischen Interventionen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies nur aus nationalistischen Motiven geschieht. Militärische Interventionen, die in ihrer Sicht den Interessen Deutschlands entsprechen, werden kaum abgelehnt werden. Daher liegt der Unterschied zur derzeitigen Regierungs-Praxis lediglich in der Definition dessen, was nationale Interessen sind.

Mit der zunehmenden Etablierung der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ besteht die Gefahr, dass auch ihr militärpolitisches Programm mehr Einfluss erhält. Kaum droht eine direkte Einflussnahme, denn die direkte Beteiligung der AfD an der Macht durch eine Koalition ist derzeit nicht absehbar. Aber ihr indirekter Einfluss ist bereits heute spürbar. Gemeint ist die Übernahme von Programmpunkten durch andere Parteien. Und dieser indirekte Einfluss dürfte nach dem zu befürchtenden Einzug in den Bundestag im Jahr 2017 steigen.

## Anmerkungen

- 1 Siehe *IMI-Standpunkt* 2012/047.
- 2 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf), beschlossen Anfang Mai 2016, S. 31.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd., S. 30.
- 5 Ebd., S. 31.
- 6 Ebd., S. 32.
- 7 Für unser Land – für unsere Werte. Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, 2016, Seite 11, <http://afd-bw.de/wahlprogramm/>
- 8 Ebd., Seite 11.
- 9 „Wir für unsere Heimat“, AfD-Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016, Seite 56, <http://www.afd-lsa.de/start/wp-content/uploads/2015/10/Wahlprogramm-kurz.pdf>
- 10 Programm für Deutschland. (s. FN2), S. 30.
- 11 Ebd., S. 30.
- 12 Ebd., S. 31.
- 13 Jörg Diehl und Matthias Gebauer: Kölner Politiker Rottmann: Beruf Geheimdienstoffizier, Hobby AfD, „Spiegel Online“, 17. März 2016.

# Akute „Sonderlage daheim“ München zwischen Amok-Panik und Terror-Angst

von Wolfgang Blaschka

Bayern ist scheinbar gerüstet für jeden erdenklichen sicherheitsrelevanten Fall, mit Ausnahme eines Atomkrieges vielleicht. Nur gegen etwas ist nicht nur der Freistaat nicht gefeit: Dass seine Bürger durchdrehen. So wie der strebsame 18-jährige in Deutschland geborene und aufgewachsene Schüler Ali David Sonboly, der sich für Hänseleien, handgreifliches Mobbing und Diebstahl an seinen ehemaligen Mitschülern rächen wollte, indem er sie unter falscher Identität zu einem kostenlosen Essen im Fast-Food-Restaurant einzuladen vorspiegelte, um sie zu töten. Doch daraus wurde nichts. Stattdessen tötete der „einsame Wolf“ wahllos neun andere Menschen und verletzte 27 weitere, 10 davon schwer. Die meisten waren Jugendliche wie er selbst, viele mit Migrationshintergrund.

Einer der wenigen, die eintrudelten, war enttäuscht, dass die angebliche Einladerin nicht zugegen war, und verdrückte sich nach kurzer Begrüßung gleich wieder zum Einkaufen schräg gegenüber. So entkam er der Rache des ehemaligen Mitschülers, der seinem Faible für den norwegischen Nazi-Killer Anders Brevik genau am fünften Jahrestag von dessen Bombenanschlag in Oslo und dem folgenden Massaker auf der Insel Utoya freien Lauf ließ. Doch nicht nur der labile, psychisch kranke und Ego-Shooter-besessene Ali David drehte durch. Ganz München drehte durch. Und die Polizeiführung griff mächtig in die Speichen des ganz großen Rades, das die gesamte Stadt stillstehen ließ: Es herrschte behördlich verordneter Ausnahmezustand, dem 1,5 Millionen Menschen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert waren. Die Staatsmacht saß ihren eigenen Terrorphantasien auf, die Bewohner ihrerseits der geschürten Hysterie. Plötzlich wurde angeblich überall geschossen. Der reale „Counter-Strike“ nahm polizeigesteuert seinen unheilvollen Lauf.

Das Rüstungszentrum München verfügt nicht nur über Wafenschmieden zum Export in Krisenregionen, sondern auch über ein polizeiliches Einsatzpotenzial für die „Heimatfront“ vom Feinsten. Auch aus dem Umland wurde binnen kürzester Frist alles mobilisiert, was zwei Beine oder vier Räder hatte, nebst Polizeikräften auch aus anderen Bundesländern. Sogar die GSG-9 durfte mit sechs Hubschraubern aus NRW einfliegen. Auch die österreichische Spezialeinheit „Cobra“ war mit von der Partie. Insgesamt tummelten sich dann 2300 Einsatzkräfte auf den Straßen im freitäglichen Feierabendverkehr. Dieses Großaufgebot kam an diesem 22. Juli 2016 zur vollen Geltung: Bereits kurz nach dem ersten Alarm um 17.52 Uhr war das Olympia-Einkaufszentrum umstellt; dort waren Schüsse gefallen. Sofort lief die Sicherheitsmaschinerie nach vorgefertigtem Einsatzkonzept „Sonderlage nach Amoklauf“ auf Hochtouren, rasant durchdrehend wie die Rotorblätter ihrer Heliko-

GASTBEITRAG

pter, im Laufe des Abends bis hoch hinauf zur „akuten Terrorlage“.

Die Polizei zeigte, was sie konnte: Eine komplette Millionenstadt lahmlegen, sämtlichen Nahverkehr außer Betrieb setzen, die sofortige Schließung von Restaurants und Geschäften

anordnen, den Hauptbahnhof verrammeln, Züge umleiten und vor allem selber herumstehen, nicht zuletzt sich selbst im Weg. Und mehr noch demonstrierte sie, was sie eben nicht konnte: Menschenleben schützen. Das ist die Krux jeder Polizeiarbeit, dass die Ordnungshüter naturgemäß immer erst nach der Tat aufkreuzen, wenn alles Schreckliche passiert ist, um Spuren zu sichern und den Tatort samt umliegender Straßen abzusperren. Das soll kein Vorwurf sein. Es ist Fakt. Was ihnen bleibt, ist eine groß angelegte Polizeiübung unter Realbedingungen, in diesem Fall also eine stadtweite Großfahndung. Dabei kauerte der Attentäter keine 600 Meter nördlich des OEZ versteckt in einer Seitenstraße. Zivilbeamte hatten auf ihn geschossen, jedoch nicht getroffen. Das große Jagdfieber war allerdings schon ausgebrochen. Zeugen wollten an mehreren Stellen Schüsse gehört haben. Darum vermutete man noch zwei weitere inzwischen möglicherweise U-Bahn-flüchtige Komplizen, die es jedoch nicht gab. Es war nur einer. Wie gesagt: Kein Vorwurf an die Ohrenzeugen; das konnte niemand so genau wissen zu diesem Zeitpunkt. Doch die Schüsse am Parkdeck hatte die Polizei selbst abgegeben; das hätte sie zumindest wissen müssen, um entsprechende Meldungen richtig einordnen zu können. Nichts dergleichen. Einmal in der Welt entfalten Gerüchte ihr Eigenleben.

4310 Notrufe gingen an diesem Abend ein, soviel wie sonst an vier ganzen Tagen. In Zeiten grassierender Terror-Hysterie fehlt es nicht an beflissener Mitwirkung seitens der Bevölkerung, die auch am Stachus („und am Karlsplatz“, wie der ortsunkundige Dauerplapperer Thomas Roth im Tagesschau-Livestream noch einen draufsetzen zu müssen glaubte, nicht ahnend, dass beides denselben Ort bezeichnet) in der Innenstadt Schüsse gehört haben wollten und in wilder Panik auseinander stoben, kreischten, weinten, flüchteten. Eine Armada von Polizeifahrzeugen kämpfte sich durch die halbe Stadt. Schutzgepanzerte Spezialkräfte gingen martialisch in Feuerstellung, aber nichts war: Fehlalarm! Also alles wieder zurück zum OEZ mit Blaulicht und Martinshorn. Dort weiteres Rätselraten unter Blaulichtgeflacker. Einige Streifenwagen und Zivilfahrzeuge rasten derweil in Richtung Goetheplatz.

Es kursierte ein Handy-Video, das einen schwarz gekleide-



Quelle: Wikipedia/Renardo la vulpo.

ten Pistolen-Schützen mit rotem Rucksack zeigte, der auf flüchtende Passanten zielte. Tatsache war, dass er im Lokal bereits vier Menschen und vor dem Eingang zwei weitere tötete, bevor er seine Mordserie im gegenüber liegenden Einkaufszentrum fortsetzte mit weiteren Toten und vielen Verletzten. Zweieinhalb Stunden nach der Bluttat richtete der in die Enge geratene Mörder seine „Glock 17“, Kaliber 9 mm gegen sich selbst und drückte ab, bevor Polizeibeamte ihn stellen konnten. Zumindest nicht noch eine Polizei-„Hinrichtung“ wie beim Axtmörder aus dem Zug bei Würzburg!

All das wusste die Öffentlichkeit lange Zeit nicht, und die Polizei gab erst spät und nur sehr „vorsichtig“ Entwarnung. Stattdessen munkelte man in den Medien weiterhin unablässig von mindestens zwei Flüchtigen, faselte innenministeriell von akuter Terror-Lage und schwadronierte wortreich, aber tatsachenwidrig von „Tätern mit Langwaffen“ und eingebildeten Schüssen an mindestens vier anderen Stellen im Stadtgebiet. Hätte das Publikum frühzeitig erfahren, dass sich im OEZ auch mehrere MP-bewaffnete Zivilbeamte herumtrieben, hätten sich die „Langwaffen“-Beobachtungen deutlich relativiert, und das Gerücht von den „drei Attentätern“ wäre womöglich gar nicht erst aufgekommen. Erst das Verschweigen „aus taktischen Gründen“ heizte die Gerüchteküche so richtig an, und sollte wohl den stadtweiten „Terror“-Zustand legitimieren helfen. Der gezielt belassene Informationsmangel zeitigte krasse Folgen: Eine Touristin stürzte sich in Panik sinnwidrig aus dem zweiten Stock eines Hotels in der Innenstadt. Ein „Experte“ nach dem anderen gab nichtssagenden bis unzutreffenden Senf zum Besten, über geschlagene fünf Stunden im Ersten. Selbst der von der Nachrichtenlage elektrisierte Chefredakteur der Münchner Abendzeitung zwitscherte aus dem weit abgelegenen Westend, ebenfalls Schüsse gehört zu haben. Wie durchgeknallt muss eine Gesellschaft sein, um derart hysterisch zu reagieren!

Auch Kriegsministerin von der Leyen witterte umgehend Morgenluft an diesem Abend und brachte allen Ernstes eine Feldjäger-Einheit für den Einsatz im Landesinneren ins Gespräch. Bei mehreren parallel auftretenden Gefahrenlagen an verschiedenen Orten sei so etwas Notstandsartiges vom Grundgesetz doch gedeckt, meinte sie. Wo Militärs doch Fähigkeiten hätten, welche der Polizei nicht zur Verfügung stünden! Dabei ist die Feldgendarmarie nichts anderes als eine Militärpolizei, vielleicht noch etwas ruppiger im Umgang mit Zivilisten. Beim Herbeireden eines Ausnahmezustands war man in Berlin nicht zimperlich. Was ist nur los mit uns, um mit Margot Käßmann zu fragen: „Warten wir jetzt schon auf den Terror?“ Und wenn keiner kommt, machen wir ihn selber?!



*Das Schnellrestaurant gegenüber dem Olympia-Einkaufszentrum (OEZ), wo die ersten Schüsse fielen. Quelle: Wikipedia.*

In Kriegszeiten muss es nicht wundern, dass alles auf „Terror“ fixiert ist, wo ihn doch westliche Regierungen permanent produzieren und eskalieren. Ganz ähnlich mögen die Bewohner Ostpreußens gegen Ende des Zweiten Weltkrieges die „Rache der Russen“ erwartet haben im Wissen um deren leidvolle Kriegserfahrungen und in der vagen Ahnung von den deutschen Kriegsverbrechen im Osten. Da erscheint keine Dimension zu ungeheuerlich. Entsprechend grotesk sind die Reaktionen. Der lange Jahre weit weg von zuhause und scheinbar gefahrlos Krieg führende Westen fühlt sich plötzlich völlig unschuldig selbst angegriffen und schlägt in vermeintlich gerechter Selbstverteidigung nach Kräften um sich. Auch gegen sich selbst, mindestens gegen die eigene Bevölkerung.

Doch sogar unter der Annahme eines Terror-Szenarios wie in Paris mutet die Entscheidung der Polizeiführung, die Läden und Clubs zu schließen und U-Bahnen, Trambahnen und Busse zu blockieren und schließlich den S-Bahn- und Fernverkehr zu stoppen an wie eine Einladung zum vorstellbaren Blutbad an der ratlos und hilflos umherirrenden Bevölkerung, die zwar einerseits öffentliche Plätze meiden und nach Hause gehen sollte, andererseits jedoch ohne öffentliche Verkehrsmittel gar nicht konnte. Selbst Taxis sollten keine Fahrgäste mehr aufnehmen. Wären wirklich mordlüsterne Terroristen entkommen, hätten sich ihnen in der Stadt genügend verängstigte Menschentrauben als „weiche Ziele“ dargeboten, die nirgends hineinkonnten, schon gar nicht in ihre entfernt liegenden Wohnungen. Einzelne begaben sich schutzsuchend in Polizeireviere oder naiv gar in die „Höhle des bayerischen Löwen“, in die Staatskanzlei: Durchaus lohnende Anschlagziele allemal im Ernstfall. Die dümmliche Vorstellung, mit einem Allmachtsgriff auf die „Stop“-Taste etwas im Griff zu haben oder verhindern zu können, war so grottenfalsch wie sie fatale Konsequenzen hätte bewirken können: Ein Massaker in der City oder anderswo, welches zumindest indirekt mit zu verantworten gewesen wäre von der Polizei.

Die Menschen am Stachus hatten diese Horrorvision emotional antizipiert und Schüsse gehört, wo keine waren. Ebenso

am Isartor und an insgesamt vier verschiedenen Stellen, sogar im Westend. Über dem Marienplatz knatterte ein Polizeihubschrauber, der nichts bewirkte außer Furcht und Schrecken zu verbreiten. Aus dem Hofbräuhaus suchten sich 1500 Gäste in Sicherheit zu bringen, teils in die oberen Stockwerke, teils durch eingeschlagene Fenster nach draußen auf die Straße. Einige warfen die schweren Tische in der Schwemme um und verbarrikierten sich im Vollrausch ihrer Terrortrunkenheit. Im abgedunkelten Bäckerladen drückte sich verängstigtes Verkaufspersonal an die Wand und ließ niemanden ein. Im Supermarkt am Gärtnerplatz ergriff die Kunden Platzangst; sie konnten nicht raus. Draußen umrundete ein verirrtes Polizeifahrzeug mehrmals das Rondell, als wisse es nicht so recht wohin.

Am Sendlinger Tor schließlich zeigten zwei Beamte im Streifenwagen betont lässig Präsenz bei offener Fahrertür und ostentativ entspannt herausgestelltem Bein. Auf die Frage, was am Stachus los sei, kam die lakonische Antwort: „Keine Ahnung“. Auf Nachfrage, ob denn dort abgesperrt sei, wurde der Angesprochene patzig: „Gehen Sie heim! Das hören Sie morgen im Radio. Für sowas haben wir jetzt keine Zeit“. Sprach's und stieg aus, um mit seinem Kollegen, die Maschinenpistolen unterm Arm, in den Untergrund abzutauchen. Der „Freund und Helfer“ schien so fixiert auf Verbrecherjagd mit Bürgerinformation deutlich überfordert. Wo Blaulicht-Kolonnen ziellos durch nächtliche Straßen irrlichtern, steigt nur der Adrenalinspiegel, nicht der Grad der Besonnenheit.

Feuerwehr- und Notarzt-Fahrzeuge standen bereit. Die Kliniken beorderten alles verfügbare Personal in die Notaufnahmen, gemäß dem Alarmplan „Massenanfall Verwundete“. OP-Teams und Spezialisten zur Schockbehandlung wurden informiert. Sie hatten auch ohne „Terror“ genug zu tun mit Patienten, die sich in heilloser Flucht verletzt. Die Informationspolitik der Polizei beschränkte sich neben improvisierten Pressekonferenzen weitgehend auf Twitter und die Kowarn-App. Ältere und „analog“ lebende Personen hatten davon wenig; sie konnten schlecht fernsehen oder Radio hören auf der Straße. Früher wären da Lautsprecherwagen gefahren. Heute werden nur elektronische Kurzmeldungen herausgeblafft nach dem Motto: Bürger, verpiss Euch, Ihr stört. In diesem Sinne auch „bitte keine Aufnahmen ins Netz stellen!“, damit möglichst niemand

nichts Genaues weiß, vor allem die flüchtigen Phantome nicht.

Der Polizeiapparat schnurrte sein eigenes Programm und überließ Touristen wie Stadtbewohner sich selbst und ihren Gerüchten. Die schossen ins Kraut, je rücksichtsloser die Polizei über das Ziel hinausschoss und wesentliche Informationen zurückhielt. So hatte sie das in der Silvesternacht bereits geübt mit den Bahnhofssperrungen nach Fehlalarm. Nun also im ganzen Stadtgebiet: Gitter runter und Schotten dicht! So schlicht gestrickt, so menschenverachtend. Ohne die gastfreundliche Hilfsbereitschaft vieler Münchnerinnen und Münchner mittels der „Offen Tür“-Initiative wären so manche Pendler und Stadtrandbewohner auf der Strecke geblieben, als hilflose Geiseln einer hirnrissigen „Sicherheits“-Politik, der zuvorderst nur wichtig ist: Stärke demonstrieren, Polizei aufrüsten, reflexhaft nach Gesetzes-Verschärfungen rufen. Anstatt kühlen Kopf zu bewahren, abzurüsten und die Zivilgesellschaft zu stärken mit optimaler Sozial- und Gesundheitspolitik. Wie schon beim Flüchtlings-Empfang erwies sich zivile Selbstorganisation als deutlich hilfreicher denn die staatlichen Gewaltapparat-Muskelspielereien. Die hatten wenig im Griff, am wenigsten sich selbst.

Die Notfall-Pläne der Münchner Polizei jedenfalls taugen nach den Erfahrungen dieser Aktion „Wasserschlag“ eher dazu, einen echten Notfall herbeizuführen oder zu -reden. Der mit geschwellter Brust agierende „starke Staat“ provoziert genau das, was er zu verhindern vorgibt: Panik, Terrorangst und das beklemmende Gefühl lähmender Ohnmacht gegenüber einer unfassbaren Bedrohung aus der eigenen Gesellschaft heraus, die ihr hausgemachtes Versagen gern nach außen projiziert und von sich abspalten will, sich damit aber zunehmend nur selbst verstümmelt und verroht. Vielleicht ist genau dies das Ziel der Verunsicherungs-Eliten, um sie doch noch kriegstauglich zu machen. Dem allerdings gilt es sich kraftvoll zu widersetzen: Ein labiles und psychisch krankes Volk hatten wir bereits zur Genüge. Da es damals noch keine virtuellen Ballerspiele gab, musste es die halbe Welt ausbaden.

*Dieser Text erschien zunächst auf der Homepage des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw). Nachdruck mit freundlicher Genehmigung (<https://isw-muenchen.de>).*



„Eine Stadt in Angst“, Titelseiten am Tag nach dem Amoklauf. Quelle: Wikipedia/User Mattes.

# Rückblick: Kein „Tag der Bundeswehr“ 2016

von Michael Schulze von Glaßer und Thomas Mickan

An 16 Standorten feierte die deutsche Armee am 11. Juni 2016 sich selbst. Auch in diesem Jahr war der „Tag der Bundeswehr“ wieder das zentrale Werbeevent, an dem die Bundeswehr um Zustimmung für ihre Einsätze und schon Kinder als Nachwuchs warb – unwiderrprochen blieb das nicht: Ein Rückblick zum „Tag der Bundeswehr“ 2016.

Die Armee lobte den Tag als großen Erfolg und gab die Zahl von 260.000 Besucherinnen und Besuchern bei den 16 Veranstaltungen heraus – das wären sogar noch mehr Menschen als beim „Tag der Bundeswehr“ 2015.<sup>1</sup> Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatte 2015 den Tag im Rahmen ihrer Attraktivitätsagenda „Aktiv.Attraktiv.Anders“ als jährlich wiederkehrend eingeführt. Wie viele Menschen 2016 tatsächlich zum Armee-Werbetag kamen, ist allerdings nicht bekannt: So besuchten die Luftwaffen in Neuburg an der Donau nur 20.000 statt der erwarteten 70.000 Besucherinnen und Besucher;<sup>2</sup> die „Wehrtechnische Dienststelle“ bei Trier hatte wiederum 10.000 Menschen erwartet – nur 7.000 kamen;<sup>3</sup> beim „Tag der Bundeswehr“ in Hohn (Schleswig-Holstein) konnte die Armee nur 37.000 statt der zuvor prognostizierten 60.000 Besucherinnen und Besucher zählen.<sup>4</sup> Bereits 2015 hatte die Bundeswehr 400.000 Menschen erwartet und „nur“ 250.000 kamen offiziell.<sup>5</sup> In jedem Fall übertreibt die Armee in ihren Berichten über ihren Werbetag, auch wenn die Besuchszahlen nichtsdestotrotz eine besorgniserregende Höhe erreicht. Die Proteste allerdings werden von der Bundeswehr in Gänze verschwiegen, der vermeintliche militaristische Konsens soll wohl nicht durch Proteste gestört werden.

Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) hatten sich schon Monate vor dem Militärtag abgesprochen und den gemeinsamen Aufruf „Kein(en) Tag der Bundeswehr“ veröffentlicht.<sup>6</sup> Friedensgruppen vor Ort wurden zudem angeschrieben und auf den „Tag der Bundeswehr“ vor ihrer Haustür aufmerksam gemacht. Um die Aktiven zu unterstützen, verschickte das „Netzwerk Friedenskooperative“ Aktionskisten mit zahlreichen Materialien wie Mobilisierungspostern, Flugblättern und Luftballons. Auch die Pressearbeit wurde gemeinsam erledigt – allerdings war die Resonanz in den Medien für den „Call for Action“ gegen den „Tag der Bundeswehr“ eher gering. Auch die von der DFG-VK erstellte satirische „Fake“-Website [www.tag-der-bundeswehr-2016.de](http://www.tag-der-bundeswehr-2016.de) wurde von den Medien kaum wahrgenommen.

Besser lief für die Militärgegnerinnen und -gegner die mediale Verarbeitung der direkten Aktionen vor Ort. An mindestens 12 der 16 Standorten fanden verschiedenste, mal kleinere, mal größere Aktionen statt, von denen einige hier kurz dargestellt werden sollen:

Wie schon im letzten Jahr präsentierte sich die „Streitkräftebasis“ auch 2016 in der Innenstadt von **Bonn**. Da es das Ordnungsamt verboten hatte, an allen fünf Zugängen zum zentralen Marktplatz Friedenskundgebungen anzumelden, gab es nur einen Anlaufpunkt für MilitärgegnerInnen – der war mit rund 150 Aktivistinnen und Aktivisten aber umso größer. Bei Musik fanden verschiedene Aktionen gegen Bundeswehr-Werbung statt.

Vor dem Kasernentor des „Hubschrauberausbildungszen-



Proteste in zahlreichen Städten: „Die-In“ in Trier...



...,„Probe liegen im Sarg“ in Hamburg...

trums“ im niedersächsischen **Bückeburg** gab es einen Infostand verschiedener Friedensgruppen. Scurril: Die verteilten Flugblätter wurden den Besucherinnen und Besuchern am Eingang bei der Personenkontrolle wieder abgenommen und sogar Kindern wurden die aufgeblasenen Luftballons mit „Frieden schaffen ohne Waffen“-Slogan und zerbrochenem Gewehrmotiv von SoldatInnen zerplatzt.

In der thüringischen Landeshauptstadt **Erfurt** bot die Streitkräftebasis einen Fuhrpark auf: Neben „Leopard“- und „Boxer“-Panzern gab es auch kleine Drohnen zu begutachten. Auf und um den Domplatz tummelten sich rund 70 Friedensaktivistinnen und -aktivisten und führten vor der Bundeswehribühne, dem Werbelastwagen und den Panzern immer wieder kleinere Aktionen wie etwa ein „Die-In“ durch, bei dem sich die AktivistInnen tot stellten. Wie auch in Bonn antizipierte die Bundeswehr die Proteste und griff nicht ein.

An der Bundeswehr-Universität in **Hamburg** konnten Besucherinnen und Besucher in einem Sarg der lokalen DFG-VK-Gruppe „Probe liegen“. Zudem war der Eingang des Armeegeländes mit Kreideumrissen und (Kunst-)Blutflecken versehen. Die Aktion der etwa 70 Antimilitaristinnen und Antimilitaristen, die an der Aktion in Hamburg teilnahmen, war durch zahlreiche große Transparente schon aus der Ferne sichtbar.

Wer zum „Tag der Bundeswehr“ beim „Lufttransportgeschwader 63“ nach **Hohn** in Schleswig-Holstein wollte, musste an einem Eingang unter einem „Krieg beginnt hier!“-Transparent durchlaufen, das lokale Friedensgruppen dort aufgespannt hatten. Der Bundeswehr gefiel das nicht – machen konnten sie gegen die angemeldete Aktion aber auch nichts.

Mit einem Bus aus Stuttgart und Tübingen sind rund 50 Leute zu den Aktionen gegen den „Tag der Bundeswehr“ in **Stetten am kalten Markt** angereist. Hinzu kamen weitere FriedensaktivistInnen aus Baden-Württemberg, die, trotz Ärgers mit der Polizei, die etwa das Verteilen von Flugblättern auf den Gehwegen vor der Kaserne verbot, an zwei Kundgebungen teilnahmen. Ein Teil der BesucherInnen musste durch einen Spalier der Demonstration und an ausgestopften Strohpuppen mit Kunstblut „über Leichen“ gehen. Die Reaktion mancher BesucherInnen darauf war von einer ausgesprochenen Aggressivität geprägt; offensichtlich wurden die Menschen zum Nachden-

ken angeregt. Auch in der Kaserne kam es zu mehreren kreativen Straßenaktionen, in deren Verlauf mehrere AktivistInnen verhaftet wurden, aber schon bald wieder freigelassen werden mussten.

Ein richtiges Friedensfest fand vor der „Wehrtechnischen Dienststelle 41“ bei Trier statt: Ein Kulturprogramm und Infostände verschiedener Friedensinitiativen boten eine bunte Alternative zur olivgrünen Armee-Veranstaltung. Doch auch in der Kaserne fand Protest statt – wie in Erfurt legten sich auch in Trier einige junge Aktivistinnen und Aktivisten „tot“ und mit (kunst)blutverschmierten T-Shirts vor Panzer.

Auch in Rostock-Warnemünde, Wilhelmshaven, Veithöchheim (bei Würzburg), München und weiteren Städten fanden Aktionen statt. Vor allem das gute Miteinander bei allen Protesten von Jung und Alt zeigte, dass es mit dem Tag der Bundeswehr gelingt, die Friedensbewegung zu neuer Stärke zu führen.

Besonders effektiv war im Nachgang die Medienarbeit: Während es die Bundeswehr am 11. Juni trotz ihrer zahlreichen Veranstaltungen und eines Millionen-PR-Budgets kaum in die bundesweite Presse schaffte, so brachte sie eine Pressemitteilung des „Netzwerks Friedenskooperative“ und der DFG-VK, welche zusätzlich von der Kinderrechtsorganisation „terre des hommes“ durch Statements ergänzt wurde, in Nöte.<sup>7</sup> „PR-Gau beim ‚Tag der Bundeswehr‘“, titelte etwa Spiegel-Online<sup>8</sup>: In der Kaserne in Stetten hatte die Bundeswehr bereits Kinder im grundschulpflichtigen Alter an Handfeuerwaffen hantieren lassen. Aufmerksame Friedensaktivistinnen und -aktivisten hatten dies bemerkt und davon Fotos gemacht – diese wurden mit der Pressemitteilung am 15. Juni 2016 verbreitet und lösten einen Skandal aus. Knapp einhundert Medien – von der „Tagesschau“<sup>9</sup> über die „Bild“<sup>10</sup> bis hin zur „Brigitte Mom“<sup>11</sup> – berichteten über die Kinder an Waffen bei der Bundeswehr.

Da der Fall sogar gegen interne Richtlinien der Bundeswehr verstieß, die ausdrücklich den Zugang zu Handfeuerwaffen (jedoch nicht zu Panzern) für Kinder bei solchen Veranstaltungen untersagen<sup>12</sup> und die Medien drängten, kam Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nicht umhin, eine Stellungnahme abzugeben.<sup>13</sup> Sie versprach Besserung: In Zukunft soll es keine Fälle von Kindern an Waffen bei öffentlichen Werbeveranstaltungen der Armee mehr geben. Dass sie damit nur bestehende Regeln bestätigte, ist zwar nur ein kleiner



... und Empfang der Besucher in Hohn.

Erfolg; was jedoch bleibt ist der immense Imageschaden, der am Tag der Bundeswehr ganz zu Recht weiterhin haftet: Nicht der freudige Familientag mit tarnfarbener Gulaschkanone, sondern ein schamloses Werbeevent, bei dem die Rekrutierung neuen Personals keine Grenzen mehr zu kennen scheint, wird medial in Erinnerung bleiben.

Ob die Bundeswehr sich beim kommenden Tag der Bundeswehr 2017 wenigstens an die eigenen Richtlinien halten wird, bleibt abzuwarten – es ist zu hoffen, dass nicht erst Friedensaktivistinnen und -aktivisten vor Ort ein Auge darauf haben werden müssen. Auch wenn die Forderung der Friedensorganisationen lautet, keinen weiteren „Tag der Bundeswehr“ mehr zu haben, laufen bereits erste Planungen für die Gegenaktivitäten 2017. Es darf mit einer noch stärkeren Mobilisierung gerechnet werden, die lokal organisiert bundesweit zu einem kräftigen Nein zum Tag der Bundeswehr erklingen wird.

## Anmerkungen

- 1 Kietzmann, Victoria: Über 260.000 Besucher erlebten am zweiten Tag der Bundeswehr ihre Streitkräfte zum Anfassen, in: [www.tag-der-bundeswehr.de](http://www.tag-der-bundeswehr.de), 13. Juni 2016.
- 2 Dittenhofer, Manfred: Tag der Bundeswehr: Deutlich weniger Besucher als erwartet, in: [www.augsburger-allgemeine.de](http://www.augsburger-allgemeine.de), 12. Juni 2016.
- 3 Pütz, Karin: 7000 Besucher kommen zum Tag der Bundeswehr bei der Wehrtechnischen Dienststelle auf dem Trierer Grüneberg, in: [www.volksfreund.de](http://www.volksfreund.de), 11. Juni 2016.
- 4 „Tag der Bundeswehr“ in Hohn und Hamburg, in: [www.welt.de](http://www.welt.de), 12. Juni 2016 und Post, Tilman: Tag der Bundeswehr: Stelldichein der Giganten in Hohn, in: [www.shz.de](http://www.shz.de), 6. Juni 2016.
- 5 Pauli, Heike: Der Tag der Bundeswehr geht in die zweite Runde, in: [www.tag-der-bundeswehr.de](http://www.tag-der-bundeswehr.de), 31. März 2016 und N. N.: Erster bundesweiter „Tag der Bundeswehr“ am 13. Juni 2015, in: [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de), 8. Juni 2015.
- 6 CALL FOR ACTION: Kein(en) Tag der Bundeswehr, in: [www.kein-tag-der-bundeswehr.de](http://www.kein-tag-der-bundeswehr.de).
- 7 Grenze überschritten: Bundeswehr ließ Kinder an Handfeuerwaffen, in: [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de), 13. Juni 2016.
- 8 Gebauer, Matthias: PR-Gau beim „Tag der Bundeswehr“: Bundeswehr lässt Kinder mit Gewehren spielen, 13. Juni 2016.
- 9 Kinder + Waffen = PR-Desaster, in: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 14. Juni 2016.
- 10 Hier lässt die Bundeswehr Kinder mit Waffen spielen, in: [www.bild.de](http://www.bild.de), 14. Juni 2016.
- 11 Bundeswehr lässt Kinder mit echten Waffen spielen, in: [www.brigitte.de](http://www.brigitte.de), 14. Juni 2016.
- 12 Schulze von Glaßer, Michael: Kinderkriegsspiele, in: [www.sopos.org](http://www.sopos.org), Ausgabe 23/2011.
- 13 Gebauer, Matthias: Fotos von Kindern am Gewehr: Von der Leyen verbietet „Waffen zum Anfassen“, in: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 14. Juni 2016.



DUAL USE  
5-channel video (Installation), DUAL USE I-IV 2016

DUAL USE I: Global Cocktail, 4 min.  
DUAL USE II: Environmentally Friendly Explosives, 1 min.  
DUAL USE III: Combat Model, 3 min.  
DUAL USE IV: Or do we have the same?, 9 min.  
DUAL USE V: World Dispersation Machine, program code, ...

## Dual Use

Am Abend des 25. Juli 2016 wurde im Lenbachhaus in München die Ausstellung FAVORITEN III: NEUE KUNST AUS MÜNCHEN eröffnet (zu sehen bis 30. Oktober). Teil der Ausstellung ist die Video-Installation DUAL USE I-V von Franz Wanner. Darin kommen u.a. der Geschäftsführer eines Luftfahrtunternehmens zu Wort, das Teile für Kampfflugzeuge herstellt, sowie ein Professor für anorganische Chemie, der im Auftrag des US-Militärs in München an „Biosprengstoff“ hat forschen lassen. Schnell wird klar, wie der Begriff des „Dual Use“ Unternehmen und Wissenschaftler\_innen dabei entgegenkommt, Zusammenhänge zu verdrängen und zu verschleiern.

Zur Installation gehört auch ein Heft, in dem zahlreiche weitere Beispiele dargestellt werden, welche zum Teil schon in

den Auseinandersetzungen um Zivilklauseln und auch im Drohnenforschungsatlas der Informationsstelle Militarisierung zur Sprache kamen. Der Künstler hat sich bemüht, mit den beteiligten Drohnen- und KI-Forscher\_innen ins Gespräch zu kommen. Obwohl etwa das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) eine Veröffentlichung der dabei entstandenen Aufnahmen nachträglich untersagte, liefert das Heft zur Installation so ein aktuelles Portrait zum Stand der Auseinandersetzung um militärisch angewandte Technologie.

Deshalb hat sich die Informationsstelle Militarisierung entschieden, den Druck der Broschüre zur Ausstellung finanziell zu unterstützen und sie auch online zur Verfügung zu stellen ([http://www.imi-online.de/download/Franz\\_Wanner\\_DUAL-USE\\_2016\\_web.pdf](http://www.imi-online.de/download/Franz_Wanner_DUAL-USE_2016_web.pdf)). Auf Nachfrage können wir auch kleinere Pakete der Publikation versenden.

# Bittere Pille für den Frieden? Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr

von Andreas Seifert

10 Jahre hat man warten müssen, bis das neue Weißbuch letztlich am 13. Juli erschien.<sup>1</sup> Dabei gab es schon seit über einem Jahr vorsichtige Versuche, Ideen in einer Debatte zu platzieren, die sich den Anschein eines Beteiligungsprozesses gab<sup>2</sup>, wie jüngst die Vorstellung einer Europäischen Globalstrategie (28.6.2016)<sup>3</sup> und, unmittelbar vor Veröffentlichung des Weißbuches, die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in Warschau (9.7.2016)<sup>4</sup>. Der zeitliche Vor- und Ablauf hat die Erwartungen an das Weißbuch steigen lassen.

Das Weißbuch, so der eigene Anspruch, soll Auskunft über die Ziele und Inhalte der deutschen Sicherheitspolitik geben. Es soll aufklären, wo die deutsche Regierung ihre Handlungsfelder sieht und mit welchen Maßnahmen sie ihre Interessen zu erfüllen gedenkt. Es wird federführend vom Verteidigungsministerium erstellt und mit anderen Ressorts abgesprochen, bevor es als Dokument der Regierung im Kabinett verabschiedet und veröffentlicht wird. Das Weißbuch soll die Grundlage weiterer Feinplanungen für die Bundeswehr sein. Als Strategiedokument gedacht ist das Weißbuch 2016 aber wohl mehr eine PR-Broschüre geworden, die vieles wiederholt und nur wenig Konkretes bereit hält. Im Folgenden sollen ein paar Schlaglichter gesetzt werden.

## Sprachlicher Verpackungsmüll

Es gibt ein herausstechendes Merkmal – geradezu ein Alleinstellungsmerkmal – des Weißbuches: Es wirkt nicht nur wie eine überlange Rede der Ministerin selbst, es ist auch in weiten Strecken nicht viel mehr als die Wiederholung ihrer ureigenen Floskeln während des letzten halben Jahres. Jede\*r aufmerksame Beobachter\*in des Weißbuchprozesses findet in dem nun vorliegenden Text die Formulierungen ihrer ureigenen Zusammenfassungen der unterschiedlichen Workshops und Panels wieder. Im Duktus einer Unternehmensberaterin, die möglichst viele der vorgegebenen Stichwörter in einen Text packen möchte, ohne sich nach Möglichkeit irgendwo dazwischen selbst zu platzieren, wird durch die Themen geeiert und bereits vorher Beschlossenes als „Ergebnis“ einer Debatte präsentiert. Da werden Dinge wie „unter einem Brennglas“ gesehen, es sollen Konzepte und Argumente in „inkluisiven Beteiligungsprozessen“ „geschärft“ werden, es werden „Hochwertfähigkeiten beübt“, „Lieferketten gehärtet“, „Wirkungsüberlegenheit erzielt“, mit „Ressourcenneuordnung“ werden „innovative Wege gegangen“ etc. Dergleichen Berater\*innensprech mag „offen“ und „andockfähig“ für all jene klingen, die ihre Agenda in dem Papier wiedererkennen wollen (oder müssen), macht es aber doch der\*dem ein oder anderen schwer, sich vorbehaltlos hinter das Papier zu werfen. Der „Arbeitskreis Darmstädter Signal – die kritischen Soldaten“ geht zum Beispiel in seiner Stellungnahme so weit, den Weißbuchprozess als „PR-Coup“ zu bezeichnen und will mit einer eigenen Webseite einen tatsächlich offenen Debattenprozess anstoßen.<sup>5</sup>

Die gewählte Sprache hat bei aller Verschrobenheit eine ganz klare Funktion, sie soll Rationalität und die einheitliche

Durchdringung aller angesprochenen Themenbereiche verdeutlichen. Sie soll den Anschein von Konkretisierung erwecken, wo man in den Planungen selbst vielleicht noch gar nicht so weit ist bzw. über die konkrete Ausgestaltung, auch wenn sie schon fest

liegt, keine Aussage treffen will. Für das „Konkrete“, so mag man unterstellen, gibt es angesichts dessen, dass es sich hier um ein Dokument der Diplomatie handelt, gewisse Grenzen; dennoch sucht man selbst die Bereiche vergeblich, die in vergangenen Weißbüchern als obligatorisch galten. So fehlen z.B. alle relevanten Kennziffern – die\*der Bürger\*in, wie die\*der Diplomat\*in, sucht vergeblich nach der Zahl der Soldat\*innen, der Zahl von (einsatzfähigen) Großgeräten, der Zielgröße eines „adäquaten“ Etats etc. – die helfen könnten, die eingeleitete Trendwende (WB S.117, 119) zu verstehen. Hier für Klarheit zu sorgen, bleibt wohl anderen, noch kommenden Dokumenten vorbehalten (WB S.15).

## Drei Dokumente – eine Richtung

Ein zweites Merkmal dieses Weißbuches: Es steht nicht alleine da, sondern im Kontext der von EU und NATO beschlossenen Papiere und der in Deutschland unter dem Slogan „Neue Macht – Neue Verantwortung“ geführten Debatte zu dem auch das vom Auswärtigen Amt geführte „Review 2014“ gehört. Das beinhaltet auch die inzwischen mit dem Label „Münchener-Konsens“ zusammengefasste Grundidee, also die „neue“ (sprich: oftmals militärische) Verantwortung, die Deutschland in der Welt wahrnehmen müsse, die ein Instrumentarium benötigt, das von *diplomatischen* und *entwicklungspolitischen Maßnahmen* über *Sanktionen* und *Ertüchtigung* bis zum „*robusten Einsatz*“ reicht.

Während der erste Teil des Weißbuches zur Sicherheitspolitik Deutschlands in vielfachen Anleihen eine Analyse des politischen Umfeldes und deutscher strategischer Prioritäten betreibt und Handlungsfelder identifiziert, wird im zweiten Teil auf die Konsequenzen für die Bundeswehr eingegangen. Der im letzten Weißbuch umstrittene Verweis auf die „Abhängigkeit“ Deutschlands von internationalen Handelsrouten, Energieressourcen und Rohstoffen ist zwar immer noch enthalten fällt aber angesichts der breitest angelegten Bedrohungen, denen sich Deutschland heute gegenüber sieht, kaum weiter auf – auch wenn auch diesmal die Frage, welche Rolle dabei die Bundeswehr spielen soll, unbeantwortet bleibt. Die Breite der „Bedrohungen“, die von Terrorismus, Cyberangriffen, fragilen Staaten über Migration bis Klimawandel reichen, deuten auf einen breit angelegten Sicherheitsbegriff hin, der sich kaum konkret mit den Mitteln des Militärs bearbeiten lässt. Scheinbar fügt sich also das Militär in seine Rolle als ein „Dienstleister“ im „Instrumentarium“ deutscher Sicherheitspolitik ein – doch mit einer nachgeordneten Rolle mag man sich dann doch nicht begnügen.

## Vernetzter Ansatz – Resilienz – Hybride Kriegsführung?

Mit drei Zauberworten spielt sich die Bundeswehr wieder in die erste Reihe und sieht sich geradezu als federführend in der Gewährleistung unserer Sicherheit in allen Gebieten. Aus-

gangspunkt ist dabei die als unmittelbare Erfahrung interpretierte „Hybride Kriegsführung“ Russlands in der Ukraine und im Kontext des Konfliktes. Generalisierend setzen „Hybride Bedrohungen“, so das Weißbuch (S.39), an den Schwachpunkten demokratischer und offener Gesellschaften an und versuchen durch Propaganda, Cyberangriffe, finanzielle Operationen oder politische Destabilisierung, aber auch durch verdeckte militärische Operationen, unterhalb völkerrechtlicher Relevanz, das Land zu beeinflussen: „Hybrides Vorgehen verwischt die Grenzen zwischen Krieg und Frieden.“ Dem kann man nur begegnen, wenn eine „umfassende Verteidigungsfähigkeit“ ausgebaut wird, so das Weißbuch. Der schon unter den Vorgängern von Frau von der Leyen entwickelte Vernetzte Ansatz, der die enge Kooperation ziviler mit militärischen Stellen vorsieht, wird damit in neue Höhe geschraubt. So will man in „geeigneten“ ressortübergreifenden Institutionen letztlich in allen Feldern mitspielen. Die inzwischen beim Außenministerium angesiedelte Entwicklungshilfe, wie auch die Cyberabwehr, die (derzeit) dem Innenministerium zugeordnet ist, sind Felder, in denen das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr künftig mitmischen wollen. Sie möchten dabei nicht nur partizipieren, sondern auch ihre „Kompetenzen“ einbringen, die ggf. auch erst geschaffen werden müssen (z.B. Expertise). Vorläufiger Dreh- und Angelpunkt soll dabei der Bundessicherheitsrat werden, der als Gremium gestärkt werden und zukünftig wohl als Plattform der Kommunikation zwischen den relevanten Ressorts dienen soll (WB S.57). Die keineswegs beiläufige Erwähnung sollte aufhorchen lassen – zumal deutlich wird, dass auch die „notwendigen“ Ad-hoc-Entscheidungen und Bündnisse (sprich: Kriegseinsätze) hier beschlossen werden sollen. Der Vernetzte Ansatz soll aber nicht nur als Durchdringung der Bundesverwaltung und ihrer Institutionen verstanden werden, sondern sich weiter in die Gesellschaft und Ökonomie entwickeln: „Gemeinsame Ausbildung und Übungen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren für das Handeln im gesamten Krisenzyklus [soll] gefördert werden“ (WB S.59). Das damit geschaffene „Verständnis“ füreinander lässt sich leicht auch als Militarisation der Gesellschaft deuten, die sich als Versicherheitlichung tarnt, alle betrifft, aber nur wenige Akteure umfassen wird, also anti-demokratische Züge trägt. Ziel ist es, die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der gesamten Gesellschaft zu erhöhen und auszubauen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die schon bekannte „Zivil-Militärische-Zusammenarbeit“ im Rahmen des „Vernetzten Ansatzes“ zu defensiven (und offensiven?) Fähigkeiten zum hybriden Kriegseinsatz ausgebaut werden soll – inklusive des Einsatzes im Inneren (WB S.92/93, 110).

Besonders relevant wird dies für den Bereich der Cybersicherheit, der im Weißbuch breiten Raum einnimmt (WB S.36-38, 50, 60, 82, 93, ...). Soziale Medien als Informations- und Kommunikationsplattform sind besonders anfällig, die hochkomplexen Gesellschaften und ihre Wirtschaft durch ihre Vernetzung gefährdet, die Daten aller Menschen virulent – kurzum: Cyberraum ist das(!) Feld der Verteidigung der Zukunft. Bereits mit der Ankündigung eines Workshops in der Vorbereitungsphase des Weißbuches wurde dieser Bereich hervorgehoben und mit einer parallel angelaufenen Werbekampagne zur Anwerbung von IT-Experten für die Bundeswehr, mit der Aufstellung einer eigenen Einheit und mit der Zusammenfassung aller betrauten Dienststellen unter dem Kommando der Staatssekretärin Suder wurden hier auch schon Entscheidungen getroffen, die das Weißbuch allerdings nur unzureichend wiedergibt. Das Ministerium sieht hierin nur eine notwendige

Konsequenz und einen überfälligen Schritt, andere sehen darin weit mehr den Anfang vom Ende eines wie auch immer von seinen Nutzern frei zu gestaltenden Internet. Die Gefahr, die hiervon ausgeht, wird sogar beschrieben: Die „Natur“ des Internet und der digitalen Kommunikation setzt klassischen Methoden der Zuschreibung kriegerischer oder aggressiver Handlungen Grenzen, die Konstruktion und „Verletzlichkeit“ moderner Systeme, auf denen unser Leben zu großen Teilen fußt, ihrem „Schutz“ ebenfalls. D.h. letztlich weiß man um die Grenzen solcher Initiativen, will aber auf alle Fälle dabei sein und rüstet nun massiv auf. Dass man damit Angriffe nicht verhindern kann und umgekehrt die Kapazitäten schafft, die zum Anlass der Gegenwehr dienen können, wird billigend in Kauf genommen. Für Nutzer\*innen hier bedeutet es jedoch einen weiteren Player im Netz zu wissen, der Freiheit beschneiden will. Vielleicht schließt sich die Bundesregierung damit ungewollt den „Nationalisierungstendenzen“ des VR-chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping an, der für das chinesische Internet „Souveränität“ fordert und damit nicht nur alle anderen „Draußen“ halten will, sondern die eigenen Bürger\*innen damit auch erfolgreich einsperrt.

## Ertüchtigung und Ad-Hoc Rahmennation

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang sind die Bestrebungen der Regierung Deutschlands, sich in Europa weiter als starker Partner und Impulsgeber zu verorten. Dabei läuft unter dem Stichwort „Ertüchtigung“ (WB S. 52) das fort, was bereits mit der Merkel-Doktrin begonnen wurde, nämlich „Partner“ zu befähigen, „ihre“ Probleme selbst zu lösen, indem man ihnen bei Konzeption, Aufbau und Ausstattung effektiver Sicherheits- und Repressionsapparate hilft. „Ertüchtigung“ sollte dabei durchaus auch bei allem Bejubeln als das kleinlaute Eingeständnis der tatsächlichen Beschränktheit eigener Einflussmöglichkeiten gewertet werden. Hier ist es die Bundesregierung, die eine „Entgrenzung“ betreibt, die sie anderen gern vorwirft: Die Hilfe beschränkt sich längst nicht mehr nur auf Staaten, sondern auch nicht-staatliche Akteure können auf die finanzielle, waffentechnische oder Ausbildungshilfe hoffen, die man offeriert. Das Spektrum der „Ertüchtigung“ umfasst aber auch zivile Maßnahmen: Es wirken alle möglichen Instrumente aus dem Baukasten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

Als „Rahmennation“ innerhalb der NATO möchte die Ministerin überdies den eigenen Gestaltungsanspruch ausdehnen und anderen (kleineren) Staaten ermöglichen, sich „zum Nutzen aller“ einzubringen (WB S.68). Deutschland übernimmt hier nur allzu gern die „Führung“ und verbindet gleich den Wunsch damit, dass die anderen Staaten doch (bitteschön) ihre Aufrüstungswünsche mit dem Berliner Ministerium absprechen. Dass dabei auch noch gleich der *europäische Gedanke* untermauert wird und der *europäische Pfeiler* innerhalb der NATO aufgewertet wird, ist ein positiver Nebeneffekt. Ein anderer ist dann wie zufällig auch, dass dies auch einer der Bausteine ist, mit denen man die europäische Rüstungsindustrie effizienter weiterentwickeln möchte ... unter deutscher Führung.

Dazu passend analysiert die Regierung, dass es immer öfter zur Ad-hoc-Kooperation kommen wird, an denen sich Deutschland beteiligen wird, um seinen Gestaltungsspielraum zu wahren (WB S.81). Auf dem politischen Parkett ist dies schon oft der Fall, aber auch im militärischen Bereich wird es hierzu immer häufiger kommen. Im Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen ist dies unter dem Aspekt des Parlaments-

beteiligungsgesetzes ein durchaus strittiger Punkt, den das Weißbuch lieber allgemein in einen anderen Absatz schreibt als genau in den Teil zur Parlamentsbeteiligung. Kurzum: das Ministerium hält den rechtlichen Rahmen seiner Einsätze für zu eng und will diesen erweitern. Als Gründe hierfür werden mal wieder die kurzen Reaktionszeiten angeführt oder auch, dass es qua „Einladung“ durch den von einer Krise betroffenen Staat letztlich keiner völkerrechtlichen Legitimation durch ein System kollektiver Sicherheit (UNO) mehr bedarf. Letztlich argumentiert das Ministerium, dass die Vorgabe durch den Bundestag mandatiert zu werden im Widerspruch zur „gestiegenen Verantwortung“ Deutschlands stehe und überprüft werden müsse.

**Mehr Personal - Mehr Waffen - Mehr Geld!**

Der zweite Teil des Weißbuches entwickelt aus der Analyse des ersten Teiles unmittelbare und weitreichende Folgerungen für die Bundeswehr, unterlässt es aber, hierbei allzu konkret zu werden. Weder die bereits angedeutete Umgruppierung aller mit Informationstechnologie betrauten Dienstposten unter eine neue Führung tauchen darin auf, noch irgendwel-

che konkreten Zahlen sind zu finden. Das langfristige Ziel, den Verteidigungshaushalt auf die von der NATO angeregten 2 % anzuheben, bleibt als Absicht bestehen; was aber mit dem zusätzlichen Geld passieren soll, bleibt der Interpretation der Leser\*innen überlassen. So mag vielleicht die Rüstungsindustrie herauslesen, dass „endlich“ wieder mehr Geld für „Investitionen“ (Waffen) ausgegeben wird, mag der Bundeswehrverband endlich die lang eingeklagten Solderhöhungen oder umfangreichere Mannschaftsstärken wiederfinden oder die\*der Gleichstellungsbeauftragte endlich den lang überfälligen Verweis auf die Inklusion (WB S.123) finden, doch bleibt dies gleichsam wenig unterfüttert. Die lange Liste mit Aufgaben, zu denen nun wieder die verstärkte Landesverteidigung gehört, auch das fortgesetzte und vermehrte internationale Engagement und die die massiv auszuweitenden Aufgaben im Heimatschutz, all dies braucht mehr Geld, doch wie es letztlich verteilt wird, bleibt offen.

Es gibt umgekehrt aber schon ein paar interessante Bemerkungen, die konsequent aus dem Vernetzten Ansatz heraus entwickelt werden und einen Hinweis auf zukünftiges Vorgehen in sich bergen. So ist die an verschiedenen Stellen angesprochene „Durchlässigkeit“ zur Wirtschaft wohl als der Versuch

**Ein Bild sagt mehr als Tausend Worte**

Die Bebilderung des Weißbuches ist professionell – gelungen ist sie nicht. Die Bebilderungen von Broschüren der Regierung sind Jahr ums Jahr wichtiger geworden, das weiß auch das Verteidigungsministerium. Konsequenterweise, wie auch schon aus den Werbeauftritten der Bundeswehr in ihren schicken blauen Werbetrucks bekannt, kommt auch das Weißbuch auf ganz wunderbare Weise umhin, den tödlichen Alltag ihrer Soldat\*innen zu zeigen. Emotionale, ja symbolische Bilder geleiten durch das Heft, Waffen sieht man kaum, dafür viele Soldat\*innen in hilfreichen Posen – z.B. beim Aufnehmen der Personalien von Flüchtlingen (Sicherheitsvorsorge) oder dem Erklären einer Lastwagenzündung mit afrikanischen Partnern (Ertüchtigung) oder auch wie ein Bundeswehrosoldat den Kollegen von THW, Malteser und der Feuerwehr erklärt, wie es mit dem Einsatz weitergeht (Zivil-Militärische Zusammenarbeit). Auffällig ist, dass der Anteil an Soldatinnen scheinbar schon fast die 50% erreicht hat, wenn man von der Häufigkeit ausgeht, mit der die Broschüre mit dem weiblichen Geschlecht für den Dienst an der Waffe (die es ja

wohl kaum mehr gibt) wirbt. Kurzum, bei der Bundeswehr wird nicht mehr geschossen, nicht mehr gezielt, keine Gewalt mehr ausgeübt. Man könnte an dieser Stelle über jedes der Bilder diskutieren – sie sind austariert, wie der Text – doch es soll nur eines herausgegriffen werden, das gleichsam als Beleg für die Diskussionskultur zu stehen scheint, mit der Teile der Gesellschaft der Bundeswehr

(und ihrer auch auf Kinder zielende Werbestrategie) begegnen: Der Showroom der Bundeswehr in Berlin wird von Farbklecksern gesäubert – im Vordergrund das Werbeplakat „Wir kämpfen auch dafür, dass du gegen uns sein kannst“. Scheinbar ist das Ministerium froh um jeden Farbbeutel, der als Vorwand genommen werden kann, sich nicht um Kritik zu scheren.

...ten sich getragen von denjenigen Menschen, deren „Recht und Freiheit“ kaputt zu verteidigen sie geschworen haben, im äußersten Fall sogar unter Einsatz ihres Lebens. In diesem Verständnis fördert die Bundeswehr auch den sicherheitspolitischen Diskurs in unserem Land, etwa durch ihre Jugendoffiziere. Denn es braucht einen steten Austausch über die Bundeswehr und ihre Aufgaben: so umfassend und so ernsthaft wie möglich – und so kontrovers wie nötig.



Kontroversen machen das Bild bunt| die Bundeswehr stellt sich der Debatte.

Auszug aus dem Weißbuch der Bundeswehr 2016. Quelle: BMVg, S.111.

zu werten, nicht nur an die bereits bekannten (und zum Teil nicht erfolgreichen) Betreiberlösungen zu denken, sondern sich verstärkt der zeitweisen oder auch projekt- und einsatzbezogenen Integration von Personal aus der Wirtschaft zuzuwenden. Dies würde sowohl die Hierarchien und Besoldungsstrukturen verändern, wie auch neue Prozessabläufe erfordern. Vorbild könnte hier die durch Beraterunternehmen verstärkte Beschaffung sein, die man als modernes Rüstungsmanagement lobt und als Vorbereitung für eine flexible, zukunftsfähige Lösung ausbauen möchte. Ob die teure Beteiligung von Wirtschaftsberatern allerdings mehr als nur die Produktion von Risikobewertungen („Transparenzkultur“, WB S.132) bringt, sei dahingestellt und ist bisher auch nicht bewiesen. Eine Öffnung der Bundeswehr in die Privatwirtschaft wäre aber auch in dem Feld denkbar, in dem es der Bundeswehr schwer fällt, adäquates Personal zu rekrutieren: z.B. dem IT-Bereich.

Ein anderer, nicht unspannender Punkt ist die Sicherstellung der von der Regierung als notwendige Basis begriffenen wehrindustriellen Kompetenzen. Hier will man nicht nur zukünftig, wie bisher auch, der Industrie mit Aufträgen und Hilfestellungen beim Export beiseite stehen, sondern man sieht sich auch in der Pflicht, die technologischen Grundlagen verstärkt abzusichern. Die bisher schon erbrachte Forschungs- und Entwicklungsleistung sollte fortgeführt aber, unter dem Eindruck der Veränderungen in der Forschungsorganisation und im Forschungsablauf allgemein, auch angepasst werden. Dies bedeutet einerseits, dass man an den Forschungs- und Entwicklungsleistungen anderer schneller partizipieren will, als dies in den bisherigen Strukturen möglich ist, wo die Bundeswehr erst spät als potentieller Nutzer der Technologie mit ihr in Berührung kommt. Andererseits möchte man selbst als Motor hinter solchen Entwicklungen stehen, indem z.B. Startups gefördert werden, oder man, z.B. über eine Agentur, gezielt Forschungsimpulse setzt. D.h. hier versucht das Ministerium genau in die Lücke vorzudringen, die die kaum adäquate Forschungs- und Hochschulfinanzierung gebildet hat – wer Schlimmes befürchtet, mag sich an die DARPA<sup>6</sup> erinnern fühlen, die in den USA als inzwischen eine der wichtigsten Forschungsfinanzier\*innen auftritt. Flankiert wird dies wiederum mit der Ankündigung, dass man „gemeinsam mit dem Parlament eine Debatte über eine neue Risikomanagementkultur führen [will], die mit anspruchsvolleren Entwicklungen einhergeht“ (WB S.132). Es bewahrheitet sich in gewisser Weise das, was von Kritiker\*innen schon seit längerem befürchtet wurde: Die Militarisierung der Forschungs- und Hochschullandschaft setzt sich fort und notorisch unterfinanzierte Forscher\*innen bekommen Gelegenheit, patriotisch zu handeln. Mit Geld natürlich, was für eine tatsächliche und ernst gemeinte forschungsbasierte Risiko- und Krisenvorsorge dann aber fehlen wird.

## Fazit

Das Weißbuch 2016 löst den 10 Jahre alten Vorgänger ab und passt die Inhalte der Zeit an – es vollzieht die Salamitaktik des letzten Jahrzehnts nach und tut so, als ob das alles so sein müsste: Ausweitung der Auslandseinsätze, Bundeswehr in mehr und mehr Lebensbereichen, fortgesetzte Verschwendung für überbeuerte Rüstung, alles kein Problem und mit dem globalen Geltungsanspruch Deutschlands vereinbar.

Bereits im Vorfeld des Erscheinungstermins und im Zuge der Debatte gab es Kritik an der Grundidee eines Weißbuches, die es als überholtes Format oder auch als schädlich für eine offene

Debatte ansehen.<sup>7</sup> Der Vorwurf, es kann schon allein deshalb keine positiven, zukunftsfähigen Sicherheitskonzepte entwickeln, weil der Fokus der Autor\*innen (des Verteidigungsministeriums) zu eng auf militärischen und gewaltbasierten Lösungsmechanismen liegt, konterte das Ministerium mit dem Begriff der „menschlichen Sicherheit“. Leider hat sich diese Annahme der Kritiker\*innen in großen Teilen bewahrheitet.

Umgekehrt macht es wenig Sinn, sich konstruktiv mit dem Weißbuch auseinander zu setzen, denn dies bestätigt nur seine selbst zugeschriebene Relevanz als strategisches Dokument. Vielleicht ist es besser, es zu lesen, es dann beiseite zu legen und sich der Forderung nach einem Weißbuch deutscher Friedenspolitik zuzuwenden. Bedrohungsszenarien, wie sie auch dieses Weißbuch hinter jedem Baum und Strauch hervorzaubert, sind nicht hilfreich, die Probleme der Welt wirklich anzugehen. Wer noch glaubt, dass mit militärischer Technik ein friedliches Leben zu sichern ist, stürzt sich und andere in den nächsten Konflikt. Das Anhäufen von Arsenalen und die modernste Kriegstechnologie werden die Ursachen der Konflikte, die zu den „Bedrohungen“ führen, nicht beseitigen – sie sind heute nicht einmal mehr geeignet, sie auf Abstand zu halten. „Lösungen“ sind nur in einer konsequent zivil gedachten Bearbeitung zu finden.

## Anmerkungen

- 1 Vorstellung des Weißbuches durch Verteidigungsministerin von der Leyen 13.7.2016 ([www.bmvg.de](http://www.bmvg.de)). Das „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ findet sich ebenfalls [dort](#) – alle Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe.
- 2 Es wurde eine Webseite eingerichtet, auf der die „Bürger“ ihre Meinung platzieren konnten (von denen bis heute nur ein Teil öffentlich ist) und Workshops durchgeführt, auf denen „Experten“ ihre Expertise abladen durften – dokumentiert ist dies unter anderem in einem Begleitheft zum Weißbuch „[Wege zum Weißbuch](#)“.
- 3 Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Brüssel, 28.6.2016. Siehe hierzu auch Jürgen Wagner und Sabine Lösing, IMI-Analyse 2016/27 (Update: 14.7.2016), EU-Globalstrategie und deutsch-französische Militarisierungsoffensive ([IMI-Online](#)).
- 4 Warsaw Summit Communiqué, Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Warsaw 8-9 July 2016, [Press Release](#) (2016) 100.
- 5 Siehe [weissbuch.org](http://weissbuch.org)
- 6 Defense Advanced Research Projects Agency – Forschungsagentur des Department of Defense in den Vereinigten Staaten, die mit einem jährlichen Budget von ca. 3 Mrd. USD dafür sorgt, dass die militärrelevanten Forschungsfragen auch ihren Weg in die zivilen Hochschulen finden. Im Umfang ist sie damit der DFG vergleichbar, die für die Wissenschaftler\*innen in Deutschland jährlich ca. 2,8 Mrd € verausgabt.
- 7 Z.B. Die am IFSH angesiedelte Kommission „Europäische Sicherheit und Bundeswehr“ in ihrem Positionspapier zum Weißbuch ([ifsh.de](http://ifsh.de))



Quelle: Bundeswehr/  
Christian Thiel

# EU-Globalstrategie: Deutsch-französische Militarisierungs- offensive

von Sabine Lösing und Jürgen Wagner

Überschattet von der Brexit-Abstimmung verabschiedeten die europäischen Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen in Brüssel Ende Juni 2016 nahezu unbemerkt eine neue EU-Globalstrategie (EUGS). Das seit über einem Jahr unter der Ägide der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini ausgearbeitete Papier namens „Gemeinsame Vision, gemeinsame Aktion – ein stärkeres Europa“<sup>1</sup> ersetzt die bisher gültige „Europäische Sicherheitsstrategie“ (ESS) aus dem Jahr 2003. Die EUGS steckt als Grundlagendokument die allgemeinen Ziele ab, die die Europäische Union mit ihrer Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen möchte und liefert damit die Grundlage, um nun – wahrscheinlich in einem späteren Weißbuch – eine konkrete Militarisierungsagenda zur Umsetzung dieser Ambitionen auszuarbeiten. Paradoxerweise könnte sich hier der – mögliche – Brexit als regelrechter „Segen“ für die Propagandisten einer „Militärmacht EUropa“ erweisen, da Großbritannien bislang Initiativen in diese Richtung stets ablehnend gegenüberstand. Jedenfalls gingen die Außenminister Deutschlands und Frankreichs unmittelbar nach dem britischen Referendum mit einem gemeinsamen Papier in die Offensive, in dem sie eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten, um die EUGS mit militärischer Substanz anzureichern.

## 1. Unter Beschuss – nur zusammen sind wir stark!

Eines fällt gleich beim ersten Blick in das Mogherini-Papier auf: Der triumphal-optimistische Ton, der sich noch wie ein roter Faden durch den Vorgänger zog, wurde von einer deutlich düsteren Lageeinschätzung verdrängt. Die ESS 2003 wurde beispielsweise noch mit folgendem Satz eingeleitet: „Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen.“<sup>2</sup>

Ganz offensichtlich hat sich an dieser nach Eigeneinschätzung überaus komfortablen Lageeinschätzung seitdem grundlegend etwas verändert. So wurde bereits in einem vom EU-Parlament im April 2016 verabschiedeten Entschließungsantrag zur Globalstrategie gefordert, „dass sich die Europäische Union des gesamten Ausmaßes der Verschlechterung ihres unmittelbaren strategischen Umfelds und der sich daraus ergebenden langfristigen Folgen bewusst werden muss“.<sup>3</sup> In der EUGS werden nicht minder pessimistische Töne angeschlagen: „Wir erleben gegenwärtig eine existenzielle Krise, innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Unsere Union ist bedroht. Unser europäisches Projekt, das uns in beispielloser Weise Frieden, Wohlstand und Demokratie gebracht hat, ist in Frage gestellt.“

Tenor des Ganzen ist dann aber, dass es durchaus möglich sei, sich aus dieser misslichen Lage zu befreien – und quasi als Anleitung dafür, wie dies geschehen soll, dient die EUGS. Schon unmittelbar, nachdem sie vom Europäischen Rat im Juni 2015 den Auftrag zur Ausarbeitung der Globalstrategie erhalten hatte, veröffentlichte Mogherini als eine erste Stand-

ortbestimmung einen „Strategischen Überprüfungsbericht“ („Strategic Review“), in dem der Sinn, Zweck und Anspruch des Unterfangens folgendermaßen umrissen wurde: „Die EU verfügt über alle Mittel, um in der Zukunft ein einflussreicher globaler Akteur zu sein – wenn

sie gemeinsam handelt. [...] In einer verflochtenen, umkämpften und komplexen Welt benötigen wir eine klare Vorstellung über die richtige Richtung. Wir müssen uns über unsere Prioritäten und Ziele und über die Mittel, wie wir sie erreichen wollen, verständigen. [...] Wir benötigen eine gemeinsame, umfassende und schlüssige EU-Globalstrategie.“<sup>4</sup>

Die Interessen der Mitgliedsländer ließen sich, so der alles durchziehende Befund, nicht mehr nationalstaatlich durchsetzen, nur im EU-Verbund könne die für notwendig erachtete machtpolitische Schlagkraft generiert werden, um auch in Zukunft Einfluss im globalen Maßstab ausüben zu können. Auch in der EUGS selbst wird diese Überlegung aufgegriffen: „Wir brauchen ein stärkeres Europa. [...] In einer komplexeren Welt der globalen Machtverschiebungen und breiteren Machtverteilung muss die EU zusammenhalten. Dass wir als Europäer – über Institutionen, Staaten und Völker hinweg – vereint zusammenstehen, ist jetzt wichtiger und dringender denn je. Noch nie wurde unsere Einheit dermaßen auf die Probe gestellt. Gemeinsam können wir mehr erreichen, als wenn jeder Mitgliedstaat allein und ohne Abstimmung mit den anderen handelt.“

## 2. Unsere Regeln – unsere Profite!

Fragt man nach den Interessen, für die EUropa sein gemeinsames Gewicht in die Waagschale werfen soll, stolpert man schnell über die inzwischen in mehr oder weniger jedem westlichen Strategiedokument enthaltene Forderung nach einer (militärischen) Sicherung von Rohstoff- und Handelswegen: „Verbunden mit dem EU-Interesse an einem offenen und fairen Wirtschaftssystem ist der Bedarf nach einem Wachstum der globalen Schifffahrt und nach ihrer Sicherheit, offene und geschützte Schifffahrtsrouten zu garantieren, die wesentlich für den Handel und den Zugang zu natürlichen Rohstoffen sind.“ Generell wird kaum ein Hehl daraus gemacht, welches großes Interesse daran besteht, den Regeln der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung, von denen nicht zuletzt Deutschland als Spitzenexporteur massiv profitiert, Nachdruck zu verleihen: „Voraussetzung für eine prosperierende Union ist ein starker Binnenmarkt und ein offenes internationales Wirtschaftssystem. Wir haben ein Interesse an fairen und offenen Märkten, an der Festlegung globaler Wirtschafts- und Umweltregeln und an einem dauerhaften Zugang zu den globalen Gemeingütern über offene See-, Land-, Luft- und Weltraumwege.“

Auffällig ist in diesem Zusammenhang das flammende Bekenntnis zur TTIP, der trotz des massiven Widerstands in der Bevölkerung eine zentrale Bedeutung zugeschrieben wird: „Die EU wird eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den Vereinigten Staaten anstreben. Ebenso wie das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada bezeugt TTIP das transatlantische Bekenntnis zu gemeinsamen Werten und zeigt unsere Bereitschaft, eine ehrgeizige und geregelte Handelsagenda zu verfolgen.“ Bei TTIP geht es in letzter Konsequenz vor allem

darum, die Position des schwächelnden neoliberalen Westens gegenüber einer stärker staatskapitalistisch ausgerichteten Konkurrenz – vor allem China, aber auch Russland und andere – wieder zu stärken.<sup>5</sup>

Wie entscheidend TTIP und die mit ihm verbundene Fähigkeit, „die Regeln zu setzen“, sind, bringt der rüstungsnahe Informationsdienst „griphan Briefe“ mit beeindruckender Klarheit auf den Punkt: „Wir haben auf diesen Seiten grundsätzlich Position bezogen. Im Telegrammstil: Das Projekt einer gemeinsamen Währung ist mehr als die Möglichkeit, in Amsterdam den Kaffee in gleicher Münze zahlen zu können. Der Euro ist strategischer Partner des Dollar beim amerikanischen Bestreben, den Aufstieg Chinas einzuhegen. Europa ist Partner beim Setzen international verbindlicher Standards in Form von Good governance, anti-corruption, and the rule of law. Darum geht es beim Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen (TTIP): Wer die Standards setzt, schafft Märkte! Und damit sind die Globalisierung und Geoeconomics das eigentliche Narrativ; und dieser Erzählfaden hat ein – nicht unwesentliches – militärisches Kapitel.“<sup>6</sup>

### 3. Russland: Vom Partner zum Gegner

Während China in der EUGS nur am Rande erwähnt wird, widmet sich die EUGS Russland sehr intensiv – und auch in diesem Zusammenhang werden gänzlich neue Töne angeschlagen. So hieß es in der Europäischen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 noch: „Wir müssen uns weiter um engere Beziehungen zu Russland bemühen, das einen wichtigen Faktor für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand bildet. Die Verfolgung gemeinsamer Werte wird die Fortschritte auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft bestärken.“ Demgegenüber äußert sich nun die EUGS: „Wesentliche Veränderungen in den Beziehungen zwischen der EU und Russland hängen ab von der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts und der Grundsätze, auf denen die europäische Sicherheitsordnung aufgebaut ist, einschließlich der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris. Wir werden weder die illegale Annexion der Krim durch Russland anerkennen noch die Destabilisierung der östlichen Ukraine hinnehmen. Wir werden die EU stärken, die Widerstandsfähigkeit unserer östlichen Nachbarn erhöhen und ihr Recht, frei über ihre Haltung gegenüber der EU zu bestimmen, verteidigen.“

Diese reichlich ignoranten Aussagen klammern bewusst einige unbequeme Tatsachen aus: So etwa, dass es die NATO unter Beteiligung zahlreicher EU-Staaten war, die beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 das Völkerrecht eklatant verletzt hatte. Auch mit der „freien Entscheidung“ der Nachbarländer ist es nicht so weit her, wie die EU Glauben machen möchte. Beispiels-

weise war man nicht gewillt, die Entscheidung des – in freien und fairen Wahlen an die Macht gekommenen – damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch zu akzeptieren, im November 2013 die Unterzeichnung des strategisch wichtigen Assoziationsabkommens mit der EU auf Eis zu legen. Stattdessen wurden Proteste unterstützt, die schlussendlich zu einem Putsch und der Einsetzung einer pro-westlichen Regierung führten und die Vorgeschichte dessen abbilden, was hier als „illegale Annexion der Krim durch Russland“ bezeichnet wird.

Da die allgemeine Einschätzung darin besteht, dass die erst kürzlich wegen der ungelösten Krimfrage verlängerten Sanktionen gegen Russland dort zu keiner Kursänderung führen werden, ist ein baldiges Ende des EU-Wirtschaftskrieges aufgrund dieser Passagen in der EUGS in weite Ferne gerückt. Womöglich wird dies auch überhaupt nicht gewünscht, wie eine Besorgnis erregende Studie des „European Council on Foreign Relations“ nahe legt. Die Sanktionen würden wohl zu keiner Wiederannäherung an den Westen, sondern eher zu einem unkontrollierten „Kollaps“ Russlands führen, so die Einschätzung. Während die Studie vor einem solchen Ergebnis warnt, scheint dies aufgrund des Ziels, Russland maximal zu schwächen, von der EU zumindest billigend in Kauf genommen zu werden.<sup>7</sup>

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die in der EUGS häufig wiederkehrende Formulierung, man wolle die „Widerstandsfähigkeit der östlichen Nachbarn“ erhöhen. Zwar wird die aktuell gegen Russland gerichtete Aufrüstung der Ostflanke primär über die NATO organisiert, sie ist aber in eine „Strategische Kommunikationsoffensive“ eingebettet. Dabei geht es darum, gegenüber der eigenen Bevölkerung, vor allem aber in Ländern, in denen Russland und der Westen heftig um Einfluss ringen, der russischen „Propaganda“ eigene „Fakten“ – also Propaganda – entgegenzustellen, um Unterstützung für das eigene Handeln zu erhalten.<sup>8</sup> Dieser als „Strategische Kommunikation“ bezeichnete Bereich nimmt in den letzten Jahren an Bedeutung zu, weshalb ihm auch in der EUGS Platz eingeräumt wird: „Die EU wird ihre strategische Kommunikation verbessern, indem sie in Öffentlichkeits-Diplomatie



Anti-TTIP-Demonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin. Quelle: foodwatch.

in verschiedenen Bereichen investiert und diese Bereiche zusammenführt, um den Bürgern das auswärtige Handeln der Union nahe zu bringen und es unseren Partnerländern besser zu vermitteln. Wir werden unsere Grundsätze und unsere Maßnahmen kohärenter und rascher kommunizieren. Außerdem werden wir rasch faktenbasierte Gegendarstellungen zu Desinformation veröffentlichen.“ Einen Vorgeschmack, wie solche „faktenbasierten Gegendarstellungen“ aussehen, lieferte zum Beispiel das Auswärtige Amt, das ein Papier mit „Richtigstellungen“ veröffentlichte, mit denen russische „Behauptungen“, wie etwa in der Ukraine habe ein Putsch stattgefunden, entkräftet werden sollten. In der Realität des Auswärtigen Amtes hat sich der – unter Androhung massiver Gewalt aus dem Amt gejagte – Präsident Janukowitsch „in verfassungswidriger Weise seinen Amtspflichten entzogen.“<sup>9</sup>

#### 4. Nachbarschaft: Vom Freundeskreis zum Feuerring

Ein weiteres Feld, auf dem sich die Lage aus Sicht der EU ebenfalls nicht eben positiv entwickelt hat, ist der Nachbarschaftsraum. In der ESS wurde 2003 noch das Ziel ausgegeben, man wolle einen „Ring verantwortungsvoll regierter Staaten“ um die EU herum schaffen. Hierfür wurde ein Jahr später die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP) ins Leben gerufen, die, in den Worten der damaligen EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner, „einen ‚Ring von Freunden‘ entlang der Grenzen der erweiterten EU“, eine „Zone der Stabilität und des Wohlstandes“ hervorbringen sollte, „von Osteuropa über den Kaukasus und den Nahen Osten quer durch den gesamten Mittelmeerraum.“<sup>10</sup>

Auch hiervon ist wenig mehr übrig geblieben, wenn es schon in Mogherinis „Strategic Review“ hieß: „Seit der Sicherheitsstrategie 2003 hat sich das strategische Umfeld der EU radikal verändert. [...] Heute umgibt die EU ein Krisenbogen der Instabilität.“ Wiederum ganz ähnlich äußert sich auch die EUGS: „Im Osten wird gegen die europäische Sicherheitsordnung verstoßen, und Terrorismus und Gewalt suchen Nordafrika und den Nahen Osten und auch Europa selbst heim.“ Auch hier glänzt jede Form von Selbstkritik mit Abwesenheit, waren es doch die im Rahmen der ENP vorangetriebenen neoliberalen Assoziierungsabkommen, die in vielen Ländern mit ihrer Freihandelsagenda einen wesentlichen Beitrag zur Verarmung und Destabilisierung beigetragen haben.<sup>11</sup> Dennoch propagiert die EUGS die Fortsetzung genau dieser Politik: „Viele Menschen im Osten und im Süden würden im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) gerne engere Beziehungen mit der Europäischen Union aufbauen. [...] Die ENP hat sich erneut zur Östlichen Partnerschaft und zu den Ländern des südlichen Mittelmeerraums bekannt, die engere Beziehungen zu uns aufbauen möchten. Wir werden diese Länder dabei unterstützen, Assoziierungsabkommen einschließlich vertiefter und umfassender Freihandelszonen (DCFTA) umzusetzen.“

Die Einbeziehung möglichst vieler Länder in eine großeuropäische Wirtschaftszone – ohne ihnen ein Stimmrecht bei deren Ausgestaltung einzuräumen – stellt seit Jahren ein wichtiges Ziel der Union dar. Sie werden dadurch Teil der europäischen Einflusszone, weshalb dann auch der (militärischen) „Stabilisierung“ des Nachbarschaftsraums in der EUGS große Bedeutung zugemessen wird: „Um unserer Sicherheit im Inneren willen haben wir auch ein Interesse daran, dass in den Regionen in unserer Nachbarschaft und der weiteren Umgebung Frieden herrscht.“

#### 5. Autonom Krieg führen

Ebenfalls verändert hat sich die Haltung der USA gegenüber Rüstungsanstrengungen der Europäischen Union, die auf eine eigenständige – autonome – Kriegsführungsfähigkeit abzielen. Während Bemühungen in eine solche Richtung früher scharf abgelehnt wurden, wird dies heute von Washington als eine Möglichkeit begrüßt, Kosten auf die Verbündeten zu verlagern („Burden sharing“). Auch aus EU-Sicht hat dies seinen Reiz, vergrößert doch die Option, unabhängig von der NATO – und damit einem Veto der USA – militärisch einsatzfähig zu sein, die machtpolitische Befreiheit in nicht unbeträchtlichem Maße. So verwundert es nicht weiter, dass der Anspruch auf eine „autonome militärische Handlungsfähigkeit“ in der EUGS an zahlreichen Stellen auftaucht: „Die europäischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung sollten die EU in die Lage versetzen, autonom zu handeln und gleichzeitig zu Maßnahmen der NATO beizutragen und gemeinsam mit ihr Maßnahmen durchzuführen. Eine glaubwürdigere europäische Verteidigung ist auch für eine gesunde transatlantische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von wesentlicher Bedeutung.“

In sich konsequent ist dann auch die daraus abgeleitete Forderung, sich die „notwendigen“ Kapazitäten zur autonomen Kriegsführung auch zuzulegen: „Die Mitgliedstaaten [benötigen] bei den militärischen Spitzenfähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen, um auf externe Krisen reagieren und die Sicherheit Europas aufrechterhalten zu können. Dies bedeutet, dass das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten, einschließlich der strategischen Grundvoraussetzungen, zur Verfügung stehen muss. [...] Eine tragfähige, innovative und wettbewerbsfähige europäische Verteidigungsindustrie ist von wesentlicher Bedeutung für die strategische Autonomie Europas und eine glaubwürdige GSVP.“

Das aktuelle militärische Planziel („Headline Goal“) – die Fähigkeit zwei Korps (60.000 Soldaten) mit entsprechender Bewaffnung ein Jahr durchhaltefähig stationieren zu können – soll hierfür angepasst werden: „Geeignete Zielvorgaben und strategische Autonomie sind wichtig, damit Europa fähig ist, innerhalb wie außerhalb der eigenen Grenzen den Frieden zu fördern und Sicherheit zu gewährleisten.“ Dass nicht explizit gesagt wird, worum es geht, nämlich das militärische Planziel nach oben zu „korrigieren“, dürfte wohl der parallel zur EUGS-Abfassung laufenden Brexit-Debatte geschuldet gewesen sein. Deutlicher wurde Mogherini zum Beispiel in ihrem „Strategic Review“: „Die EU kann es sich nicht leisten, das ‚V‘ aus seiner Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu ignorieren. [...] Das aktuelle Anforderungslevel und die militärischen Kapazitätsziele sind nicht an das sich ändernde Umfeld angepasst.“<sup>12</sup>

Erklärtermaßen war es nicht die Aufgabe der EUGS, zu definieren, welche militärischen Fähigkeiten konkret zur Durchsetzung der formulierten Ziele erforderlich sind und wie diese beschafft werden sollen. Dem dürfte sich ein künftiges Weißbuch widmen, für dessen Erstellung der ehemalige EU-Außenbeauftragte Javier Solana in einer Studie im Auftrag der „Ratsdirektion Externe Politik“ schon im April 2016 einen detaillierten Fahrplan vorlegte: „Die Union wird den Mitgliedstaaten darlegen müssen, welche Fähigkeiten sie von ihnen insgesamt für die Umsetzung dieser Strategie benötigt, wo Bedarfslücken geschlossen werden müssen und wie die EU-Mitgliedstaaten zu diesen gemeinsamen Prioritäten beitragen können. [...] Das Weißbuch gilt daher als notwendiger Baustein

zur Ergänzung, Präzisierung und Umsetzung der Globalen Strategie für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).<sup>13</sup> Auch wenn mit Blick auf die Brexit-Debatte der Begriff „Weißbuch“ selbst vermieden wurde, wird diese Forderung – umschrieben als „sektorale Strategie“ – auch in der EUGS faktisch unterstützt, wenn es heißt, es müssten „im Rahmen einer sektoralen Strategie, die vom Rat zu vereinbaren ist, die zivilmilitärischen Zielvorgaben, Aufgaben, Anforderungen und vorrangigen Fähigkeiten, die sich aus dieser Strategie ergeben, näher festgelegt werden.“



Wollen die EU-Militarisierung vorantreiben: Die Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault. Quelle: US-Außenministerium.

## 6. Deutsch-französische Offensive

Wie bereits angedeutet, scheiterten bislang fast alle Schritte zur massiven Stärkung der EU-Militärpolitik am Widerstand Großbritanniens.<sup>14</sup> Mit dem – wahrscheinlichen – Austritt Großbritanniens werden die Karten nun grundlegend neu gemischt und der Weg für eine forcierte EU-Militarisierung frei: „Einige britische EU-Ausstiegs-Befürworter hatten vor dem Referendum noch behauptet, Brüssel halte das Papier bewusst unter Verschluss, weil es einer künftigen EU-Armee den Weg bereite. Aber auch die Cameron-Regierung setzte, was das Militärische angeht, stets voll auf die NATO und hielt nie viel von den zaghaften EU-Versuchen, parallel dazu auch mit militärischen Strukturen zu experimentieren. Wenn sich das Königreich von der EU abnabelt, könnte sich die Ausgangslage hier ändern, meint der Direktor des Programms ‚Europas Zukunft‘ bei der Bertelsmann-Stiftung, Joachim Fritz-Vannahme: ‚Ich glaube, dass dort Fortschritte ohne die Briten auf diesem Gebiet wahrscheinlich leichter möglich sind.‘“<sup>15</sup>

Wenige Tage nach Abschluss des britischen Referendums nutzten Frankreich und Deutschland die Gunst der Stunde und holten ein offensichtlich schon länger ausgearbeitetes Papier namens „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“ hervor.<sup>16</sup> Darin kündigten der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein französischer Amtskollege Jean-Marc Ayrault an, „weitere Schritte in Richtung einer Politischen Union in Europa unternehmen“ zu wollen. Neben weitreichenden Ankündigungen zur Migrations- und Wirtschaftspolitik wird darin auch „Eine europäische Sicherheitsagenda“ vorgestellt. Sie enthält die Forderung, die EUGS als Sprungbrett für eine weitere Militarisierung der Union zu nutzen: „Deutschland und Frankreich [schlagen] eine europäische Sicherheitsagenda vor, die alle Sicherheits- und Verteidigungsaspekte umfasst, die auf europäischer Ebene eine Rolle spielen. [...] Die Globale Strategie der Europäischen Union, das neue außenpolitische Grundsatzdokument der EU, [...] ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Doch wir müssen noch weiter gehen: In einem stärker von divergierenden Machtinteressen geprägten internationalen Umfeld sollten Deutschland und Frankreich gemeinsam dafür eintreten, die EU Schritt für Schritt zu einem

unabhängigen und globalen Akteur zu entwickeln. Das Ziel ist, unsere Erkenntnisse und unsere Instrumente im zivilen und militärischen Bereich noch wirksamer in reale Politik umzusetzen. Deutschland und Frankreich werden daher eine integrierte EU-Außen- und Sicherheitspolitik unterstützen, die alle politischen Instrumente der EU zusammenführt.“

Darauf folgt eine Reihe von Vorschlägen, die zwar fast alle schon geraume Zeit durch die Brüsseler Korridore geistern, jedoch stets an der britischen Position, jede Stärkung der EU-Militärkomponente bedeute eine unerwünschte Schwächung der NATO, abprallten. Mit dem bevorstehenden Brexit haben die von Steinmeier und Ayrault geforderten Schritte nun deutlich größere Realisierungschancen: „Die EU wird in Zukunft verstärkt beim Krisenmanagement aktiv werden, denn viele Krisen betreffen unsere Sicherheit direkt. [...] Die EU sollte in der Lage sein, zivile und militärische Operationen wirksamer zu planen und durchzuführen, auch mit Hilfe einer ständigen zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit. Die EU sollte sich auf einsatzfähige Streitkräfte mit hohem Bereitschaftsgrad verlassen können und gemeinsame Finanzierungen ihrer Operationen erleichtern. Gruppen von Mitgliedstaaten sollten so flexibel wie möglich eine dauerhafte strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich einrichten können oder mit einzelnen Operationen vorangehen. Die EU-Mitgliedstaaten sollten die Einrichtung ständiger maritimer Einsatzverbände in die Planungen aufnehmen sowie EU-eigene Fähigkeiten in anderen Schlüsselbereichen schaffen.“

Mit einem britischen Austritt aus der EU würde zudem die ohnehin schon dominierende Position Deutschlands weiter gestärkt.<sup>17</sup> Nicht völlig zu Unrecht werden die deutsch-französischen Vorschläge deshalb mancherorts als beunruhigende Vorboten für das Bestreben gewertet, künftig noch stärker als bislang schon, einfach „durchzuregieren“. So machte der polnische Kommentator Jacek Dziedzina seinem Ärger mit folgenden Worten Luft: „Die Emotionen sind nach dem Ergebnis des Referendums in Großbritannien noch nicht abgekühlt und schon stellen Deutschland und Frankreich den anderen Staaten ein Ultimatum: Entweder schaffen wir nun einen Superstaat mit einer Regierung, einer Armee, einheitlichen Geheimdiensten und einer gemeinsamen Visapolitik oder Auf Wiedersehen

und Au revoir. Es hat sich nun auch gezeigt, dass dieses Dokument, in dem diese Vision vom vereinigten Europa dargestellt wird, bereits lange vor dem Referendum auf der Insel entstanden sein muss. [...] Es ist nur schwer zu begreifen, dass die EU-Eliten aus dem britischen Votum nichts gelernt haben. Es sieht so aus, als hätten die Amtsträger aus Brüssel, Deutschland und Frankreich nur auf den Brexit gewartet, um einen Mitgliedsstaat loszuwerden, der gegen die weitere Integration ist.“<sup>18</sup>

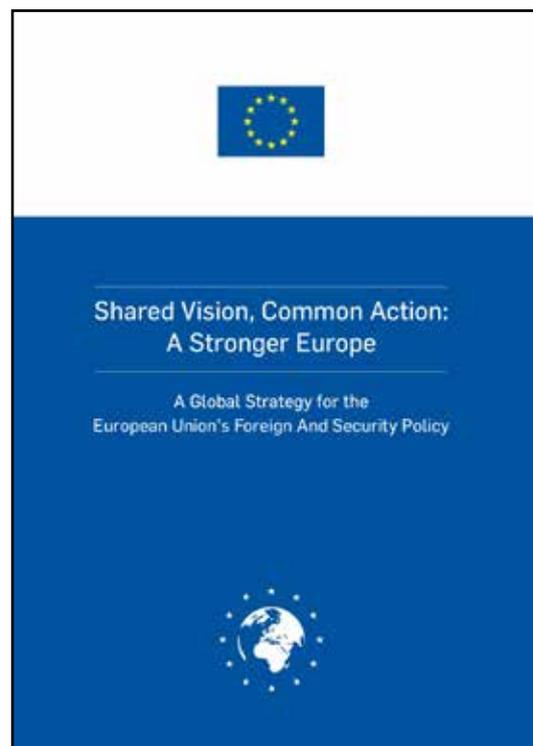
So weit, nun gleich eine deutsch-französische Verschwörung zu vermuten, muss man nicht gehen. Der Verdacht aber, dass nun wenigstens als eine Art Kollateralnutzen der Brexit-Abstimmung die EU-Militarisierungsagenda vorangebracht werden soll, liegt auf der Hand und wird durch den Steinmeier-Ayrault-Vorstoß erhärtet. Selbst wenn Großbritannien in irgendeiner Form den EU-Austritt nicht durchziehen sollte, die diesbezügliche Debatte dürfte sich einige Zeit hinziehen und das Land wird in dieser Phase sicher nicht in der Position sein, deutsch-französische Initiativen zu blockieren. Der weitere Fortgang bestätigt diesen Eindruck: Zur Präsentation des Weißbuchs der Bundeswehr Mitte Juli 2016 hielt Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen eine Pressekonferenz ab, deren Stoßrichtung von Thomas Wiegold, dem wohl prominentesten deutschen „Militärblogger“, folgendermaßen zusammengefasst wurde: „Das Weißbuch entstand im Wesentlichen vor dem Brexit – aber wer der Ministerin zuhört, konnte fast den Eindruck haben, der vorgesehene Austritt Großbritanniens aus der EU werde den Weg zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik noch beschleunigen. Jetzt seien Kooperationen und Planungen möglich, die vorher so nicht möglich waren, wir haben lange Rücksicht nehmen müssen auf Großbritannien, sagte von der Leyen.“<sup>19</sup> Einen Tag darauf meldete sich dann wieder der französische Präsident Francois Hollande zu Wort, der eine „Europäische Verteidigungsinitiative“ ankündigte. „Unsere deutschen Freunde sind bereit, also können wir diese Initiative zusammenfügen“, so Hollande.<sup>20</sup>

Zusammengefasst zeichnet sich also immer klarer ab, dass Globalstrategie und Brexit sich als eine Art Startschuss für einen neuerlichen EU-Militarisierungsschub erweisen könnten.

**Anmerkungen**

- 1 Gemeinsame Vision, gemeinsames Handeln: Ein stärkeres Europa. Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, [Brüssel](#), 28.06.2016.
- 2 Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, [Brüssel](#), 12.12.2003.
- 3 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. April 2016 über das Thema: „Die EU in einem sich wandelnden globalen Umfeld – eine stärker vernetzte, konfliktreichere und komplexere Welt“ (2015/2272(INI)).
- 4 Mogherini, Federica: The European Union in a changing global environment. A more connected, contested and complex world, Strategic Review, [Brüssel](#), Juni 2015.
- 5 Schumacher, Tim: Geopolitischer Sprengstoff: Die militärisch-machtpolitischen Hintergründe des TTIP, [IMI-Studie](#) 2014/05.
- 6 Griphan Briefe, 27. Juni 2016, S. 1.
- 7 Petrov, Nikolay: Putin’s Downfall. The Coming Crisis of the Russian Regime, [ECFR/166](#), April 2016.
- 8 Schwitanski, Christopher: Die Militarisierung von Informationen. NATO-Propaganda heißt jetzt Strategische Kommunikation, in: DFG-VK/IMI (Hg.): Die 360°-NATO: Mobilmachung an allen Fronten, [Tübingen](#) 2016, S. 59-62.
- 9 Auswärtiges Amt: Realitätscheck: Russische Behauptungen - unsere Antworten, [Stand](#), 18.02.2015.
- 10 Ferrero-Waldner, Benita: Europa als globaler Akteur, Rede in

- Berlin, 24.01.2005.
- 11 Wagner, Jürgen: Expansion – Assoziation – Konfrontation. EUropas Nachbarschaftspolitik, die Ukraine und der Neue Kalte Krieg gegen Russland, [IMI-Studie](#) 2015/06.
- 12 Auch in einer Studie, die auf der offiziellen EUGS-Seite als Begleitmaterial während des Erstellungsprozesses veröffentlicht worden war, wurde eine Anpassung des Planziels gefordert: : „Das Militärische Planziel beschränkt das Anforderungsprofil darauf, bis zu zwei Korps (60.000 Soldaten) für mindestens ein Jahr durchhaltefähig machen zu können. [...] Die Globalstrategie ist eine exzellente Gelegenheit, über die Beschränkungen des militärischen Planzieles hinauszugehen und ein EU-Militärweißbuch einzuführen. [...] Das leitende Element wäre, [...] dass die EU zumindest in seiner erweiterten Nachbarschaft dazu [Militärinterventionen] in der Lage ist, ohne dabei auf US-Kapazitäten zurückgreifen zu müssen“. Sven Biscop u.a.: European Strategy, European Defence, and the CSDP, [Clingendael Report](#), November 2015.
- 13 Solana, Javier u.a.: Auf dem Weg zu einer Europäischen Verteidigungsunion – ein Weißbuch als erster Schritt, [EP/EXPO/B/SEDE/2015/03 DE](#), April 2016, S. 4f.
- 14 Als ein Beispiel für die bremsende britische Rolle nennt Patrick Tucker: How The Myth of An EU Army Bolstered The Brexit Vote, [Defense One](#), 08.07.2016 die EU-Gefechtsverbände (Battlegroups). Obwohl ihr Einsatz unter anderem 2013 von Frankreich angedacht worden sei, sei dies am Widerstand Londons gescheitert und der Grund dafür sei die Sorge um das Referendum gewesen.
- 15 EU will die gemeinsame Verteidigung stärken, [Tagesschau Online](#), 28.06.2016.
- 16 Ayrault, Jean-Marc/Steinmeier, Frank-Walter: Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt, [Stand](#) 27.06.2016.
- 17 Berechnungen zufolge steigt der deutsche Stimmanteil im EU-Rat nach einem Brexit von aktuell 16% auf 18,3% und von Frankreich von 13,1% auf 15%. Siehe Mitrenga, Daniel: Statt Brexit, [Die jungen Unternehmer](#), Mai 2016, S. 36.
- 18 Dziedzina, Jacek: *Kto powstrzyma szaleńców?* Kommentar in der *Gość Niedzielny*, übersetzt durch die Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.eurotopics.net/de/161497/eu-sortiert-sich-nach-brexit-votum-neu>
- 19 Wiegold, Thomas: Das neue Weißbuch: Ein paar Beobachtungen, [augengeradeaus](#), 13.07.2016.
- 20 France to present ‘Europe of defence’ initiative, [EUobserver](#), 14.07.2016.



# NATO-Gipfeltreffen in Warschau

## Das 360-Grad-Bündnis geht in die Offensive

von Jürgen Wagner

Bereits auf dem NATO-Gipfeltreffen in Wales war im September 2014 ein umfassendes anti-russisches Rüstungspaket – der sogenannte „Readiness Action Plan“ (RAP) – verabschiedet worden. Das jüngste Gipfeltreffen in Warschau, das am 8. und 9. Juli 2016 stattfand, hatte nun, wie zu erwarten war, vor allem den Zweck, eine Art RAP 2.0 auf den Weg zu bringen. Die mit Abstand wichtigste Maßnahme dieser neuen Aufrüstungsrunde stellt dabei die dauerhafte Stationierung von NATO-Truppen in den „Frontstaaten“ Osteuropas dar.<sup>1</sup> Obwohl militär-politisch aktuell die Auseinandersetzung mit Russland klar im Fokus steht, wird seitens der Allianz allenthalben betont, dies dürfe nicht bedeuten, andere Regionen und Politikfelder zu „vernachlässigen“. Das Bündnis verfolge einen „360-Grad-Ansatz“, mit diesem Spruch wird die aktuelle Politik begrifflich auf den Punkt gebracht. Dementsprechend hatten es auch andere Passagen der mit 140 Absätzen überaus umfangreichen Gipfelerklärung<sup>2</sup> in sich – etwa die zu Afghanistan, Syrien und zum Irak. Bemerkenswert sind auch die Bekenntnisse zur stärkeren NATO-EU-Zusammenarbeit, insbesondere bei der Flüchtlingsbekämpfung. Mittendrin – oder besser: ganz vorne – ist bei all dem die Bundesregierung, die ganz offensichtlich mit ihrem erklärten Anspruch, künftig als militärische Führungsmacht handeln zu wollen, ernst macht.

### Verstärkte Vorwärtspräsenz gegen Russland

Wie sich die Zeiten doch ändern können – hieß es noch in der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels von Rom im Jahr 1990: „Die Mitgliedsländer der Nordatlantischen Allianz schlagen den Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes eine gemeinsame Erklärung vor, in der wir feierlich erklären, dass wir nicht länger Feinde sind.“<sup>3</sup> Nicht zuletzt die jahrzehntelange anti-russische Politik der NATO und die russischen Reaktionen darauf haben dafür gesorgt, dass vom damaligen Geist nichts mehr übrig ist. So heißt es heutzutage in der Gipfelerklärung von Warschau: „Russlands aggressive Handlungen, einschließlich provozierender militärischer Aktivitäten an der Peripherie des NATO-Gebietes, und seine zur Schau gestellte Bereitschaft, politische Ziele durch die Drohung und Anwendung von Gewalt zu erreichen, sind die Ursache regionaler Instabilität, fordern die Allianz fundamental heraus, haben die euro-atlantische Sicherheit beschädigt und gefährden unser langfristiges Ziel eines geeinten, freien und friedlichen Europa.“ (Absatz 5)

Im Fortgang der Ukraine-Krise begann die NATO schon im April 2014 mit einer gegen Russland gerichteten Rüstungs-offensive, als die Anzahl der Kampffjets zur Luftüberwachung des Baltikums vervierfacht, die maritime Präsenz im Schwarzen Meer vergrößert und jede Kooperation mit Russland auf Eis gelegt wurden. Von da ab wurde auch die Zahl der Manöver drastisch erhöht – allein 2014 wurden 162 Übungen abgehalten, nach offiziellen Angaben rund doppelt so viele wie ursprünglich geplant.<sup>4</sup> Auf dem NATO-Gipfel in Wales im September 2014 erhielten diese Maßnahmen mit dem „Bereitschafts-Aktionsplan“ („Readiness Action Plan“) einen Rahmen und

wurden um mehrere wesentliche Aspekte ergänzt. Beschlossen wurde dort u.a. die Aufstellung einer „Ultraschnellen Eingreiftruppe“ („Very High Readiness Joint Task Force“, VJTF), die primär für Einsätze im unmittelbaren Umfeld Russlands gedacht ist. Als Umfang der auch „Speer-

spitze“ genannten Einheit wird in den Medien meist die Zahl von 5.000 Soldaten angegeben. Ein Blick in den offiziellen Fact Sheet der NATO offenbart allerdings, dass es sich hierbei lediglich um die VJTF-Bodenkomponente handelt, weshalb die Gesamtstärke der Truppe 20.000 Soldaten beträgt. Um die Funktion als „zweite Welle“ nach einem VJTF-Einsatz „besser“ erfüllen zu können, wurde darüber hinaus das Kontingent der „Schnellen Eingreiftruppe“ („NATO Response Force“, NRF) deutlich von 13.000 zunächst auf 30.000 und dann auf 40.000 Soldaten nach oben geschraubt.<sup>5</sup> Um künftig alle Manöver und möglichen Einsätze in Osteuropa leiten zu können, wurde ferner das Multinationale Korps Nord-Ost in Stettin unter polnisch-deutscher Führung massiv ausgebaut. Als „Sprungbretter“ für Einsätze der VJTF wurden außerdem inzwischen insgesamt acht neue NATO-Stützpunkte, sogenannte „NATO Force Integration Units“ (NFIUs), in Osteuropa eingerichtet, die ab September 2015 ihre Arbeit aufnehmen. Sie verfügen über eine verhältnismäßig geringe Besatzung (je 40 Soldaten) und befinden sich in Estland, Lettland, Litauen sowie in der Slowakei, in Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien.<sup>6</sup>

Obwohl die NATO also seit 2014 eine zutiefst Besorgnis erregende Aufrüstung ihrer Ostflanke eingeleitet hat, wurden schnell Stimmen laut, die diese Maßnahmen als nicht ausreichend kritisierten – und je näher der Gipfel rückte, desto drängender wurden diese Stimmen. Im März 2016 veröffentlichte etwa der „German Marshall Fund“ (GMF) die Forderungen mehrerer prominenter NATO-Strategen, darunter mit Karl-Heinz Kamp auch der Leiter der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ (BAKS): „Das Bündnis kann sich nicht allein auf erweiterte Abschreckung und kleine, mobile Einheiten wie die [...] VJTF verlassen [...]. Die Allianz [muss] zu einer Strategie einer erhöhten Vorwärtspräsenz übergehen, die als stabilisierende und abschreckende Kraft stationiert ist, bevor ein Konflikt beginnt. [...] Solch eine Truppe muss kampfbereit sein [...]. Die Größenordnung von einer Brigade in einem der baltischen Staaten und in Polen wäre ein guter Anfang.“<sup>7</sup> Zwei Brigaden, also bis zu 10.000 Soldaten, waren wiederum dem ehemaligen NATO-Generalsekretär Wesley Clark nicht genug, der zusammen mit weiteren hochrangigen NATO-Militärs kurz darauf die Verlegung von drei Brigaden forderte.<sup>8</sup>

Ganz diese Dimension ist es dann doch nicht geworden, dennoch ist es schlimm genug, dass sich die NATO-Verteidigungsminister auf ihrem Treffen im Juni 2016 auf die Verlegung von vier Bataillonen – also 4.000 Soldaten – verständigt hatten, die nun auf dem Gipfeltreffen in Warschau unter der Bezeichnung „Verstärkte Vorwärtspräsenz“ („enhanced forward presence“) endgültig beschlossen wurde. Dabei soll je ein Bataillon in Litauen (unter deutscher Führung), Estland (Großbritannien), Lettland (Kanada) und in Polen (USA) „beheimatet“ sein (Absatz 40). Je nach Definition des Begriffes „substantiell“ handelt es sich hierbei um einen Bruch der NATO-Russland-Grundakte von 1997, in der sich das westliche Militärbündnis dazu verpflichtete, keine „substantiellen Kampftruppen dauerhaft“ in Osteuropa zu stationieren.<sup>9</sup>

Auf nahezu gleich bleibend hohem Niveau soll darüber hinaus auch die Manövertätigkeit bleiben – wie die NATO ankündigte, sind für 2016 insgesamt 240 Übungen geplant.<sup>10</sup> Russland reagierte seinerseits wiederum, indem es im Januar 2016 ankündigte, drei Divisionen (30.000 Soldaten) an seine Westgrenze zu verlegen.<sup>11</sup> Dies alles erhöht die Gefahr „versehntlicher“ Zusammenstöße zwischen Truppen der NATO und Russlands erheblich, wovon unter anderem das „European Leadership Network“ immer wieder eindringlich warnt.<sup>12</sup> Besonders Besorgnis erregend ist in diesem Zusammenhang vor allem auch die offene Diskussion über die Rolle von Atomwaffen in einem möglichen westlich-russischen Konflikt.

### Atompolitik: Spiel mit dem Feuer

Aufhorchen ließ kürzlich das Buch „2017 War with Russia“ von Richard Shirreff, der zwischen 2011 und 2014 den Posten des stellvertretenden NATO-Oberkommandeurs in Europa innehatte. Er argumentierte im Mai 2016, es sei zwar nicht zwingend, aber „sehr wahrscheinlich“, dass es zu einem Atomkrieg mit Russland kommen werde. Ihm sprang im Vorwort des Buches James Stavridis, von 2009 bis 2013 NATO-Oberkommandierender in Europa, zur Seite: „Unter Präsident Putin hat Russland einen gefährlichen Kurs eingeschlagen. Sollte es ihm erlaubt werden, damit fortzufahren, wird dies zwangsläufig zu einer Kollision mit der NATO führen. Und das wird einen Krieg bedeuten, der schnell auch atomar geführt werden könnte.“<sup>13</sup>

Russland wird vorgeworfen, seine Militärdoktrin derart verändert zu haben, dass der Einsatz taktischer Atomwaffen auf einem begrenzten Gefechtsfeld erwogen werde, um hierdurch die konventionelle Überlegenheit des Westens auszugleichen – ob dies zutrifft, ist allerdings eine andere Frage.<sup>14</sup> Jedenfalls wird aus diesem Grund schon seit einiger Zeit von prominenten Strategen eine Überprüfung der NATO-Nuklearstrategie mit dem Ziel gefordert, die Rolle von Atomwaffen wieder aufzuwerten.<sup>15</sup> So wurde nur wenige Tage vor Beginn des Gipfeltreffens sogar im Hausblatt der Allianz, dem „NATO-Review“, ein Artikel mit dem Titel „Atomare Abschreckung und die Allianz im 21. Jahrhundert“ platziert: „Die Abschreckung ist zurück und die NATO muss eine glaubwürdige Verteidigung und Abschreckung mit Blick auf viele verschiedene Gefahren wiedererlangen [...]. Zu dieser Debatte gehört eine starke nukleare Komponente.“<sup>16</sup>

Auf den ersten Blick ähneln viele diesbezügliche Passagen der Warschau-Gipfelerklärung früheren Abschlussdokumenten. Dennoch gibt es aber einige wichtige Unterschiede: Erstens wurde verbal – im Fachjargon: deklaratorisch – der Ton etwas angezogen: „Jeder Einsatz von Atomwaffen gegen die NATO würde den Charakter eines Konfliktes fundamental verändern. Niemand sollte an der Entschlossenheit der NATO zweifeln, wenn die Sicherheit eines ihrer Mitglieder bedroht sein sollte. Die NATO hat die Kapazitäten und die Entschlossenheit, einem Gegner Kosten zuzufügen, die inakzeptabel wären und die Vorteile, die ein Gegner erhoffen könnte, weit überwiegen.“ (Absatz 54)

Zweitens wird gegenüber früheren Jahren stärker die Rolle der in Europa im Rahmen der Nuklearen Teilhabe stationierten US-Atomwaffen hervorgehoben, die zum Beispiel 2014 nicht einmal erwähnt worden waren: „Die nukleare Abschreckungskomponente der NATO basiert außerdem zum Teil auf den vorwärtsstationierten US-Atomwaffen in Europa und der diesbezüglichen Infrastruktur der Alliierten.“ (Absatz

53) Wurde vor einigen Jahren noch über den Totalabzug der Waffen debattiert, ist nun ein massives Modernisierungsprogramm eingeleitet worden, das die Einsetzbarkeit der in fünf NATO-Ländern diesseits des Atlantiks – u.a. in Deutschland in Büchel – lagernden Waffen erheblich „verbessert“. Unklar ist dagegen, wie mit dem Wunsch einiger osteuropäischer Länder, insbesondere Polens, verfahren wurde, der Nuklearen Teilhabe beizutreten und damit US-Atomwaffen auf ihrem Territorium zu stationieren.

Drittens wurde auf dem Gipfel erklärt, man mache weiter Fortschritte beim Aufbau der NATO-Raketenabwehr. Ein „neuer Meilenstein“ sei erreicht worden, die „Initial Operational Capability“ sei ein „wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer NATO-Raketenabwehr“, heißt es in der Gipfelerklärung (Absatz 57). Zwar wird unmittelbar darauf deutlich betont, das System sei „nicht gegen Russland gerichtet“ (Absatz 59); Moskau sieht darin aber dennoch mit einigem Recht den Versuch, seine Zweitschlagfähigkeit – und damit seine Fähigkeit, einen NATO-Angriff abzuschrecken – auszuhebeln.<sup>17</sup>

Und schließlich betrifft der letzte wichtige Punkt der Abschlusserklärung noch den Komplex Abrüstung und Rüstungskontrolle. Schon vor dem Gipfel wurden die Aussichten für weitere nukleare Abrüstungsrunden teils für tot erklärt, wenn u.a. Karl-Heinz Kamp, Chef der „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“, schrieb: „Unter den aktuellen konfrontativen Bedingungen ist eine gemeinsame Reduzierung der Atomwaffen in Europa kaum noch vorstellbar. [...] Damit ist nukleare Rüstungskontrolle nicht grundsätzlich ausgeschlossen sie bleibt integraler Teil westlicher Sicherheitspolitik. Allerdings ist sie dem Zweck der Sicherheitsvorsorge eindeutig nachgeordnet. Es ist nicht der primäre Daseinszweck einer Nuklearwaffe, abgerüstet zu werden. Zweck einer Kernwaffe – wie auch jeder anderen Waffen – ist es, zur Sicherheit und Verteidigung beizutragen.“<sup>18</sup> Ganz ähnlich heißt es auch in der Warschau-Erklärung (Absatz 65): „Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen die vorherrschende internationale Sicherheitsumgebung berücksichtigen. Wir bedauern, dass die Umstände, um Abrüstung zu erreichen, nicht günstig sind.“

Unklar ist, ob sich die Allianz in Warschau, wie vielfach gefordert, auf eine grundlegende Überarbeitung ihrer Nuklearstrategie verständigt hat. Als mögliche Elemente einer solchen Überarbeitung werden von Befürwortern u.a. genannt: „Für die kommenden Jahre [sind] kontroverse Diskussionen im Hinblick auf die Ausprägung und Gestaltung des nuklearen NATO-Dispositivs zu erwarten. Dabei wird es um Themen wie die Deklarationspraxis, die Alarmierungszeiten und die Übungspraxis, die Modernisierung und Anpassung existierender Waffensysteme bis hin zu der Frage gehen, ob die Allianz das in der NATO-Russland-Akte gegebene Versprechen aufgeben und Kernwaffen in neuen Mitgliedstaaten stationieren soll.“<sup>19</sup>

### Afghanistan: Rückzug vom Rückzug

Ganz im Gegensatz zu vielen früheren Gipfeln spielte der Krieg in Afghanistan in Warschau nur eine Nebenrolle. Dennoch wurden unmittelbar vor und auf dem Gipfel selbst wichtige Weichen für die Fortsetzung des NATO-Krieges gestellt. Bereits kurz vor Gipfelbeginn verkündete Barack Obama, die USA würden ihre Truppenpräsenz in Afghanistan nicht, wie zuletzt angekündigt, auf 5.500 Soldaten reduzieren, sondern sie bei 8.400 belassen.<sup>20</sup>



Die wichtigste Schaltzentrale für die NATO-Raketenabwehr liegt in Deutschland. Quelle: NATO.

Damit sendete der US-Präsident ein Signal, das die Verbündeten beim Gipfel in Warschau bereitwillig aufgriffen. Auch die „Resolute Support Mission“ (RSM) der NATO, die eigentlich mit ihren aktuell knapp über 13.000 Soldaten<sup>21</sup> „nur“ zur Beratung und Ausbildung in Afghanistan stationiert ist, tatsächlich aber immer robuster vorgeht, wird auf absehbare Zeit nicht abgezogen. Schon zuvor war der ursprünglich verkündete Abzugstermin Ende 2016 um ein Jahr verschoben worden. Auf dem Gipfeltreffen wurde nun eine spezielle Erklärung zu Afghanistan verabschiedet, die es tunlichst vermeidet, überhaupt noch irgendeinen konkreten Abzugstermin zu nennen: „Die NATO und ihre Operationspartner haben sich heute dazu verpflichtet, die Resolute Support Mission durch ein flexibles, lokales Modell über 2016 hinaus aufrecht zu erhalten.“<sup>22</sup>

Ebenfalls verständigt hat man sich darauf, die afghanischen Armee- und Polizeitruppen weiterzufinanzieren. Wie sich allerdings die jährlichen Kosten von ca. 6 Mrd. Dollar, von denen bisher 500 Mio. aus dem afghanischen Haushalt und der Rest von der „internationalen Gemeinschaft“ bezahlt wurden, künftig aufteilen werden, ist nicht näher ausgeführt. Festgehalten wird allerdings, dass der afghanische Anteil sukzessive steigen und das Land im Jahr 2024 die „volle finanzielle Verantwortlichkeit“ übernehmen soll.<sup>23</sup> Wie dies angesichts eines afghanischen Haushaltes von 7,2 Mrd. Dollar (2016/2017) gehen soll, darüber schweigt sich das Dokument allerdings aus.

In Warschau wurde also mehr oder minder am Rande dafür Sorge getragen, dass die NATO aller Voraussicht nach noch für viele Jahre am Hindukusch präsent und in die dortigen Kämpfe

verwickelt sein wird, wie etwa Spiegel Online durchaus kritisch bemerkt: „Fast nebenbei hat die Nato in Warschau ihre größte Militärmission verlängert, von einem Abzug aus Afghanistan ist keine Rede mehr. Die Bundeswehr stellt sich auf einen Einsatz mit offenem Ende ein. [...] Das ‚Thema Abzug‘, sagt ein Bundeswehr-General in Warschau, ‚ist erst mal nicht mehr auf der Tagesordnung.‘“<sup>24</sup>

### Präsenz an der Südflanke

Während der Diskussionsphase vor dem Gipfel wurde allorten gefordert, trotz der „Notwendigkeit“, die Konfrontation mit Russland suchen zu müssen, dürften andere Regionen und Politikbereiche, insbesondere die Südflanke, nicht vernachlässigt werden. Wie eingangs erwähnt, wurde dies auf die Formulierung, man verfolge einen „360-Grad-Ansatz“, heruntergebrochen. Dem wurde mit mehreren Entscheidungen auf dem Gipfeltreffen Rechnung getragen: Während Libyen eine NATO-Ausbildungsmission angeboten wurde, sollte dies diesbezüglich derzeit noch recht skeptische neue Einheitsregierung wünschen (Absatz 93), ist man mit dem Irak schon deutlich weiter. Während bislang irakische Einheiten in Jordanien ausgebildet wurden, äußerte die irakische Regierung schon im Mai 2016 die Bitte, auch im Land selbst eine NATO-Ausbildungsmission zu starten. Dem wurde nun entsprochen, in der NATO-Gipfelerklärung heißt es, man habe sich darauf verständigt, „ein NATO-Training der irakischen Sicherheits- und Militärkräfte im Land durchzuführen.“ (Absatz 95)

Und schließlich wurde noch der Einsatz von Awacs-Flugzeugen gegen den „Islamischen Staat“ beschlossen, an dem sich dann wohl auch deutsche Soldaten beteiligen werden – damit steigt die NATO auch offiziell in die Kriege im Irak und in Syrien ein: „Die Bündnispläne sehen vor, dass die mit moderner Radar- und Kommunikationstechnik ausgestatteten Flugzeuge von der Türkei und der Mittelmeerküste aus den Luftraum über Syrien und dem Irak überwachen. Wenn der Einsatz wie geplant nach dem Sommer beginnt, werden aller Voraussicht nach auch deutsche Soldaten zum Einsatz kommen. Die Bundeswehr stellt nach eigenen Angaben rund ein Drittel der Besatzungsmitglieder für die aus 16 Flugzeugen bestehende Awacs-Flotte der Nato.“<sup>25</sup>

Ebenfalls neu aufstellen will sich die Allianz bei der Flüchtlingsbekämpfung im Mittelmeer – und geht dabei eng koordiniert mit der EU vor.

### **NATO und EU: Hand in Hand bei der Flüchtlingsbekämpfung**

Auf dem Warschau-Gipfel wurde auch ein Papier zur Intensivierung der NATO-EU-Zusammenarbeit verabschiedet: „Wir sind der Meinung, dass die Zeit gekommen ist, der Strategischen Partnerschaft zwischen NATO und EU neue Impulse und Substanz zu geben.“<sup>26</sup>

In früheren Jahren war das Verhältnis zwischen EU und NATO nicht unproblematisch, da die USA gegenüber EU-Rüstungsanstrengungen sehr skeptisch waren, sollten diese nicht komplett unter dem Dach der NATO – und damit ihrem Einfluss – vonstatten gehen. Inzwischen „ermuntern“ die USA die EU-Verbündeten aber regelrecht, mehr Geld in die Rüstung zu pumpen, selbst wenn dies zu einer eigenständigen – autonomen – Kriegsführungsfähigkeit der EU führen sollte. Auch in der Gipfelerklärung spiegelt sich dies wider: „Die NATO erkennt die Bedeutung einer stärkeren und fähigeren europäischen Verteidigung an, die zu einer stärkeren NATO führen und die Sicherheit aller Verbündeten fördern wird. [...] In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Stärkung der EU-Verteidigungsfähigkeiten und des Krisenmanagements, die wir über die letzten Jahre beobachten konnten.“ (Absatz 124)

In der NATO-EU-Rahmenerklärung werden zahlreiche Rüstungsbereiche genannt, in denen die Zusammenarbeit künftig intensiviert werden soll. Besonders sticht der Kooperationswille schon jetzt bei der Bereitschaft zur koordinierten Flüchtlingsbekämpfung hervor: „Um die EU-Operation ‚Sophia‘ vor der libyschen Küste unterstützen zu können, wurde der mögliche Aufgabenbereich für den aktuellen Einsatz im Mittelmeer deutlich erweitert. Die Nato-Schiffe sollen künftig auch am Kampf gegen illegale Migration beteiligt werden können. Die Operation im Mittelmeer heißt dann ‚Sea Guardian‘ (Meereswächter). Sie geht aus dem Einsatz ‚Active Endeavour‘ hervor, der nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gestartet worden war. Das Mandat für ‚Active Endeavour‘ erlaubte bislang nur die Überwachung des zivilen Seeverkehrs im Mittelmeer.“<sup>27</sup>

### **Geldregen**

Bereits auf dem Wales-Gipfel im September 2014 verständigten sich die Staats- und Regierungschefs – allerdings nicht rechtlich bindend – darauf, 2% des BIP für Rüstung auszugeben. Während die Mitgliedsländer laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI 2015 905 Mrd. Dollar ausgaben,

würde die Einhaltung des 2-Prozent-Ziels eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um satte 100 Mrd. Euro erfordern.

Davon ist die Allianz zwar noch ein gutes Stück entfernt, dennoch jubelt sie in ihrer Abschlusserklärung des Warschau-Gipfels, die „Kehrtwende“ bei den Rüstungsausgaben sei geschafft (Absatz 34). Und tatsächlich bestätigen die konkreten Zahlen, dass es aus Sicht der NATO allen Grund zur Freude gibt: „Beim Geld soll in der Nato die Freundschaft nicht aufhören. [...] So stiegen die Verteidigungsausgaben, die 2014 noch um real ein Prozent geschrumpft waren, im vergangenen Jahr im Durchschnitt der Nato-Länder um 0,6 Prozent. Für das laufende Jahr wird mit einem weiteren Anstieg um drei Prozent gerechnet. Dies entspreche einer Zunahme um acht Milliarden Dollar, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Immerhin 22 Partnerstaaten, darunter auch Deutschland (derzeit bei 1,19 Prozent des BIP), hätten ihre Ausgaben gesteigert.“<sup>28</sup>

Selbstredend geht das Vielen im Bündnis noch nicht weit genug: „Das reicht aber nicht. Wir haben die Einschnitte gestoppt und bewegen uns jetzt in die richtige Richtung“, sagte Douglas Lute, US-Botschafter bei der NATO. „Aber in den nächsten 8 Jahren werden wir viel Gewicht stemmen müssen. Einige von uns sind von den zwei Prozent nämlich weit entfernt.“<sup>29</sup> Ein Land, das erheblich vom 2%-Ziel entfernt ist, ist Deutschland – allerdings holt es in jüngster Zeit rapide auf, ein Umstand, den Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung zum NATO-Gipfel besonders hervorhob.

### **Führungsmacht Deutschland**

In der letzten Umfrage von ARD-Deutschlandtrend lehnten 67 Prozent der Befragten die nun beschlossene permanente Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa ab.<sup>30</sup> Auch SPD-Spitzenpolitiker wie Frank-Walter Steinmeier oder auch Sigmar Gabriel äußerten sich skeptisch gegenüber dem „Säbelrasseln“ der Allianz in Richtung Russland.<sup>31</sup> Auf die praktische Politik scheint dies jedoch keinerlei Einfluss zu haben.

Liest man sich vielmehr die unmittelbar vor dem NATO-Gipfel abgegebene Regierungserklärung von Kanzlerin Angela Merkel durch, so enthält sie ein flammendes Bekenntnis zur gesamten Bandbreite der NATO-Eskalationspolitik – und dazu, dass Deutschland hier eine führende Rolle spielen soll. Auch den „360-Grad-Ansatz“ macht sich die Kanzlerin zu Eigen: „Im Osten hat Russlands Agieren in der Ukraine-Krise unsere östlichen Alliierten zutiefst verstört. [...] Aber auch südlich des Bündnisgebietes müssen wir eine dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage feststellen. [Der Readiness Action Plan] wird die Allianz schneller, reaktionsfähiger und einsatzbereiter machen, und zwar für Herausforderungen in jeder Richtung und jeder Art, das heißt in einem sogenannten 360-Grad-Ansatz.“<sup>32</sup>

Schon beim Aufbau der Ultraschnellen Eingreiftruppe übernahm Deutschland nach Eigenangaben eine „führende Rolle“<sup>33</sup> und auch das Multinationale Korps in Stettin wurde unter deutscher Ägide ausgebaut. Aus Merkels Regierungserklärung geht zudem hervor, dass sich Deutschland auch an den in Warschau auf den Weg gebrachten neuen Missionen beteiligen möchte. Vor allem aber wird es mit 500 Soldaten die Führung des Bataillons in Litauen übernehmen und sich damit buchstäblich an vorderster Front an den anti-russischen Rüstungsmaßnahmen beteiligen.<sup>34</sup>

Angesichts der deutschen Rolle beim NATO-Gipfel und darüber hinaus können sich Militaristen wie Johannes Leithäuser in der FAZ vor Begeisterung leider kaum mehr halten:

„Deutschland präsentiert sich auf dem Nato-Gipfel in Warschau mit neuem Selbstverständnis. Vergessen sind Jahrzehnte der politischen und militärischen Zurückhaltung. Jetzt geht es Berlin um die aktive Mitgestaltung der globalen Ordnung. [...] Die neuen Bedrohungen durch die russische Aggressionspolitik im Osten und durch den islamistischen Terror im Süden des Nato-Bündnisgebietes haben die Bundesregierung veranlasst, die Kultur politischer und militärischer Zurückhaltung aufzugeben, die über Jahrzehnte ein eingeübtes Verhaltensgebot der deutschen politischen Führung war.“<sup>35</sup>

## Anmerkungen

- 1 So werden zumindest Polen und die Balten hier genannt: Wolfgang Richter: Rückversicherung und Stabilität, *SWP-Aktuell*, 41/ Juli 2016.
- 2 Warsaw Summit Communiqué, Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Warsaw 8-9 July 2016, [Press Release](#) (2016) 100. Wird im Text nachfolgend aus der Abschlusserklärung zitiert, folgen die entsprechenden Stellen in Klammern.
- 3 London Declaration On A Transformed North Atlantic Alliance, [London](#) 5-6 July 1990.
- 4 Proben für den Krieg, *Süddeutsche Zeitung*, 12.08.2015.
- 5 NATO's Readiness Action Plan, [Nato Fact Sheet](#), July 2016.
- 6 Nathalie Schüler: Aufrüstung der NATO-Ostflanke. Die Umstrukturierung der NATO-Politik, Ukraine-Konflikt und Russland-Krise, in: DFG-VK/IMI (Hg.): Die 360° NATO: Mobilmachung an allen Fronten, Tübingen, Juni 2016, S. 27-33. Hinzu kommen noch die US-Maßnahmen der im Juni 2014 verkündeten „European Reassurance Initiative“ (ERI), deren Mittel in Obamas Budgetantrag für das Jahr 2017 mit 3,4 Mrd. Dollar gegenüber den Vorjahren massiv aufgestockt werden sollen (2015: 985 Mio. Dollar; 2016: 789 Mio. Dollar): „Die für die ERI bereitgestellten Mittel haben es den USA erlaubt, eine kontinuierliche Präsenz von Einheiten auf Rotationsbasis vor allem in Polen und den baltischen Staaten aufrechtzuerhalten und die Zahl der bilateralen Übungen zu erhöhen. [...] Teil der ERI war schließlich auch die Erkundung von Möglichkeiten der Vorausstationierung von Material. Insofern kam es nicht überraschend, dass US-Verteidigungsminister Ashton Carter während seiner Europareise im Juni 2015 die Stationierung von rund 250 gepanzerten Fahrzeugen in Zentral- und Osteuropa ankündigte. Zum ersten Mal werden Teile dieser Ausrüstung in Kompanie- und Bataillonsgröße auf den Territorien der «neuen» NATO-Mitgliedstaaten Estland, Letland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien stationiert sein, andere Elemente auch in Deutschland. Im Frühjahr 2016 verkündeten die USA im Rahmen ihrer Budgetplanungen noch weitergehende Schritte. So soll zusätzlich zu dem beschriebenen Material nun zum ersten Mal seit Jahren wieder die Ausrüstung für eine vollausgestattete Panzerbrigade in Europa stationiert werden – wohl gemerkt für einen integralen Großverband, nicht lediglich für das mengenmäßige Äquivalent einer solchen Einheit.“ Matthias Bieri u.a.: Die NATO und Russland: Verteidigungsplanung 2014 - 2016, CSS-Studie, Juni 2015, S. 14.
- 7 NATO in a World of Disorder: Making the Alliance Ready for Warsaw, Advisory Panel on the NATO Summit 2016, [German Marshall Fund](#), März 2016, S. 10.
- 8 Clark, Wesley u.a.: Closing NATO's Baltic Gap, [ICDS-Report](#), Mai 2016, S. 7.
- 9 „Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation“, NATO 27. Mai 1997.
- 10 Exercises in 2016, [Nato Fact Sheet](#), July 2016.
- 11 Die „Lücke von Suwalki“ ist die Achillesferse der Nato, [Die Welt](#), 09.07.2016.
- 12 Russia: West Dangerous Brinkmanship Continues, [European Leadership Network](#), März 2015.
- 13 West and Russia on course for war, says ex-Nato deputy commander, [The Guardian](#), 18.05.2016.
- 14 Siehe zur Diskussion Wagner, Jürgen: Atomare Muskelspiele, in: DFG-VK/IMI 2016, S. 64-70.
- 15 NATO in a World of Disorder: Making the Alliance Ready for Warsaw, Advisory Panel on the NATO Summit 2016, [German Marshall Fund](#), März 2016, S. 6.
- 16 Camille Grand: Nuclear deterrence and the Alliance in the 21st century, [NATO Review](#), 04.07.2016.
- 17 Wagner 2016.
- 18 Kamp, Karl-Heinz: Das atomare Element im Russland Ukraine-Konflikt, [BAKS-Arbeitspapier](#) Nr. 3/2015.
- 19 Bieri u.a. 2016, S. 18.
- 20 8.400 US-Soldaten bleiben am Hindukusch, [Zeit Online](#), 07.07.2016.
- 21 Resolute Support Mission (RSM): Key Facts and Figures, [Nato Fact Sheet](#), July 2016.
- 22 Warsaw Summit Declaration on Afghanistan. Issued by the Heads of State and Government of Afghanistan and Allies and their Resolute Support Operational Partners, [Press Release](#) (2016) 121.
- 23 Ebd.
- 24 Nato in Afghanistan: Endlos-Mission am Hindukusch, [Spiegel Online](#), 09.07.2016.
- 25 Awacs-Einsatz im Kampf gegen IS-Miliz beschlossen, [n24](#), 09.07.2016.
- 26 Joint declaration by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, [Press Release](#) (2016) 119.
- 27 Nato-Gipfel beschließt Awacs-Einsatz im Kampf gegen IS, [DPA](#), 09.07.2016.
- 28 Trendwende bei Nato-Ausgaben, [FAZ](#), 09.07.2016.
- 29 Der ewige Streit um das Geld, [Tagesschau Online](#), 09.07.2016.
- 30 Mehrheit gegen NATO-Truppen in Osteuropa, [Neue Deutschland](#), 08.07.2016.
- 31 Nato-Politik spaltet Koalition und SPD, [Wirtschaftswoche](#), 09.07.2016.
- 32 Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel, [Berlin](#), 07. Juli 2016.
- 33 Dossier: VJTF – Speerspitze der NATO, [bmvj.de](#), 18.02.2016.
- 34 Auf einen – zumindest für die deutsche Rüstungsindustrie – angenehmen Nebeneffekt macht die Bundeswehr aufmerksam: „Der künftigen Kooperation bei Übungen im Rahmen der Enhanced Forward Presence kommen dabei auch die engen rüstungspolitischen Beziehungen zu Gute. So macht die litauische Beschaffung der Panzerhaubitze 2000 und des GTK Boxer die gemeinsame Ausbildung und Übung mit diesen Waffensystemen möglich.“ Wie die NATO in Osteuropa Flagge zeigt, [bundeswehr.de](#), 08.07.2016.
- 35 Vom verlässlichen Partner zum Impulsgeber, [FAZ](#), 08.07.2016.



NATO-Gipfel in Warschau. Quelle: NATO.

# Mission Creep im Mittelmeer

## Seenotrettung, Embargo, Statebuilding und Terrorbekämpfung

von Christoph Marischka

Nach den eher vorsichtigen Angaben des Missing Migrants Projects der International Organization for Migration (IOM) sind im Jahr 2014 3.297, 2015 3.673 und 2016 allein bis 21. Juli 2.997 Menschen beim Versuch, das Mittelmeer nach Europa zu überqueren, umgekommen. Allein im April 2015 waren es 1.147. Daraufhin entsandte die Bundeswehr zwei Kriegsschiffe zwischen Italien und Libyen ins Mittelmeer, woraufhin die Zahl der Opfer im Mai und Juni 2015 zunächst auf insgesamt 105 fiel. Die Schiffe der Bundeswehr wurden daraufhin in die eilig eingerichtete EU-Marinemission EUNAVFOR MED („Sophia“) eingegliedert. Daraufhin stieg die Zahl der Todesopfer wieder deutlich auf 230 im Juli und 686 im August 2015. Im Mai 2016 – ein knappes Jahr nach dem Beginn der EU-Mission – erreichte die Zahl der Todesopfer in einem einzigen Monat mit 1.138 wieder fast das Rekordhoch vom April des Vorjahres.<sup>1</sup>

Planmäßig besteht die EU-Marinemission aus sieben Schiffen, einem U-Boot, zwei Hubschraubern und vier Seefernaufklärern. Zwar wird dieser Umfang in der Praxis meist nicht erreicht – Mitte Juli 2016 etwa waren „nur“ fünf Schiffe, mehrere Hubschrauber und zwei Aufklärungsflugzeuge beteiligt – trotzdem dürfte die „Aufklärungsichte“ zwischen Italien und Libyen alleine durch den EU-Einsatz enorm sein und diese Region zu den am besten überwachten weltweit zählen. Hinzu kommt allerdings, dass neben dem EU-Flottenverband noch 15 Schiffe, drei Hubschrauber und vier Flugzeuge im Rahmen der Frontex-Mission Triton, zahlreiche Nichtregierungsorganisationen wie die Ärzte ohne Grenzen und Sea Watch e.V. sowie Schiffe und Flugzeuge unter nationalem Kommando aktiv sind. Außerdem findet ein enger Informationsaustausch zwischen EUNAVFOR MED und der eigentlich zur Terrorbekämpfung im Mittelmeer aktiven NATO-Marinemission Active Endeavour statt. Ende 2013 hatte das Grenzüberwachungssystem Eurosur seinen Betrieb aufgenommen, das für etwa 250 Mio. Euro eine Überwachung der Außengrenzen in Echtzeit in Aussicht stellte und für das bereits zuvor von der EU enorme Summen in Forschungsprojekte für Überwachungstechnologie und Data Fusion verausgabt wurden.<sup>2</sup>

Dass trotz dieses enormen Aufwands an finanziellen Mitteln, Technologie und Personal (allein der deutsche Anteil an EUNAVFOR MED umfasst bis zu 950 Kräfte) immer noch massenweise Menschen ertrinken, lässt nur einen Schluss zu, der sich auch aus den Mandaten der EU-Mission ergibt: Ziel und Hauptaufgabe von EUNAVFOR MED ist – anders als von Bundesregierung und vielen deutschen Abgeordneten gerne dargestellt – nicht die Seenotrettung, sondern die Bekämpfung der Migration oder, wie es im Mandat heißt: die „Unterbindung der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer“. Das Mandat des Bundestages für die deutsche Beteiligung enthält zwar den Hinweis, dass „die völkerrechtliche Verpflichtung zur Hilfeleistung für in Seenot geratene Personen fort[gilt]“,<sup>3</sup> im Mandat auf EU-Ebene fehlt jedoch jede Bezugnahme hierauf.<sup>4</sup> Ein Hinweis, dass die beteiligten Schiffe andere Boote nicht

nur „anhalten und durchsuchen, beschlagnahmen und umleiten“ dürfen, sondern ggf. auch Menschen an Bord nehmen könnten, ergibt sich lediglich aus den für diesen Fall vorgesehenen, quasi-polizeilichen Befugnissen: „Die EUNAVFOR MED kann in Einklang mit geltendem

Recht zu Personen, die auf an der EUNAVFOR MED beteiligten Schiffen an Bord genommen werden, personenbezogene Daten erheben, wobei sich diese Daten auf Merkmale beziehen, die wahrscheinlich der Identifizierung besagter Personen dienlich sind, einschließlich Fingerabdrücke sowie folgender Angaben unter Ausschluss sonstiger personenbezogener Angaben: Name, Geburtsname, Vornamen, gegebenenfalls Aliasnamen; Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Geschlecht; Wohnort, Beruf und Aufenthaltsort; Führerscheine, Identitätsdokumente und Reisepassdaten. Sie kann diese Daten und Daten zu den von diesen Personen benutzten Schiffen und Ausrüstungen an die einschlägigen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und/oder an die zuständigen Stellen der Union weiterleiten.“<sup>5</sup>

Auch was das eigentliche Mandat, die Bekämpfung mutmaßlicher Schleuser, angeht, kann die Mission eigentlich nur als Misserfolg angesehen werden. Dem von Wikileaks veröffentlichten ersten Halbjahresbericht des Missionskommandanten Enrico Credendino ließ sich bereits Anfang 2016 entnehmen, dass allenfalls eine Verlagerung stattgefunden habe: Während die Migrationen im Einsatzgebiet um 9% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen seien, hätten 16 Mal mehr Menschen die wesentlich kürzere Route über das östliche Mittelmeer genutzt.<sup>6</sup> Die Schlepper in Libyen haben auf die Präsenz der EU-Schiffe und die Zerstörung der von ihnen benutzten Boote u.a. dadurch reagiert, dass sie statt Holz- zunehmend Gummiboote einsetzen und diese nicht mehr so weit oder gar nicht mehr begleiten, was die Überfahrt natürlich gefährlicher macht. Nachdem die Route im östlichen Mittelmeer ab März 2016 durch den sog. Türkei-Deal und den Einsatz der NATO-Flotte zwischen Türkei und Griechenland wieder geschlossen wurde, erreichte die Zahl der Migrationen – und auch der Toten – zwischen Italien und Libyen neue Höchststände. Allein von April auf Mai 2016 stieg die Zahl der erfolgreichen Migrationen im zentralen Mittelmeer um 25% sodass die Halbjahresbilanz trotz Militäreinsatz etwa auf den Wert des Vorjahres kommt.<sup>7</sup> Frontex stellte gar in Aussicht, dass in den nächsten Monaten mehr Menschen als je zuvor die Überfahrt nach Italien wagen könnten. Die Nachfrage und damit die Preise für die Schlepper und ihre Hintermänner, die von See aus ohnehin nicht bekämpft werden können, sind damit besser als vor Beginn der Mission.

### Widersprüchliche Ausweitung: Embargo und Ausbildung

Bundesregierung und EU haben sich in dieser Situation des Scheiterns – die in den kommenden Monaten absehbar trotz professioneller PR der Bundeswehr mit Bildern „Geretteter“ noch offensichtlicher werden wird – für die Flucht nach Vorne entschieden. Bereits im Mai 2016 – in dem Monat, in dem über 1.000 Menschen im Einsatzgebiet ertranken (s.o.) – einigte sich der Rat für Auswärtige Angelegenheiten darauf, künftig gänzlich neue und anders gelagerte Aufgaben in das Mandat der Marinemission zu integrieren: die Ausbildung libyscher

„Kämpfer“ und die Durchsetzung des Waffenembargos gegenüber Libyen. Die völkerrechtliche Legitimation zur Durchsetzung des Embargos erging dann am 14. Juni 2016 durch den UN-Sicherheitsrat in Form der Resolution 2292. Schon eine Woche später legte die Bundesregierung ihren Antrag auf Erweiterung des Mandates dem Bundestag vor,<sup>8</sup> der es am 7. Juli mit 457 zu 111 Stimmen bei einer Enthaltung absegnete,<sup>9</sup> noch bevor der formale Beschluss zum erweiterten Mandat auf EU-Ebene überhaupt vorlag – was er bis heute nicht tut. In der Zwischenzeit, im Juni 2016, sind weitere 389 Menschen ertrunken. Die Bundeswehr agiert aktuell auf einem nationalen, bereits erweiterten Mandat im Rahmen eines EU-Einsatzes, für den noch kein erweitertes Mandat und damit entsprechende Operationspläne verabschiedet sind.

Dass deren Ausarbeitung eine Weile dauert, sollte angesichts der vielen unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Aufgaben keinesfalls verwundern. Zwar sind bereits jetzt Feldjäger, Teile des Seebataillons und damit der „Infanterie der Marine“ sowie Boardingteams an Bord der beteiligten deutschen Kriegsschiffe, um der Schleuserei verdächtige Schiffe anhalten und entern sowie Personen festnehmen und befragen zu können. Jedoch gibt die Option, möglicherweise auch größere Schiffe mit Waffenlieferungen gegen ihren Willen anhalten, durchsuchen und beschlagnahmen zu müssen, dem Einsatz ein noch deutlich militärischeres Gepräge. Zukünftig sollen dann noch libysche Milizionäre an Bord genommen und zu Soldaten ausgebildet werden, was nicht nur Ausbilder verschiedener Truppengattungen, sondern auch ganz andere Sicherheitsmaßnahmen erfordert. Die Kapazitäten zur Seenotrettung werden dadurch jedenfalls sicherlich nicht erhöht.

Jenseits der praktischen Probleme ergeben sich aber auch diplomatische, völkerrechtliche und theoretische Schwierigkeiten mit dem neuen, unüberschaubaren Mandat. Die Widersprüchlichkeit zwischen den beiden neuen Aufgabenbereichen – Durchsetzung des Waffenembargos und Ausbildung libyscher Soldaten – findet sich ebenso in der Resolution des UN-Sicherheitsrates. Während diese alle Staaten ermächtigt, Waffenlieferungen nach Libyen auch mit militärischen Maßnahmen nach Kapitel VII zu unterbinden, erkennt sie zugleich die Notwendigkeit an, die im Dezember 2015 durch ein internationales Abkommen zur einzigen legitimen Regierung Libyens erklärte GNA sowie die ihr unterstehenden Kräfte zu unterstützen. Hierfür sieht die Resolution Ausnahmen vor: Für Waffen im engeren Sinne kann die GNA bei der UN Genehmigung beantragen; nicht-tödliche Ausrüstung, technische und finanzielle Unterstützung sowie Ausbildung dürfen und sollen der GNA unterstehenden Kräften auch ohne Ankündigung bei und Genehmigung durch die UN geliefert werden. Zugleich stellt die Resolution aber fest, dass die Koordination zwischen den „legitimen libyschen Militär- und Polizeikräften“ noch verbessert und eine einheitliche Befehlskette erst noch geschaffen werden müsse.<sup>10</sup>

Wie chaotisch die Situation auch unter jenen bewaffneten Gruppen ist, die sich zur GNA bekannt haben, verdeutlichte zuletzt ein Hubschrauberabsturz mit drei toten französischen Soldaten im Juni 2016. Nachdem der französische Präsident daraufhin die Präsenz von Spezialkräften in Libyen einräumte, sah die GNA ihre Souveränität verletzt und protestierte lautstark: Man begrüße Unterstützung, aber die müsse in Koordination mit der Regierung erfolgen.<sup>11</sup> Zumindest offiziell wusste die GNA nichts davon, dass französische Soldaten mit Milizionären kämpfen, die nach französischer Auffassung die GNA unterstützen, aber offensichtlich nicht „unter Kontrolle der

GNA stehen“, wie es die UN-Resolution formuliert. Zumindest Frankreich steht somit bereits im Verdacht, gegen jenes Embargo zu verstoßen, das die EU-Mission, die durch einen französischen Seefernaufklärer unterstützt wird, durchsetzen soll. Darüber, wer in Libyen worin ausgebildet werden und welche Waffen erhalten soll, herrscht unter den EU-Staaten keine Einigkeit und die Einzelstaaten führen diesbezüglich auch bilaterale Maßnahmen durch. Wenn jedoch schon innerhalb der EU unklar ist, wer die GNA unterstützt, zu ihr gehört oder unter deren Kontrolle steht und damit nicht unter das Embargo fällt, lässt sich erahnen, wie sehr die Auffassungen hierüber zwischen der EU-Mission, Ägypten, den Golfstaaten und etwa auch Russland auseinandergehen können. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die UN-Resolution alle Staaten ermächtigt, das Embargo durchzusetzen. Theoretisch können also ab jetzt alle Staaten Militärschiffe ins zentrale Mittelmeer entsenden und andere Schiffe auch mit Waffengewalt anhalten und durchsuchen, die für sie unter Verdacht stehen, militärische Ausrüstung für die falschen bewaffneten Gruppen zu liefern. Zugleich sind alle Staaten aufgefordert, der instabilen Regierung unter der GNA sowie den ihr angeblich unterstehenden Sicherheitskräften technische und Ausbildungsunterstützung zu leisten. Das birgt zumindest die Gefahr, den libyschen Bürgerkrieg (weiter) zu internationalisieren und ins Mittelmeer auszuweiten. Zwar besteht die Hoffnung, dass die interessierten Drittstaaten von den neuen Befugnissen nur sehr zurückhaltend Gebrauch machen, also etwa nur bei sehr ernstesten Verdachtsmomenten gegen sehr eklatante Verletzungen des Embargos und dass sie – wozu sie in der UN-Resolution angehalten, aber nicht verpflichtet sind – überdies zunächst die Zustimmung des Flaggenstaates einholen werden. Dass nun aber die (vermeintlich) zur Migrationsbekämpfung ohnehin vor den Küsten Libyens präsente EU-Marinemission die Umsetzung des vagen UN-Mandates offiziell in ihr Aufgabenspektrum aufnehmen will, lässt annehmen, dass sie letztlich die Praxis der Umsetzung bestimmen will und wird. Ob andere Akteure das dulden oder die Bereitschaft der EU zu robustem Vorgehen zumindest austesten werden, wird sich zeigen. Der russische Botschafter jedenfalls vermutete bereits bei der Verabschiedung der Resolution eine „hidden Agenda“ einiger Staaten, die u.a. darin bestehe, „die Operation Sophia auszuweiten, koste es, was es wolle“ und einen „Persilschein zu erhalten, die Ströme von Waffen so zu kontrollieren, wie es [NATO und EU] passt“. Die Präsenz ausländischer Kämpfer – hiermit waren in diesem Fall wohl Kämpfer aus NATO-Staaten oder deren Verbündete gemeint – seien ein Beleg hierfür; außerdem sei die Verletzung der UN-Resolution 1973, die eine Flugverbotszone zum Schutz der Zivilbevölkerung, nicht aber einen Regime-Change in Libyen autorisierte, noch nicht aufgearbeitet.<sup>12</sup>

## Neu im Boot: NATO und Terrorbekämpfung

Bereits von Anfang an war vorgesehen, dass EUNAVFOR MED auch mit den EU-Ausbildungsmissionen in Nordafrika und dem Sahel kooperiert, die in wechselnder Gewichtung die Ziele Staatsaufbau, Bekämpfung des Terrorismus und der Migration verfolgen.<sup>13</sup> Damit war von vornherein an eine Verknüpfung der Mission, die in deutschen Medien gerne als Seenotrettung portraitiert wird, mit dem Krieg gegen den Terror gegeben und dessen Verdichtung absehbar. Die Bezugnahme auf die UN-Resolution 2292 intensiviert diese Verbindung, denn sie erneuert das gegen Libyen ohnehin bestehende



Marineunterstützungskommando in Eckernförde. Quelle: Walter Rademacher / Wikipedia, CC BY-SA 3.0.

Embargo primär mit Verweis auf den Waffentransfer an den IS „und andere terroristische Gruppen in Libyen“ und fordert unter Kapitel VII die Mitgliedstaaten auf, „Bedrohungen des internationalen Friedens und der Sicherheit durch terroristische Handlungen ... mit allen Mitteln ... zu bekämpfen“.<sup>14</sup> Das ist zwar kein Mandat für Luftangriffe oder Bodentruppen in Libyen, kommt aber der Formulierung sehr nahe, auf die sich die „Allianz gegen den IS“, insbesondere die Bundesregierung, bei ihren Lufteinsätzen in Syrien als völkerrechtliche Grundlage bezieht.<sup>15</sup> Einen Einsatz von Bodentruppen in Libyen sieht das Mandat von EUNAVFOR MED bereits jetzt in einer dritten Phase vor – bislang allerdings nur zur „Unterbindung der Menschenmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke“.

Eine entsprechende Ausweitung der EU-Marinemission auf den Einsatz von Bodentruppen gegen Terroristen ist zwar theoretisch denkbar, aber kaum wahrscheinlich: Zu wenig Erfahrung hat die EU bislang mit robusten und seegestützten Einsätzen. Umso bemerkenswerter ist ein Beschluss des NATO-Gipfels Anfang Juni 2016 in Warschau: Die ebenfalls im Mittelmeer agierende NATO-Mission Active Endeavour soll ersetzt bzw. in „Sea Guard“ umbenannt werden. Bislang basierte sie noch auf der Erklärung des NATO-Bündnisfalls nach den Anschlägen vom 11. September 2001 mit einem Mandat zur Bekämpfung des Terrorismus im Mittelmeer. Schon länger hatten sich die Bundesregierung für ein neues Mandat der NATO Mission und die italienische Regierung für eine engere Kooperation mit EUNAVFOR MED stark gemacht. Tatsächlich war der Schutz der zivilen Schifffahrt im Mittelmeer gegen Terroranschläge auf Grundlage des NATO-Bündnisfalls längst zur Farce und zum allzu offensichtlichen Vorwand einer ständigen und rechtssetzenden maritimen Präsenz der NATO im Mittelmeer geworden. Die neue NATO-Mission soll demgegenüber ein „breites Aufgabenspektrum, einschließlich Lageaufklärung, Terro-

rismusbekämpfung und Kapazitätsaufbau haben“, so NATO-Generalsekretär Stoltenberg, und weiter: „Wir beabsichtigen, eng mit der EU-Operation Sophia im zentralen Mittelmeer zusammenzuarbeiten“.<sup>16</sup>

### Mission Creep oder: Kanonenbootdiplomatie des scheiternden Imperiums

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Bundeswehr auf ihrer Homepage zu den Einsätzen im Mittelmeer gegenwärtig noch einfürend schreibt: „Die Bundeswehr nimmt im Mittelmeer drei sehr unterschiedliche Aufgaben wahr. Dies geschieht im Rahmen der Marineeinsätze zur Schleuserbekämpfung (EUNAVFOR MED), der Operation Active Endeavour (OAE) und bei UNIFIL“.<sup>17</sup> Ergänzt man, dass es bei UNIFIL um die Unterbindung des Waffenschmuggels und tw. die Ausbildung libanesischer Soldaten geht und bei Active Endeavour um die Terrorismusbekämpfung, so wird sehr deutlich, dass das neue Mandat der in ihrer ursprünglichen Mission gescheiterten EU-Marinemission alle diese „sehr unterschiedliche[n] Aufgaben“ – und weitere – vereint. Die beständige Ausweitung des Mandates einer Mission auf letztlich ganz unterschiedliche Aufgaben ist typisch für ein Phänomen, das seit dem spektakulären Scheitern des US-Einsatzes in Somalia 1993 als „Mission Creep“ bezeichnet wird. Die Gründe für dieses Phänomen sind so vielfältig wie fatal. Einerseits gibt es, wenn das Militär einmal mobilisiert und vor Ort ist, eine Tendenz der Politik, die Lösung jedes ausgemachten Problems an die Streitkräfte zu delegieren. So umfassen heute viele UN-Mandate z.B. auch die Korruptionsbekämpfung, Maßnahmen zur Versöhnung oder die Bekämpfung sexueller Gewalt. Andererseits gibt es gerade bei erfolglosen Missionen verschiedene Anreize, das Mandat auszuweiten, um das Scheitern zu kaschieren oder den

Einsatz trotzdem aufrechterhalten zu können. Eine Folge solch ausgreifender Mandate besteht in unklaren Einsatzregeln und für die eingesetzten Kräfte gar nicht umsetzbaren Einsatzregeln. Die Vielfalt der Aufgaben führt dazu, dass letztlich für keinen Aspekt der Mission ausreichende bzw. die richtigen Mittel zur Verfügung stehen. Was im Einzelnen gilt, gilt in der Summe für das Ganze: Die Mission ist insgesamt unerfüllbar, die Kriterien für einen erfolgreichen Abschluss können gar nicht erreicht werden, die Mission wird sich immer länger hinziehen (wie zahlreiche UN-Missionen) oder im Desaster enden (wie die „Schlacht von Mogadischu“ 1993).

Nicht das Desaster, wohl aber die dauerhafte Präsenz im zentralen Mittelmeer vor der nordafrikanischen Küste dürfte durchaus auch im Interesse der EU-Strategen liegen und der eigentliche Grund für die Vielfalt rechtlicher Grundlagen und (vermeintlicher) Aufgaben sein, die – von der Seenotrettung bis zur Terrorbekämpfung – zugleich unterschiedliche Teile der Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Einsatzes überzeugen sollen. Die Forderung nach einer Einzelfallprüfung einzelner Komponenten des Mandates von EUNAVFOR MED – wie von einigen Abgeordneten der Linkspartei gefordert – fällt auf diese Strategie herein oder spielt ihr bewusst in die Hände. Wer an den eigentlichen Absichten des Einsatzes zweifeln sollte, dem sei wiederum der Blick nach Somalia – diesmal dem Somalia der Gegenwart – empfohlen: Erst im April 2016 wurde vom Bundestag das Mandat für die deutsche Beteiligung am EU-Marineinsatz am Horn von Afrika verlängert, der offiziell das Ziel verfolgt, die Piraterie zu bekämpfen – obwohl der letzte versuchte Piratenangriff schon damals über zwei Jahre zurücklag. Ziel ist es, an diesem Nadelöhr des Welthandels tatsächlich eine dauerhafte Marinepräsenz zu etablieren und Djibouti damit de facto zu einer EU-Marinebasis zu machen. Damit verbunden ist und war die Absicht, in klassischer Kanonenbootdiplomatie die Geschicke Somalias zu kontrollieren. Auch dort wurde 2008 eine nie gewählte, überwiegend im Exil tätige Regierung international anerkannt, die NATO und EU im Gegenzug die Kontrolle ihrer Küstengewässer ermöglichte. Seither sichert allein die EU zumindest den formalen Fortbestand dieser Regierung mit etwa 700 Mio. Euro für die Truppen der AMISOM und durch den Aufbau und die Ausbildung einer somalischen Armee mit mehreren tausend Soldaten.<sup>18</sup>

Ähnliches ist auch die Absicht der Mission EUNAVFOR MED im Mittelmeer gegenüber Libyen und vermutlich auch anderen nordafrikanischen Staaten. Hinzu kommt im Falle des Mittelmeers durch die Übernahme polizeilicher Funktionen die Durchsetzung eines Souveränitätsanspruchs jenseits des Hoheitsgebietes der Mitgliedstaaten. Die Freiheit der Meere und der Schifffahrt kann von der EU-Marine sowohl mit Verweis auf illegalisierte Migration als auch auf das Waffenembargo gegenüber Libyen militärisch aufgehoben werden. Tatsächlich ist die EU längst dabei, im Mittelmeer eine eigene völkerrechtliche Raumordnung zu etablieren – wie sie im Übrigen typisch für scheiternde Imperien ist. Mit der exterritorialen Übernahme polizeilicher Aufgaben durch geheimdienstlich gestützte militärische Dauereinsätze geht sowohl theoretisch wie auch praktisch eine Erosion des Rechtsstaatsprinzips einher. An die Stelle klarer Grenzen und damit verbundener Rechtsordnungen treten undefinierte Grensräume und Peripherien, in denen Recht und Willkür verschwimmen. Der sich perpetuierende Marineinsatz EUNAVFOR MED mit ausuferndem Mandat und mit Unterstützung durch Spezialkräfte, unbemannte Systeme und Geheimdienste steht sinnbildlich für diese Form des Ausnahmezustands, der den kontinuierli-

chen Aufstand und das Unterlaufen der gewaltsam militärisch errichteten Ordnung selbst hervorbringt – zum Beispiel in Form der spezifischen, lebensgefährlichen Form der Migration über das zentrale Mittelmeer.

## Anmerkungen

- 1 <http://missingmigrants.iom.int/mediterranean>.
- 2 Eine Aufschlüsselung der Kosten des Migrationsregimes findet sich u.a. hier: [www.themigrantsfiles.com/](http://www.themigrantsfiles.com/), außerdem empfehlenswert die Studie Border Wars des Transnational Institute und der Kampagne Stop Wapenhandel: [www.tni.org/files/publication-downloads/border-wars-report-web.pdf](http://www.tni.org/files/publication-downloads/border-wars-report-web.pdf).
- 3 Bundestags-Drucksachen 18/6013 (Sept. 2015) und 18/8878 (Juni 2016).
- 4 Beschluss (GASP) 2015/778 des Rates der EU.
- 5 Ebd.
- 6 EUNAVFOR MED Op SOPHIA - Six Monthly Report 22 June – 31 December 2015, EEAS(2016) 126, URL: [www.wikileaks.org/eu-military-refugees/EEAS/EEAS-2016-126.pdf](http://www.wikileaks.org/eu-military-refugees/EEAS/EEAS-2016-126.pdf).
- 7 <http://frontex.europa.eu/news/italy-sees-high-level-of-migratory-pressure-in-june-YbsNjN>, die Vergleichszahlen der Vorjahre finden sich unter: <http://frontex.europa.eu/trends-and-routes/central-mediterranean-route/>.
- 8 Bundestags-Drucksache 18/8878.
- 9 Bundestags-Plenarprotokoll 18/183.
- 10 Resolution 2292 (2016) des UN-Sicherheitsrates, angenommen am 14. Juni 2016.
- 11 „Libya unity govt blasts French military presence“, Middle East Online, Meldung vom 21.7.2016, [www.middle-east-online.com/english/?id=77858](http://www.middle-east-online.com/english/?id=77858).
- 12 „Security Council Authorizes Inspection of Suspected Embargo-Breaking Vessels off Libya’s Coast, Unanimously Adopting Resolution 2292 (2016)“, Pressemeldung der UN vom 14. Juni 2016, [www.un.org/press/en/2016/sc12401.doc.htm](http://www.un.org/press/en/2016/sc12401.doc.htm).
- 13 Vgl.: Christoph Marischka: Seenotrettung, Lagebilderstellung oder Anti-Terror-Krieg?, IMI-Analyse 2015/031 - in: CILIP, Nr. 109 (September 2015).
- 14 Resolution 2292 (2016) des UN-Sicherheitsrates.
- 15 Gemeint sind hier die Bezugnahmen auf die Resolution 2249 (2015) in BT-Drucksache 18/6866 (Mandat für Syrieneinsatz der Bundeswehr).
- 16 Zitiert nach Thomas Wiegold: „Gipfelbeobachtung: ‘Sea Guardian’ statt ‘Active Endeavour’ im Mittelmeer“, <http://augengeradeaus.net/2016/07/gipfelbeobachtung-sea-guardian-statt-active-endeavour-im-mittelmeer/>.
- 17 Bundeswehr.de: Startseite > Einsätze > Mittelmeer, Stand: 23.7.2016.
- 18 EEAS: Factsheet on EUTM Somalia, Stand April 2016, URL: [http://eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eutm-somalia/docs/factsheet\\_eutm\\_somalia\\_en.pdf](http://eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eutm-somalia/docs/factsheet_eutm_somalia_en.pdf).



Das deutsche Minenjagdboot Datteln. Quelle: Wikipedia.

# Mit dem Vorwurf „Antiimperialismus“ für den Krieg

## Ein Rückblick auf den Diskurs über die Libyen-Intervention auf „Linksunten“

von Philip Copony

*„Wenn man in diesen Tagen Tagesschau guckt, Zeitungen oder indymedia liest, kann man sich schon wundern. Da fangen einige westliche Staaten an, ein Land an der Grenze Europas zu bombardieren und (fast) alle scheinen es super zu finden.“*

Der Krieg den alle lieben. Verfasst von: einige Autonome. Verfasst am: 31.03.2011 – 15:47

Diesen Eindruck zur militärischen Intervention in Libyen im Jahr 2011 hatten Viele. Tatsächlich wurde in der Berichterstattung die Politik des libyschen Staatschefs Muammar Al Gaddafi als menschenfeindlich und verrückt dargestellt und die Intervention in großen Teilen der Medien und schließlich auch in großen Teilen der Bevölkerung befürwortet. Überraschend war dabei, dass auch in der radikalen, selbstorganisierten Linken, die über Internetplattformen wie Indymedia kommuniziert, Zustimmung zur militärischen Intervention europäischer und nordamerikanischer Staaten zu finden war und nach dem Eindruck Einiger (s.o.) sogar überwog. Deshalb wurde mit dem Abstand von über vier Jahren, in denen sich die katastrophalen Folgen der NATO-Intervention in Libyen klar entfaltet haben, der damalige Diskurs auf dieser Internetplattform nachvollzogen. Diese Untersuchung erfolgte im Rahmen eines Praktikums der Informationsstelle Militarisierung und hat somit natürlich einen anti-militaristischen Hintergrund, also eine politische Positionierung gegen militärische Handlungen generell. Hier soll jedoch nicht diskutiert werden, wie, wann und ob eine militärische Intervention in Libyen richtig war oder nicht - diese Fragen und die Interessen der dort aktiven Gruppen und ausländischen Interventionsmächte wird vielfach in anderen Publikationen der IMI weitgehend geleistet. Stattdessen soll betrachtet werden, welche Argumente wie häufig für oder gegen die Intervention genannt und wie typischerweise in Kommentaren reagiert wurde. Dabei ist zu beachten, dass Indymedia als Nachrichtenportal und nicht als Diskussionsplattform gedacht ist, die Möglichkeit, Artikel zu veröffentlichen und zu kommentieren aber regelmäßig auch zum Austausch von Argumenten verwendet wird. Der Eindruck, dass auch auf Indymedia fast alle diese Intervention „super“ fänden, trog jedoch.

### 1. Einleitung

#### 1.1 Was ist Indymedia und warum steht es im Fokus?

Im Zuge des Aufflommens der globalisierungskritischen Proteste, wo erstmals seit dem Fall der Sowjetunion wieder eine breite linksradikale Bewegung in den öffentlichen Fokus geriet, wurde das Bedürfnis nach neuen, alternativen Medien stärker. Die Proteste gegen die neoliberale Politik der WTO in Seattle 1999 brachten UmweltschützerInnen, GewerkschafterInnen,

Bäuerinnen und Bauern, Eine-Welt-AktivistInnen, Religiöse, linke Parteien und radikale Linke zusammen. Dass die Proteste in der bürgerlichen Presse einseitig verurteilt wurden, machte nun auch gemäßigte TeilnehmerInnen des Protests darauf aufmerksam, dass die Medien keineswegs ein neutrales oder nur marktkonformes Bild der Wirklichkeit wiedergeben, sondern mit anderen Institutionen der Herrschenden derart verflochten sind, dass sie sich aktiv auf deren Seite stellen und eine wichtige Rolle an der Zementierung der herrschenden Verhältnisse innehaben.<sup>1</sup> Deshalb kam die Idee auf, das damals noch relativ neue Internet zu nutzen, um ein Alternativmedium zu schaffen, welches ohne viel Kapital arbeiten kann und daher sich nicht auf die Seite von großen Geldgebern stellen muss. Unter dem Motto „Don't hate the media – become the media!“ entstanden überall auf der Welt Indymedia Centers (IMCs), dezentrale Homepages mit ehrenamtlichen ModeratorInnen, auf denen jede und jeder sehr einfach Artikel über selbst Erlebtes schreiben und hochladen kann.<sup>2</sup> Alle LeserInnen können die Artikel dann mit einer Kommentarfunktion ergänzen oder ihnen widersprechen. Die Moderation hat vor allem die Aufgabe zu verhindern, dass antiemanzipatorische (zum Beispiel von Neonazis) oder kommerzielle Inhalte (Spam) hochgeladen werden.

Auch wenn die Mehrzahl der Artikel Aufrufe zu oder Berichte von Aktionen sind, finden sich heute auf Indymedia auch Artikel von AktivistInnen, die dort zu einem Thema veröffentlichen, mit dem sie sich intensiver beschäftigt haben. De facto wurde Indymedia leider nicht zum erhofften Massenmedium für breite Teile der Bevölkerung, aber es ist heute immerhin ein spektrums- und strömungsübergreifendes Medium für die selbstorganisierte Linke und einige soziale Bewegungen. Meistens gibt es für ein Land oder eine Region ein Indymedia Center (IMC). In Deutschland wurde im Sommer 2008 wegen einigen Unzufriedenheiten mit der Moderation von de.indymedia.org und Überlegungen zu regionalen Medienzentren ein zweites IMC, linksunten.indymedia.org, eingerichtet (im Folgenden nur noch *Linksunten* genannt).<sup>3</sup> Der Name ergibt sich zugleich daraus, dass dessen Sitz in Freiburg liegt, welches sich auf der genordeten Deutschlandkarte links unten befindet und aus einer Parole der im Protest gegen den Neoliberalismus bekannt gewordenen mexikanischen Rebellenbewegung, den Zapatisten: „Links und Unten ist das Herz!“

#### 1.2 Welches Indymedia?

Für diese Untersuchung wurde nur der Diskurs auf dem neueren Linksunten untersucht, welches sich inzwischen gegen de.indymedia.org durchgesetzt zu haben scheint: Auf letzterem werden nur noch sehr wenige Artikel veröffentlicht.

Auch wenn 2011 noch beide deutschsprachige Indymedias intensiv genutzt wurden, wurde nur Linksunten untersucht, da das Archiv von de.Indymedia.org nicht die Artikel von 2011 wiedergeben konnte und auch auf Anfrage es unmöglich war, mir diese Artikel zu übergeben. Linksunten hingegen hat mir



IMC in Edinburgh, G8-Gipfel 2005. Quelle: Indymedia.

auf Anfrage auch die zensierten Kommentare zu den Artikeln mit dem Suchwort „Libyen“ von 2011 geschickt, bei diesen handelte es sich jedoch überwiegend um offensichtliche Nazi-Posts und sie boten auch ansonsten nichts Interessantes. Deshalb beschränkt sich die Untersuchung auf das öffentlich zugängliche Archiv.

Auch wenn meine Untersuchung de.indymedia.org nicht einschließt, so scheint es aber schon einen signifikanten Unterschied zwischen den Darstellungen auf beiden Indymedias zu geben. Darauf deutet eine Aussage aus einem Kommentar zu einem Artikel über den Protest gegen die Libyen-Intervention hin:

*„Angesichts der totalen Manipulation durch die Medien, [...] und dem Todschweigen der Wahrheit, auch in Medien wie Indymedia [sic!] (nicht linksunten), ist dies leider bereits ein Erfolg.“*

Nachrichtenmanipulation überall. Verfasst von: anonym. Verfasst am: Mo, 15.08.2011 (Hervorhebungen durch den Autor der Analyse)

Warum das so ist, deutet ein Zusatz zu einem Artikel auf Linksunten an, der gegen die Intervention aufrief:

*„Der Artikel wurde heute morgen, 2:00 Uhr bereits auf de.indymedia.org veröffentlicht, dort aber aus mir unerfindlichen Gründen „versteckt“: <http://de.indymedia.org/2011/03/302771.shtml>“*

Donnerstag 17. März: Ein neuer Kolonialkrieg wird beschlossen. Verfasst von: Unterer Dienstgrad. Verfasst am: 18.03.2011

Wenn im Artikel „Der Krieg den alle lieben.“ also davon gesprochen wird, dass auch auf indymedia die Intervention „(fast) alle ... super zu finden [scheinen]“, so kann damit auch de.indymedia.org gemeint sein, zu dem keine rückblickende Analyse möglich ist und wo offensichtlich in mindestens einem Fall ein Artikel gegen die Intervention gelöscht wurde.

### 1.3 Methoden der Analyse

Um ein umfassendes Bild des Diskurses zu bekommen, wurden alle deutschsprachigen Artikel aus dem Jahr 2011 auf Linksunten, die das Stichwort „Libyen“ enthielten, gelesen und erfasst. Um den Überblick zu behalten und einstufen zu können, wie häufig welche Positionen vertreten und welche Argumente verwendet wurden, legte ich eine Tabelle an, in der von jedem Artikel das Datum, der Titel, der genannte Autor, die von mir vermutete politische Strömung, das Thema, eine stichwortartige Zusammenfassung des Inhalts, die Zahl der Kommentare, die von mir eingestufte Aussagerelevanz über den militärischen Einsatz im Artikel und schließlich die von mir eingestufte Positionierung und Argumentation des Artikels vermerkt wurden. Um

diese Datenmenge überschauen zu können, erstellte ich einige Grafiken für einen quantitativen Überblick. Dann fasste ich die Beiträge und Kommentare zusammen, die besonders markant im Diskurs auffielen. In den folgenden Ergebnissen werden diese beschrieben und ihre Häufigkeit genannt.

## 2. Quantitative Ergebnisse

### 2.1 Quantitativer Überblick

Vor dem Aufstand 2011 ist Libyen auf Linksunten kaum Thema. Ganze neun Artikel mit diesem Suchwort fanden sich im Jahr 2010, wobei es fast immer um Flucht und Migrationsbekämpfung ging. Im Jahr 2011 dagegen finden sich 131 Artikel mit dem Suchwort „Libyen“, wovon sich natürlich immer noch einige um Migration drehen, aber viele auch vom Aufstand und vor allem dem Kriegseinsatz handelten. Im Jahr 2011 fing es jedoch ebenfalls mit wenigen Beiträgen zu Libyen an: Im Januar und Februar finden sich zusammen sieben Artikel zu Libyen; der Höhepunkt war dann der März mit 40 Artikeln. Dann flaute der Diskurs aber auch schon schnell wieder ab, so finden sich nur noch im April, Mai, Juni und Oktober knapp über 10 Artikel, sonst knapp unter 10 zum Stichwort Libyen.

Etwa ein Drittel dieser Beiträge machen sehr relevante Aussagen zum Thema Krieg und Intervention; etwas weniger als ein viertel enthalten wenig relevante Aussagen hierzu. Diese Artikel wurden anhand ihrer Aussagen danach kategorisiert, ob sie sich eindeutig oder überwiegend für die Intervention aussprechen, diesbezüglich neutral sind oder sich eindeutig oder überwiegend gegen die militärische Intervention aussprechen. So ließ sich in Zahlen festhalten, dass es in diesem Jahr zu Libyen sechs Artikel für die Intervention, 59 Artikel gegen die Intervention und fünf diesbezüglich neutrale Artikel und auf Linksunten veröffentlicht wurden. Ergänzt werden muss, dass vier der pro-interventionistischen Artikel sog. Crosspostings aus der bürgerlichen Presse sind, also Artikel, die in der bürgerlichen Presse (Badische Zeitung, Stuttgart Zeitung, Tagespiegel) erschienen waren und (entgegen dem eigentlichen Zweck der Plattform) auf Linksunten hochgeladen wurden,

damit sie dort wahrgenommen und diskutiert werden können. Die hohe Zahl der Artikel gegen die Intervention kommt hingegen auch dadurch zustande, weil häufig von regelmäßigen Aktionen und Veranstaltungen berichtet wird, die sich unter anderem gegen die Intervention in Libyen richteten, wie Friedensdemonstrationen (z.B. Ostermärsche) oder traditionslinke Demonstrationen (z.B. 1.Mai Demonstrationen). Die meisten Artikel, die sich positiv auf die Aufstände beziehen, wenden sich gegen die Intervention, einige von ihnen bleiben der Intervention gegenüber neutral.

## 2.2 Zeitlicher Verlauf

Die Betrachtung, wann welche Argumentationen und Positionierungen auftauchen und verschwinden, zeigt eine enge Verknüpfung mit den Geschehnissen. Viele Artikel gegen die Intervention bzw. über Aktionen gegen die Intervention finden sich im März (9) und April (10), wo die Entscheidung zur Intervention (18. März 2011) zeitlich nahe liegt und die Empörung groß ist. Diese Empörung entflammt über das Jahr verteilt immer wieder, so gibt es im Juli, Oktober und Dezember jeweils sieben oder mehr Artikel gegen die Intervention.

Die einzigen originären (also im Gegensatz zu Crosspostings selbstgeschriebenen) Artikel auf Linksunten, die klar für die Intervention Position beziehen, stammen aus dem Februar und dem März. Auch die der Intervention neutral gegenüberstehenden Artikel wurden im Februar (2) und März (3) veröffentlicht.

Auch die Artikel gegen die Intervention nehmen im Laufe der Zeit andere Inhalte an: Während in den ersten Monaten die deutliche Solidarisierung mit dem Aufstand quasi ein Muss für jeden Artikel gegen die militärische Intervention war, so nimmt dies stetig ab. Hilfreich ist außerdem eine Unterscheidung zwischen klar antiimperialistischen Artikel und nicht-(explizit)-kommunistischen Beiträgen: Von wenigen Ausnahmen abgesehen setzen explizit antiimperialistische Artikel gegenüber den nicht-kommunistischen Artikeln gegen die Intervention etwas verspätet ein; Sie solidarisieren sich in der ersten Jahreshälfte ebenso explizit mit den Aufständen, diese Solidarisierung nimmt aber – wie insgesamt – zum Ende des Jahres hin immer mehr ab.

Der erste Artikel, die sich für den ehemaligen Machthaber Gaddafi ausspricht, indem er die Vorteile seiner Herrschaft betont, erscheint erst Mitte Juni, der zweite Ende Juli und der dritte und letzte dann Mitte August. Der erste argumentiert als einziger mit ökonomischen Kategorien, die anderen beiden verwenden keine Kapitalismus- oder Imperialismustheoretischen Begriffe oder deuten implizit auf diese hin.

Die späte und seltene Positionierung für Gaddafi verwundert besonders, wenn die Kommentare betrachtet werden. Denn im Gegensatz zu den Artikeln wird in den Kommentaren von Anfang März an häufig für die militärische Intervention plädiert. Meistens finden sich die Kommentare bei Artikeln, die sich gegen die Intervention stellen und sind meistens mit dem Vorwurf des „dogmatischen Antiimperialismus“ verbunden – unbegründet, wie sich zeigen wird.

## 2.3 Häufigkeit der Argumente

Die am häufigsten genannten Argumente beziehen sich auf das hierarchische Nord-Süd-Verhältnis (28%) – häufig aber nicht immer mit Begriffen wie Kolonialismus oder Imperialismus versehen – oder die negativen Auswirkungen von Krieg im Allgemeinen (22%). Sie kommen fast ausschließlich in

Artikeln zur Sprache, die sich insgesamt gegen die Intervention aussprechen. Negative Auswirkungen der Herrschaft Gaddafis sind in 7% der Artikel über Libyen zentrales Thema, die sich dann überwiegend für eine Intervention aussprechen. Diese werden zwar auch in neutralen oder gegen die Intervention gerichteten Beiträgen angesprochen, dort allerdings eher am Rande. Keine direkte Positionierung ergibt sich aus der zentralen Thematisierung der Kooperation europäischer Staaten mit Gaddafi, welche in 12% der Artikel vorgenommen wird. In den restlichen Artikeln, die sich 2011 auf Libyen beziehen, standen andere Aspekte im Vordergrund, etwa der Vergleich der Aufstände in anderen arabischen Ländern mit dem in Libyen oder Aktionen in Deutschland.

## 3. Betrachtung der Artikel und Kommentare

### 3.1 Für den Kriegseinsatz

Der im Eingangszitat beschriebene Schein, auch auf IndyMedia fänden (fast) alle den Kriegseinsatz gut, trägt. Wie im quantitativen Teil bereits erwähnt, gab es zumindest auf Linksunten sehr wenige Artikel, die die militärische Intervention in Libyen begrüßten: Abgesehen der fünf Crosspostings aus der bürgerlichen Presse gab es nur zwei Artikel, die sich klar für die Intervention aussprachen. Der erste Artikel, der tatsächlich explizit zur Intervention aufruft, trägt den Titel „Libyen Überblick Mittwochmorgen“ und wurde am 23. Februar 2011, also fast vier Wochen vor der Entscheidung zur Intervention, veröffentlicht. Er stellt ein dramatisches, eindeutiges und alarmistisches Bild der Lage in Libyen dar, welches anhand einiger Zitate aus dem Artikel anschaulich gemacht werden soll:

*„Es wird vermutet, dass Gaddafis Herrschaft unter anderem deshalb so lange andauert(e), weil er es schaffte, die anderen Stämme gegeneinander aufzuhetzen. [...] Zu den Schauplätzen der Kämpfe lässt sich sagen, dass Tripolis und umliegende Dörfer im kompletten Chaos versinken, während der Osten des Landes (...) bereits befreit ist. [...] Killerkommandos dringen in Häuser ein und töten ziellos. [...]*

*Was tut der Rest der Welt?*

*Regierungen:*

**Zuschauen.** *Die UN beraten über mögliche Konsequenzen (Embargo, Luftraumsperrung), haben sich bisher aber nur zu einer Verwarnung hinreißen lassen. [...] Mächtigen Staaten, unter anderem Deutschland und den USA, fällt scheinbar ebenfalls nicht ein, was zu tun ist. [...]*

*Niemand scheint zu bemerken, dass Gaddafi offensichtlich durchgedreht, verrückt und unberechenbar ist und nicht auf Drohungen hören wird.“*

Libyen Überblick Mittwochmorgen. Verfasst von: gerausch. Verfasst am: 23.02.2011 (Hervorhebungen durch den Autor der Studie)

Die Zitate sprechen für sich: Wo Gaddafi die Kontrolle verloren hat, sei Ordnung und „Befreiung“, sonst Chaos, Massaker und Schrecken; Gaddafi sei verrückt und ohne Gewalt nicht aufzuhalten. Die Westmächte sollten endlich und unverzüglich eingreifen, Verhandlungen im Rahmen der UN kämen einem „Zuschauen“ gleich. Der Beitrag bezieht sich dabei auch auf

Vorwürfe, die sich zumindest im Nachhinein als Propaganda entpuppten.<sup>4</sup> Auch wenn der Artikel damit im Grunde das gleiche Bild zeichnete, wie die bürgerlichen und kommerziellen Medien, macht er aufgrund anderer Elemente wieder den Eindruck eines typischen Indymedia-Artikels: Die detaillierte Darstellung der Situation suggeriert, dass der Autor vor Ort war und der parteilich-moralisierende Appell klingt nach Aktivismus.

Dieser Artikel bleibt in den Kommentaren unwidersprochen, von den drei Kommentaren bedanken sich zwei explizit für die Darstellung und verlinkt der dritte zu einem „linken“ Blog, welcher die NATO sehr positiv darstellt.

Der knapp einen Monat später veröffentlichte zweite Artikel befürwortet die Intervention nicht ganz so offensichtlich, suggeriert aber durch die Fokussierung auf die Freude einiger LibyerInnen über die Luftangriffe der NATO-Staaten dessen Legitimität.

*„Offensichtlich war das gestrige Ereignis des Tages die Inkraftsetzung der Flugverbotszone durch die UNO. [...] Aber die Freude, die diese Ankündigung auslöste war enorm, [...]“*

[Libyen] Präzisierungen zur Situation. Verfasst von: Freunde vor Ort. Verfasst am: 20.03.2011

Dieser Artikel erschien kurz nach dem Beginn der Intervention und wurde mit drei kritischen Links kommentiert. Ob der Beitrag tatsächlich von „Freunde[n] vor Ort“ - also aus Libyen stammt, wie die Autorenbezeichnung behauptet, darf bezweifelt werden.

Die Crosspostings aus der bürgerlichen Presse beschäftigen sich jeweils mit anderen Themen (z.B. mit Gaddafis Sohn oder hochrangigen deutschen Soldaten, die zusätzlich durch privates Militärtraining in Libyen illegal Geld verdienen, usw.), befürworten jedoch nebenbei ganz selbstverständlich die Intervention.

### 3.2 Pro-Aufständische Artikel gegen den Kriegseinsatz

Wie bereits im quantitativen Teil gezeigt wurde, äußern sich die meisten Artikel deutlich gegen den Militäreinsatz. Trotz dieser Deutlichkeit bestehen die meisten dieser Artikel nicht aus plumpen Phrasen, sondern machen einen überlegten Eindruck und sind mit vielseitigen Informationen ausgestattet. Keinesfalls zutreffend ist, dass sie den libyschen Machthaber Gaddafi idealisierten, wie in den die Intervention befürwortenden Kommentaren häufig behauptet. Ein typischer früher Artikel ist der Bericht über die „Protestaktion bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn“: Die Lage in Libyen wird aus einem relativ neutralen Standpunkt beschrieben und es werden sowohl Tatsachen beschrieben, die für eine Intervention benutzt werden könnten, wie Argumente, die klar dagegen sprechen. Die Aufständischen werden im Artikel noch ziemlich eindeutig als emanzipatorische Massenbewegung gesehen (und nicht, wie es sich später herausstellte, zum guten Teil als militärische Kraft mit rückschrittlichen Ansichten und Forderungen) und Gaddafi wird überhaupt nicht positiv dargestellt. Es gibt einige Artikel diesen Typs, die ihre Kritik am Krieg weder in eine Kapitalismuskritik einbetten, noch den Imperialismus als Kategorie bemühen. In diesen wird entweder auf die negativen Auswirkungen von Kriegen verwiesen, die sich

entgegen der Kriegspropaganda keineswegs auf „chirurgische“ Art nur auf militärische Ziele beschränken, oder es wird wie hier auf das globale Machtverhältnis und die koloniale Vergangenheit der interventionistischen europäischen Außenpolitik verwiesen:

*„Nun fordern westliche Politiker plötzlich Sanktionen und ein militärisches Eingreifen der NATO. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass ein militärisches Eingreifen Europas sich nur an eigenen Interessen orientiert und nicht am Wohl der Menschen im Süden. Die westeuropäischen Länder haben weite Teile Afrikas bis in die sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts kolonisiert. Bis heute profitieren sie von Zerstörung und ungerechten Wirtschaftsstrukturen. „No Foreign Intervention! Libyen People Can Manage It Alone!“ forderten Aufständische Ende Februar in Benghazi. Auch wenn die Aufständischen inzwischen militärisch mehr und mehr unter Druck geraten, ist eine Intervention der NATO abzulehnen. Denn sie bedeutet Krieg.“*

Protestaktion bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn. Verfasst von: Soli. Verfasst am: 18.03.2011

Hier wird auf der einen Seite beschrieben, dass das Wohl der Menschen in Libyen weder Ziel des NATO-Angriffs ist, noch dessen Ergebnis sein wird und zugleich eingestanden, dass die als emanzipatorisch eingeschätzten Aufständischen militärisch unter Druck gerieten. Sowohl der Bezug auf die Kolonialzeit, als auch die prinzipielle Ablehnung des Krieges hat offensichtlich einen pro-interventionistischen Kommentar provoziert:

*„Und weil die Menschen, die in Libyen gerne in einer Demokratie leben würden, dermaßen gegen eine irgendwie geartete Intervention sind und im Zweifel halt lieber sterben als **sich helfen** zu lassen, waren gestern nach der Abstimmung im Sicherheitsrat in Bengasi auch Frankreichfahnen zu sehen. Mal im ernst, so richtig es ist auch und gerade in diesem Zusammenhang die europäische Flüchtlingspolitik zu kritisieren, **so wenig kann man es ernst meinen**, dass die Menschen, die es selbst fordern, sich lieber ohne Hilfe **einer nach dem anderen erschießen** zu lassen, weil eine Intervention „imperialistisch“ wäre.*

*So ist das mit den Brillen, die man ungern absetzt. Meist kommt ein arg verzerrtes Bild dabei raus.“*

„antiimperialistische Brille“. Verfasst von: anonym. Verfasst am: Fr, 18.03.2011 (Hervorhebungen durch den Autor der Analyse)

Hier wird dem Artikel gegen die Intervention kategorisches Denken und ideologische Verstocktheit, welche ein unrealistisches Bild der Wirklichkeit konstruiert, vorgeworfen und zwar mit allerlei Zynismus - abgesehen davon, dass die angedeuteten Massaker gegen Oppositionelle „sich einer nach dem anderen erschießen zu lassen“ sich später als Propagandalüge entpuppten. Interessant ist allerdings, dass die ideologische Grundlage, der hier vorgeworfene dogmatische Antimperialismus, sich im Artikel gar nicht zeigt: Weder Kapitalismus

noch Imperialismus werden genannt oder sind in den Argumenten implizit vorhanden. Lediglich mit Blick auf die koloniale Vergangenheit, deren Kritik heute in der Linken Konsens ist, besagt der Artikel, dass es heute noch und darauf aufbauend „ungerechte[n] Wirtschaftsstrukturen“ gebe, von denen die alten Metropolen weiterhin profitierten.

Auch andere solche nicht-kommunistischen und nicht-anti-imperialistischen, aber antimilitaristischen Artikel, die zwar den Aufstand befürworten, aber die Intervention ablehnen, werden teilweise mit ähnlichen Kommentaren beantwortet. Das gilt auch für Artikel, die nicht mit dem Vokabular und den Eindeutigkeiten der AntiimperialistInnen arbeiten. Insgesamt kommen in den Kommentaren Positionierungen für die militärische Intervention deutlich häufiger vor, als in den (aufwändigeren) selbstgeschriebenen Artikeln. Obwohl auch die Mehrheit der Kommentare sich zumindest kritisch gegenüber einer Intervention darstellen, sind sehr einseitige und provokative Pro-Interventions-Kommentare auch auf Linksunten keine Seltenheit. Wichtigstes Argument ist hierbei der „Vorwurf“ des Antiimperialismus.

### 3.3 Antiimperialistische Artikel gegen den Kriegseinsatz

Tatsächlich lässt sich zwischen antiimperialistischen und pro-aufständischen Artikeln keine klare Unterscheidung ausmachen, sondern gehen diese Positionierungen fließend ineinander über. So stellen auch AntiimperialistInnen und selbstbezeichnend „rote“ Gruppen sich im März 2011 noch eindeutig gegen Gaddafi und für den Aufstand, obwohl sie ebenso wie die nicht-(explizit)-kommunistischen AntimilitaristInnen die Intervention ablehnen. Auch bei den AntiimperialistInnen wird der Aufstand differenziert betrachtet: Ein Artikel vom 11. März etwa stellt sich auf die Seite des Massenaufstands, denunziert jedoch die aufständischen militärischen Kräfte, die in der allgemeinen Wahrnehmung und häufig auch auf Linksunten als Aufständische aufgefasst wurden und sich später aber als gar nicht emanzipatorisch entlarvten:

*„Die nun ausgebrochenen Volkserhebungen sehen die damaligen Herrscherclans und der Westen als Chance ihre Macht wieder zu errichten und Libyen wieder in ein halbkoloniales Land zu verwandeln. Sie nutzen die Massenproteste um einen Krieg gegen den Gaddafi-Clan zu führen und seine Diktatur durch ihre zu ersetzen. Im „befreiten“ Osten Libyens errichtete die „Nationale Konferenz der libyschen Opposition“ eine Regierung unter der Flagge des früheren Monarchen. [...] Solidarität mit den revoltierenden Volksmassen Libyens – Nieder mit Muammar al-Gaddafi! Hände weg von Libyen – Nein zum Krieg – Keine Unterstützung der monarchischen Putschisten! Für ein freies Libyen – Hoch die internationale Solidarität!“*

Hände weg von Libyen - dem drohenden Kriegseinsatz entgegenreten! Verfasst von: Rote Antifa [Essen]. Verfasst am: 11.03.2011

Also selbst die antiimperialistischen Gruppen, denen eine sehr einseitige und verzerrte Sichtweise vorgeworfen wird, und denen unterstellt wird, sie würden Gaddafi trotz all seiner Ver-

brechen als antiimperialistische Kraft unterstützen, zeigen sich zum großen Teil als pro-aufständisch, Gaddafi-ablehnend und in diesem Fall auch als sehr weitsichtig – schließlich wird hier wie fast nirgends in der Berichterstattung der monarchistisch-putschistische Charakter der bewaffneten Opposition schon vor der Intervention erkannt. Auch wenn die Kritik an Gaddafi im Verlauf des Jahres abnimmt, finden sich auch in bekenhenden oder zumindest explizit antiimperialistischen Artikeln nur selten Argumente zur Verteidigung Gaddafis. Interessanterweise fehlen bei den Artikeln, die tatsächlich offensichtlich antiimperialistisch motiviert sind, die ansonsten häufigen Kommentare, die sich für die Intervention aussprechen.

### 3.4 Sich verändernde Positionen zum Aufstand und Pro-Gaddafi-Artikel

Im Laufe des Jahres nehmen die Artikel, die sich so einseitig positiv auf den Aufstand beziehen, ab - wahrscheinlich weil die Oppositionellen sich als wenig emanzipatorisch entlarvten, bzw. durch die Militarisierung des Konflikts die bewaffneten, anti-emanzipatorischen Kräfte unter den Aufständischen stärker an Gewicht gewannen. Wie beschrieben hatte die Auseinandersetzung mit Libyen in Artikeln auf Linksunten im März 2011 ihren Höhepunkt und flaut dann wieder stark ab. Ab April nehmen neben allgemein friedensbewegten/antimilitaristischen Argumenten und Positionen auch antiimperialistische zu, die die sich verschlechternde Lage in Libyen in eine allgemeine Gesellschaftskritik einbetten.

Am 18.6. wird dann der erste Artikel gepostet, der ansatzweise dem entspricht, was die Kommentare bereits von den vorigen Artikeln behaupten: Eine ausschließlich positive Darstellung Gaddafis und seiner Politik mithilfe von ökonomischen Kategorien, die auch den Imperialismus-Begriff bemühen:

*„So gelang es Gaddafi vor allem, die Öleinkünfte Libyens vor dem Zugriff des internationalen Kapitals zumindest teilweise zu retten und in die nationale Entwicklung Libyens zu stecken. Libyen besitzt noch immer das höchste Pro-Kopf-Einkommen in ganz Afrika, ein kostenloses Gesundheits- und ein ebenso kostenloses und entwickeltes Bildungssystem. Preise für Nahrungsmittel und (z.B.) Benzin sind sehr niedrig. Ein von Gaddafi in die Wege geleitetes Bewässerungssystem würde Libyen weitgehend unabhängig von Nahrungsmittelimporten und somit von der „Weizenwaffe“ der USA machen. [...] Dies passte den imperialistischen Ländern - allen voran Frankreich, aber auch Großbritannien, den USA und auch der BRD - schon lange nicht; unter Ausnutzung von Dissidenzen innerhalb des Gaddafi-Regimes wurde daher der bewaffnete Aufstand in Ost-Libyen unterstützt und in die Wege geleitet (siehe: <http://jghd.twoday.net/stories/libero-wie-sarkozy-den-libyschen-aufstand...> und: <http://jghd.twoday.net/stories/truppen-aktivitaeten-und-manoever-deuten-...> ).“*

Protest gegen Libyen-Krieg der NATO. Verfasst von: H. Eckel. Verfasst am: 18.06.2011

Der Artikel arbeitet mit Fakten, Zahlen und Quellenangaben. Wie zu erwarten war, wird in den Kommentaren aber darauf ebenso reagiert, wie zu den Artikeln gegen die Intervention,

die die Solidarität mit dem Aufstand betont hatten:

*Meint ihr das eigentlich ernst? Die „Errungenschaften der antikolonialen Revolution in Libyen, für die der Name Gaddafi immer noch steht.“ ??? und dann schämt ihr euch nicht mal auch noch zu behaupten Gaddafi wäre der Heilsbringer der Menschen dort gewesen. Meiner Meinung nach ist dieser Artikel menschenverachtende Hetze und sonst nichts.“*

„Gehts noch?“. Verfasst von: Harry. Verfasst am: So, 19.06.201

Weitere Artikel, die Gaddafis Führung in Libyen positiv bewerten, sind rar. Abgesehen vom eben genannten Artikel sind Pro-Gaddafi-Positionen auch im Rest des Jahres nicht in den Artikel antiimperialistischer Prägung zu finden. Jedoch scheint die Verurteilung des Einsatzes alleine den Verdacht der Glorifizierung Gaddafis in sich zu tragen und ab und zu entsprechende Kommentare zu provozieren.

Allerdings sei auch nicht verschwiegen, dass es bei den anderen beiden Artikel, die Gaddafi positiv darstellen, auch aus antimilitaristischer Sicht nachvollziehbar ist, dass sie heftige Kommentare provozieren. Die beiden Artikel sind vom selben Autor und wenn sie auch inhaltlich vielleicht nicht einseitiger und halbwarher sind als die meisten bürgerlichen Darstellungen, so beinhalten sie oft schlecht oder gar nicht belegte, überspitzte Aussagen und Übertreibungen über die Lage in Libyen und die Mediendarstellung:

*„Dass Demokratie Mord bedeutet zeigt die Nato seit Monaten. Dort werden CIA Agenten und andere europäische Söldner als Rebellen tituliert und die Nato stellt deren Luftwaffe dar. Unter der Lüge „Flugverbotszone“ fliegen die Natoterroristen mörderische und feige Angriffe auf Säuglinge, Frauen und andere Zivilisten. Dies wird dann als Schutz der Zivilisten verkauft. Diese Zivilisten die die Nato schützen will sind die bis an die Zähne bewaffneten Agenten und Söldner aus Kolumbien, Afghanistan, Irak und Exiltunesier die eingeschleust wurden.“*

Solidarität gegen den Natoangriff auf Libyen. Verfasst von: Paulchen. Verfasst am: 30.07.2011

Auch wenn es z.B. stimmt, dass die „Flugverbotszone“ in Wirklichkeit hunderte von Raketen- und Luftangriffen auf Bodenziele bedeutete, werden hier Tatsachen übertrieben dargestellt und nicht belegt, Vermutungen werden zu Wahrheiten verallgemeinert und das Ganze in einem moralischen und unseriösen Stil dargestellt („feige Angriffe“ usw.). So wundert es nicht, dass sich die Kommentare über den Artikel lustig machen und stark ablehnen. Diese Form von Artikeln ist allerdings die große Ausnahme auf Linksunten. Selbst der zweite Artikel desselben Autors zu dem Thema einen Monat später, stellt sich viel sachlicher und besser belegt dar.

Auch wenn sich manche Kommentare diesen Artikel als antiimperialistisch einstufen, so finden sich keine Hinweise dafür, dass der Autor einem tatsächlich organisierten oder theoretischen Antiimperialismus anhängt: Weder Imperialismus noch um Kapitalismus werden implizit oder explizit genannt, ökonomische Faktoren werden nicht angesprochen. Allein die Themenauswahl und starke Positionierung für Gaddafi wird

wohl als Indiz für Antiimperialismus verstanden, obwohl sich letztere bei den bekennenden AntiimperialistInnen zu diesem Thema in diesem Jahr so gut wie gar nicht fand.



#### 4. Fazit

Zumindest auf dem heute im deutschen Sprachraum wichtigsten Indymedia, Linksunten, zeigt sich der Diskurs zweigeteilt. Während fast alle Artikel sich gegen die Intervention stellen, finden sich in sehr vielen Kommentaren und einigen Crosspostings Positionen für das militärische Eingreifen der NATO-Staaten. Die Gegnerschaft zur Intervention ist dabei meist relativ ausführlich und verschieden begründet: Mal proaufständisch mal nicht, mal in neokolonialen und imperialistischen Kontexten erklärt und mal nicht, mal rein pazifistisch und mal eher militant und/oder linksradikal. Pro-Gaddafi-Darstellungen sind dabei die kleine Minderheit.

Die Kommentare sind unterschiedlicher, denn hier finden sich häufig welche, die sich für die militärische Intervention aussprechen. Die pro-interventionistischen Kommentare argumentieren häufig mit starken Ausdrücken oder mit zynischen Formulierungen und sind alle nur wenige Zeilen lang, obwohl lange Kommentare auf Linksunten recht häufig sind. Offenbar sprechen sich Linksunten-NutzerInnen, die sich etwas intensiver mit dem Thema beschäftigt haben, zumindest nicht für die Intervention aus. Kurze KommentiererInnen scheinen eher dem Diskurs der bürgerlichen Medien aufgesessen zu sein, in denen die Kriege meist ausgiebig legitimiert werden.

Außerdem wird in den Kommentaren den anti-interventionistischen Artikeln häufig der Vorwurf der unkritischen oder gar ideologisch verblendeten Sicht auf Gaddafi als „antiimperialistische Kraft“ gemacht. Tatsächlich ist das kaum der Fall, am wenigsten bei den sich offen als „antiimperialistisch“ bezeichnenden Gruppen, die auf Indymedia veröffentlichen.

Es zeigt sich also, dass KriegsgegnerInnen nach wie vor in der unabhängigen Linken präsent und fast nie BefürworterInnen von Diktaturen oder unreflektierte DogmatikerInnen sind, sondern auch bekennende AntiimperialistInnen differenzierte und aufständische Positionen einnehmen. Es zeigt sich aber auch, dass auch einige KriegsbefürworterInnen auf Indymedia unterwegs sind und in ihrer fast immer sehr kurzen Argumentation häufig auf eine Strohfigur dogmatisch-antiimperialistischer KriegsgegnerInnen einschlagen, um sich für den Krieg auszusprechen.

#### Anmerkungen

- 1 Die angesprochenen Verflechtungen beleuchtet u.a. das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung hier: <https://isw-muenchen.de/2014/03/die-verflechtungen-von-leitmedienpolitik-und-wirtschaft/>
- 2 Siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Indymedia>. Stand 8.Mai 2016.
- 3 Siehe Selbstverständnis von Linksunten: <https://linksunten.indymedia.org/de/mission>
- 4 Die 3.000 Emails von Hillary Clinton zu diesem Thema, die im März 2015 veröffentlicht wurden, zeigen auf, dass die US-amerikanischen Geheimdienste damals schon wussten, dass diese Anschuldigungen gegenüber Gaddafi nicht haltbar sondern zumindest teilweise Propagandalügen waren, vgl.: [IMI-Analyse 2016/10](#).

# Zahlen ohne Aussagekraft

## Der offizielle Bericht zu zivilen Opfern des US-Drohnenkrieg

von Marius Pletsch

Zwischen 64 und 116 Zivilisten sollen laut eines neuen Berichtes außerhalb von bewaffneten Konflikten durch US-Drohnen in der Amtszeit von Präsident Barack Obamas bis Ende 2015 getötet worden sein. Zudem wurde ein Dekret erlassen, das die Transparenz und die Rechenschaftspflicht der USA in ihrem „war on terror“ erhöhen soll. Zunächst soll sich näher mit den beiden Dokumenten befasst werden, bevor dann in einem zweiten Schritt mit Blick auf Medien, Menschenrechtsorganisationen und Wissenschaft eine Einschätzung zu den Papieren gegeben werden soll, wie glaubhaft die Zahlen sind und welche Auswirkungen das Dekret auf den Drohnenkrieg haben könnte.

Am 1. Juli 2016 gab es gleich zwei Veröffentlichungen zum umstrittenen US-Drohnenprogramm. Zum einen den Bericht des Direktors für die nationalen Nachrichtendienste (Director of National Intelligence, kurz: DNI) James Clapper, der erstmals die offiziellen Zahlen über Drohnenschläge, sowie Informationen über die Gesamtzahl der getöteten Personen enthält, sich also mit der Vergangenheit des Programms beschäftigt. Und zum anderen wurde eine von Präsident Barack Obama unterzeichnete sogenannte Executive Order, also ein Dekret veröffentlicht, das neue Maßnahmen und Richtlinien enthält. Diese sollen sowohl die Transparenz des Programms sowie die Rechenschaftspflicht und Verantwortung der USA in der Zukunft erhöhen.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung, so kurz vor dem Feiertag des 4. Julis, des Independence Days, wird wohl kaum ein Zufall gewesen sein. Den Titelseiten der Zeitungen wurde zu dieser Zeit wohl kaum allzu viel Aufmerksamkeit geschenkt. Andererseits ließe sich argumentieren, dass jene, die sich eingehender mit den Veröffentlichungen beschäftigen wollten, das ganze lange Wochenende zur Verfügung hatten, um einen näheren Blick auf die Zusammenfassung der Vergangenheit und die Beschränkungen für die Zukunft zu werfen, sollte es sie denn auch tatsächlich geben.

### Blick in die Vergangenheit des Drohnenprogramms

Beginnen wir also mit dem Blick in die Vergangenheit: Die Daten der Zusammenfassung des DNI decken den Zeitraum vom 20. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2015 ab. In dieser Zeit soll es 473 Luftangriffe, meist mit Drohnen, gegeben haben. Bodenoperationen sind nicht in die Zahlen eingeflossen, aber einige wenige Angriffe mit Cruise Missiles. Im Bericht werden diese allgemein „Strikes“ genannt, wobei sich die Zahl auf das intendierte Ziel bezieht und nicht auf die Zahl der in den Strikes benutzten Raketen und Bomben, was aber im NATO-Bündnis auch üblicherweise so gehandhabt wird.<sup>1</sup> Die Zahl gilt für Gebiete außerhalb von bewaffneten Konflikten, also nicht auf Afghanistan, Irak und Syrien. Auf welche Länder sich die Daten beziehen, wird in der Zusammenfassung selber nicht explizit erwähnt, aber zumindest vier Länder können wohl zweifelsfrei benannt werden: Pakistan, Jemen, Somalia und Libyen.<sup>2</sup>

In der Zusammenfassung wird eine Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten gemacht. Was der DNI unter Nicht-Kombattanten verstanden haben möchte, wird in dem Bericht wie folgt beschrieben: „Nicht-Kombattanten sind Individuen, welche nicht zum

Objekt eines Angriffes unter anwendbarem internationalem Recht werden dürfen. Der Begriff ‚Nicht-Kombattant‘ enthält nicht Individuen, welche Teil einer an bewaffneten Konflikten beteiligten Partei, Individuen, die direkt an Feindseligkeiten teilnehmen oder Individuen, die zu Zielen nach dem nationalen Selbstverteidigungsrecht der USA werden dürfen, sind. Männer, die im militärfähigen Alter sind, könnten Nicht-Kombattanten sein; es ist nicht der Fall, dass alle Männer im militärfähigen Alter in Nähe zum Ziel zu Kombattanten erklärt werden.“<sup>3</sup> Der letzte Teil der Definition ist auch direkt eine Verteidigung gegen den wiederholt geäußerten Vorwurf, der sich aus geleakten Dokumenten, die dem Investigativ-Portal „The Intercept“ zugespielt wurden, den sogenannten „Drone Papers“, ergibt.<sup>4</sup> Dieser Vorwurf wurde nicht nur von der Quelle der Papiere selbst, sondern auch bereits 2012 von der New York Times erhoben: „[Die Methodik] zähle effektiv alle Männer in militärfähigem Alter in einer Zone eines Angriffes als Kombattanten, [so berichteten] mehrere Offizielle der Administration übereinstimmend, solange nicht Informationen explizit posthum die Unschuld beweisen.“<sup>5</sup> Auch der Blog „War is Boring“ hatte in einem anderen Kontext durch eine Freedom of Information (FOI) Anfrage Ungereimtheiten bei der Einteilung von Personen in diese dichotomischen Kategorien bemerkt: Im Irak und in Syrien, bei dem laufenden Kampf gegen Daesh, sei die sogenannte Post Strike Analyse spätestens binnen 48 Stunden beendet gewesen und hätte zu fehlerhaften Resultaten geführt; so ergebe sich, dass die Analysen den US-eigenen Ansprüchen kaum gerecht würden.<sup>6</sup>

Die Unterscheidung in Kombattant und Nicht-Kombattant wird von Bratt Max Kaufman von der Bürgerrechtsorganisation „American Civil Liberties Union“ (ACLU) ganz grundsätzlich kritisiert: „In aller Kürze, die Regierung besteht weiterhin – nicht wie jede andere Nation auf der Welt – darauf, dass sie sich auch außerhalb von Kriegsgebieten immer noch im Krieg befindet. Für eine Administration, die mit dem starken Versprechen an die Macht kam, den ‚Globalen Krieg gegen den Terror‘ der Bush Administration abzuwickeln, bleibt dies ein signifikantes Politikversagen und eine Enttäuschung.“<sup>7</sup>

In der Zusammenfassung werden die Zahlen nun wie folgt aufgeschlüsselt: In den 473 Angriffen wurden zwischen 2372 und 2581 Kombattanten getötet. Mindestens 64, aber höchstens 116 Nicht-Kombattanten, sollen bei den Anti-Terror-Maßnahmen getötet worden sein. Dass diese Zahl auf massive Kritik stoßen würde, war auch dem DNI klar. Deshalb nimmt in der Zusammenfassung die Erklärung der erheblichen Diskrepanz zwischen den hier offiziell genannten Zahlen und den gesammelten Daten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Wissenschaftler\_innen anderthalb Seiten ein – von insgesamt zweieinhalb Seiten.

Die Diskrepanz erkläre sich laut DNI aus drei zentralen Punkten:

1. Zunächst wird auf die Beschränktheit des zugänglichen Wissens hingewiesen, die sich aus dem Faktum ergebe, dass US-Personal keinen Zugang zu gewissen Gebieten hätte,

in denen sich die Angriffe ereignen würden. Bei den sogenannten Post-Strike-Untersuchungen stünden den handelnden US-Stellen aber Informationen zur Verfügung, auf die Wissenschaftler und NGOs schlicht keinen Zugriff hätten, da sie geheim sind und durch nachrichtendienstliche Tätigkeit erworben worden wären. So könnte es passieren, dass die USA zuverlässige Informationen dafür hätten, dass eine Person Mitglied in einer Terrororganisation sei oder die USA bedrohen würde. Dies sei nicht unbedingt den NGOs zugänglich, diese Person würde dann also fälschlich von den NGOs als Zivilist\_in bezeichnet.

2. Die Kombination von verschiedenen Quellen bei der Post-Strike-Analyse sei einzigartig und sei höchstwahrscheinlich für NGOs so nicht verfügbar. Hier werden einige Quellen für die Informationen genannt: Video-Observationen, menschliche Quellen und Informanten, Signal Intelligence (kurz: SIGINT), Daten von Satellitenauswertungen, Hinweise von örtlichen Behörden und die Nutzung von öffentlich zugänglichen Quellen.
3. NGOs könnten bei ihren Berichten über zivile Opfer bewusst von „manchen Akteuren, auch Terrororganisationen“<sup>8</sup> getäuscht werden.

### Lektion gelernt? – Welche Konsequenzen in der Executive Order gezogen werden

Kommen wir nun zur zweiten Veröffentlichung, dem Dekret von Präsident Barack Obama, mit dem etwas sperrigen Titel: „Die Politik der Vereinigten Staaten zu Pre- und Post-Strike-Maßnahmen, um zivile Opfer in US Operationen, welche den Einsatz von Gewalt beinhalten, zu adressieren“. Zum einen enthält das Papier einige Maßnahmen und Richtlinien, die zivile Opfer verhindern sollen, darunter zwei Aufforderungen, um in die Rüstungs- und Überwachungsindustrie zu investieren: „(ii) Entwicklung, Anschaffung und Einsatz von Spionage-, Überwachungs- und Aufklärungssystemen, die zum Schutz von Zivilisten beitragen, indem Sie eine genauere Wahrnehmung des Kampfgebiets ermöglichen; (iii) Entwicklung, Anschaffung und Einsatz von Waffensystemen und anderen technischen Fähigkeiten, die in verschiedenen operationellen Kontexten eine weitere Unterscheidung bei der Anwendung von Gewalt ermöglichen.“<sup>9</sup>

Des Weiteren soll die Verantwortung der US-Regierung für den Tod von Zivilisten anerkannt werden und es sollen Entschuldigungen ebenso angeboten werden, wie Entschädigungszahlungen für Zivilisten, die verwundet oder deren Angehörige bei Einsätzen getötet wurden. Auch soll in Zukunft spätestens am jeweils 1. Mai ein jährlicher Bericht über die Opferzahlen veröffentlicht werden, entweder vom DNI oder von der Behörde, die mit dem Drohnen-Programm vom nächsten Amtsinhaber oder der Amtsinhaberin betraut wird. Bei der Informationsgewinnung und Auswertung sollten auch die Informationen der NGOs berücksichtigt werden, jedoch sollen auch immer wie auch bei der jetzigen Zusammenfassung Gründe für die Diskrepanz zwischen offiziellen Zahlen und solchen der NGOs gegeben werden.<sup>10</sup>

Zumindest mit der Organisation Reprieve lehnte die US-Regierung bislang jede Zusammenarbeit ab, obwohl sie offenbar angeboten wurde. So teilte es zumindest Jennifer Gibson, die für Reprieve arbeitet, auf dem Kurznachrichtendienst Twitter mit.<sup>11</sup>

### Die Bewertung der Veröffentlichungen: Zweifel und mehr Fragen als Antworten

In der Rezeption des DNI-Berichtes überwiegt die Kritik deutlich. Hier nur eine kleine Auswahl an Überschriften: „Wie Obama vom zurückhaltenden Krieger zum Drohnen-Champion wurde“<sup>12</sup>, „Warum die Behauptungen des Weißen Hauses zu Drohnen-Opfern zweifelhaft bleiben“<sup>13</sup> (beide Washington Post), „Drohenschlags-Statistik beantwortet wenige Fragen und stellt viele“<sup>14</sup> (New York Times), „Glauben sie den offiziellen Zahlen der US Regierung über Zahlen von zivilen Opfern von Drohnen nicht“<sup>15</sup> (Foreign Policy).

Für die erste Veröffentlichung von offiziellen Zahlen gab es zwar einiges Lob von NGOs, jedoch, so machte es Naureen Shah von Amnesty International deutlich, könne dies „nicht das Ende einer öffentlichen Diskussion über US-Drohnenangriffe sein, sondern nur der Anfang.“<sup>16</sup>

Klar ist, dass die nun veröffentlichten Zahlen weit unter jenen liegen, die von anderen Gruppen und Organisationen erhoben und veröffentlicht wurden. So geht das Bureau of Investigative Journalism (TBIJ) im gleichen Zeitraum, den auch der offizielle US-Bericht abdeckt, von 380 bis 801 zivilen Opfern aus.<sup>17</sup> Das Long War Journal geht von 471 Drohnenangriffen aus, jedoch nur in Pakistan und Jemen, dabei seien 207 Zivilisten gestorben.<sup>18</sup> Die Organisation New America kommt auf 506 Drohnenschläge in Pakistan, Jemen und Somalia, wobei insgesamt zwischen 2869 und 4290 Personen ums Leben gekommen sein sollen. Darunter sollen zwischen 162 bis 213 Zivilisten gewesen sein, wobei die Zahl möglicherweise noch höher ist, denn hier wird noch die Kategorie unbekannt geführt, in der zwischen 163 und 254 getötete Personen aufgeführt sind.<sup>19</sup>

Das zentrale Problem mit den offiziellen Zahlen ist dabei, dass man ohne nähere Informationen erst einmal relativ wenig damit anfangen kann. Jennifer Gibson versucht dies anhand eines Einzelbeispiels zu verdeutlichen: „Das größte Versäumnis dieser Veröffentlichung ist das Fehlen der Namen und Gesichter derjenigen Zivilisten, die getötet wurden. Die heutige Veröffentlichung sagt uns nichts über den 14-Jährigen Faheem Qureshi, der durch den ersten Drohnenangriff von Obama schwer verletzt wurde. Berichte besagen, Obama habe gewusst, dass er an jenem Tag Zivilisten tötete. Ist Faheems Familie unter diesen Zahlen?“<sup>20</sup> Die Familie des Jungen, der nun juristisch von Reprieve vertreten wird, wurde durch den Drohnenangriff getötet. Scott Shane schreibt für die New York Times: „Ohne, dass [die Zahlen, Anm. d. Autors] in Jahre oder Staaten heruntergebrochen werden, gar nicht zu reden von einer detaillierten Angriff-zu-Angriff-Aufstellung, sind die neuen Daten der Obama-Administration nur schwer zu bewerten. Zum Beispiel, in Übereinstimmung mit mehreren Studien von Human Rights Watch, Jemens Parlament und anderen, hat eine amerikanische Cruise Missile [die auch in die Statistik eingehen würde, Anm. d. Autors] in einem Angriff im Jemen am 17. Dezember 2009 41 Zivilisten getötet, darunter 22 Kinder und ein Dutzend Frauen. Mindestens drei weitere Personen wurden später beim Hantieren mit noch nicht explodierter Cluster-Munition getötet, die vom Angriff zurückgeblieben war. Wenn diese 41 in der offiziellen Berechnung auftauchen, was als wahrscheinlich gelten kann, dann wären lediglich 23 Zivilisten seit 2009 in allen anderen Strikes getötet worden, um die untere Grenze der amerikanischen Aufstellung von 64 [Zivilisten, Anm. d. Autors] zu erreichen. Nach nahezu allen unabhängigen Berichten ist diese Zahl unplausibel niedrig.“<sup>21</sup> Auch Micah Zenko weist in „Foreign Policy“ auf gegebene

sowie auf fehlende Informationen hin: „Die Obama-Administration hat vorsichtig einige zusätzliche Informationen über ‚Strikes‘ (keine Erwähnung von Drohnen oder unbemannten Fluggeräten) der ‚US-Regierung‘ (keine Unterscheidung zwischen CIA oder militärische Operationen) in ‚Gebieten außerhalb von aktiven Konflikten‘ (womit Jemen, Pakistan und Somalia gemeint sind) herausgegeben.“<sup>22</sup>

Gerade die Frage, ob die Central Intelligence Agency (CIA) oder das Militär die Angriffe ausgeführt hatte, ist durchaus von Interesse. Chris Woods hat für das TBIJ versucht, die hohe Anzahl an Opfern zu ergründen. Als einen zentralen Grund nannte er die Vorgehensweisen der CIA. Diese beinhalten die sogenannten „signature strikes“, was bedeutet, dass man durch Lebens- und Bewegungsmuster zum Ziel werden kann, ohne dass die Identität des Ziels bekannt sein muss. Auch seien bewusst Beerdigungen attackiert worden oder man sei nach der Methode des „double-tappings“ vorgegangen – das heißt: es wurde eine Rakete auf ein Ziel abgefeuert und dann wurde eine zweite Rakete auf jene abgefeuert, die den Verletzten Hilfe leisten wollten. Auch sei die CIA bei der Ausschaltung sogenannter „high-value targets“ – also Hochwertzielen, die den oberen Rängen, zum Beispiel von Al-Qaida oder den Taliban angehören – nur wenig erfolgreich gewesen. Bei dem Versuch 41 Hochwertziele auszuschalten, seien 1147 den USA namentlich unbekannte Personen gestorben, so hatte es Reprieve berichtet.<sup>23</sup>

Dazu befragt, warum Präsident Obama sich überhaupt etwas freigiebiger mit Informationen gibt, antwortete Michael Brzoska, der Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, im Deutschlandfunk wie folgt: „Ich denke, es gibt zwei Gründe. Der eine ist, dass er schon, glaube ich, nicht gerne in die Geschichte eingehen würde

als der Drohnenpräsident, wie ihn ja zum Beispiel selbst die damalige Außenministerin Hillary Clinton bezeichnet hat. Und das andere ist: Er will, dass das Drohnenprogramm so weitergeführt wird, wie er es jetzt bestimmt hat, nämlich dass man schon etwas darüber veröffentlicht, dass es nicht völlig im Geheimen bleibt.“<sup>24</sup>

Die Executive Order des Präsidenten soll nun zwar einerseits für etwas mehr Transparenz sorgen. Andererseits handelt es sich dabei aber um einen Schritt, der ohne Probleme vom nächsten Präsidenten oder der nächsten Präsidentin abgeändert oder ganz gestrichen werden könnte. Welchen Zweck das Dekret aber vor allem hat, ist das Programm auf ein solches Fundament zu stellen, dass es die Amtszeit Obamas weit überdauert. Darauf deuten auch die Aussagen eines Regierungsmitarbeiters hin, der der Washington Post sagte, dass das Dekret dafür sorgen solle, dass „die Architektur [des Drohnenprogrammes, Anm. d. Autors] beständig, nachhaltig und weit über die nächsten sieben Monate bestand hat.“<sup>25</sup> Auch solle durch das Dekret ein positives Beispiel für andere Staaten gegeben werden, die auch Drohnen einsetzen, sagte der Beamte.<sup>26</sup> Die Frage, warum sich der oder die Nachfolgerin im Amt diese Regeln auferlegen lassen soll, die für Obama die letzten sieben Jahre seiner Amtszeit schlicht nicht galten und erst recht, was nun das Beispielhafte am amerikanischen Drohnenprogramm für andere Staaten sein soll, wird aber in dem Artikel nicht beantwortet.

Was noch anzumerken ist: Es gibt nur zwei zivile Opfer, die auch von der US-Seite als solche namentlich genannt wurden. Die englischsprachige pakistanische Zeitung „Dawn“ schreibt zu den beiden Namen im Lichte der neuesten Veröffentlichungen Folgendes: „Der Mangel an Details, wie Namen, nähere Umstände usw. werfen ein Licht auf ein tiefer greifendes –



Kunstinstallation Drohnenschatten: CC-BY-SA Friedensbüro Hannover.

vielleicht das grundlegende – Problem, das der Entmenschlichung des ‚Feindes‘. Dies wurde stark verdeutlicht nach einem Drohnenangriff an der pakistanisch-afghanischen Grenze im Januar 2015, indem versehentlich Dr. Warren Weinstein, ein amerikanischer Staatsbürger [und der italienischen Staatsbürger Giovanni Lo Porto, Anm. d. Autors] getötet wurde, der von Militanten seit 2011 als Geisel festgehalten wurde. Obamas Ausdruck von ‚profundem Bedauern‘ war das erste Mal, dass ein ziviles Opfer in einem Drohnenangriff eine solche Antwort der USA entlockte. Die Ironie war unmissverständlich.“<sup>27</sup>

## Viele Fragen offen – Auswirkungen ungewiss

Neben den vielen ungeklärten Fragen bleibt die US-Regierung der Öffentlichkeit eine gemachte Zusage schuldig. Die Presidential Policy Guidance, kurz PPG, des Präsidenten, auch Playbook genannt, bleibt weiterhin geheim. Die Zusage wurde im Verlauf eines Prozesses um eine FOI Anfrage der ACLU gemacht. Ein Fact Sheet zu dem Dokument wurde zwar schon 2013 veröffentlicht, jedoch ließ es nur wenige Rückschlüsse auf die rechtlichen Grundlagen und Prozesse des Drohnenprogramms zu, die in diesem Dokument niedergeschrieben sind.<sup>28</sup> Laut diesem Fact Sheet habe Obama höhere Standards eingeführt; so dürfe jetzt nur noch jemand zum Ziel werden, wenn mit „near certainty“ – also nahezu mit Sicherheit – gesagt werden könne, die verdächtige Person sei auch Terrorist\_in und/oder würde eine Gefahr für die USA darstellen. Es müsse sichergestellt werden, dass nahezu mit Sicherheit keine Unbeteiligten in der Nähe wären. Auch fand im zeitlichen Zusammenhang mit dem Erlass der PPG ein merklicher Wechsel statt. Die Central Intelligence Agency (CIA) führte weniger Drohnenanschläge aus und es wurden langsam, aber stetig mehr Angriffe durch das Militär durchgeführt. Das Drohnenprogramm wurde jedoch noch nicht vollständig vom Militär übernommen. Doch der Wechsel heißt nicht automatisch mehr Öffentlichkeit und Transparenz. Denn das Kommando, unter dem die Angriffe meist durchgeführt werden, ist das Joint Special Operations Command (JSOC), das direkt dem Weißen Haus unterstellt ist und bis vor wenigen Jahren der Öffentlichkeit komplett unbekannt war.<sup>29</sup> Auch bedeuten die PPG und die jetzige Executive Order keine Abkehr von den umstrittenen „signature strikes“.<sup>30</sup>

Falls die Executive Order bestehen bleibt und die jährliche Veröffentlichungspraxis umgesetzt wird, dauert es trotzdem noch mindestens zwei Jahre, bis eine Vergleichbarkeit der Daten untereinander möglich wird. Denn Aussagekraft besitzen die jetzigen Daten letztlich keine. Auch können die jetzigen Veröffentlichungen nicht als ausreichend gelten, um Obamas Ziel von mehr Transparenz im US-Drohnenkrieg herzustellen. Sie können nur ein erster Schritt sein, von dem zu hoffen ist, dass er sieben Jahre nach der massiven Ausweitung von Drohneneinsätzen im „Krieg gegen den Terror“ durch Obama nicht zu spät gegangen wurde, um auch einen nachhaltigen Effekt zu haben.

## Anmerkungen

- 1 Zur Methodik der Zählung von Strikes: Chris Cole ([Drone Wars UK](#), 16.11.2015): New figures on UK drone use in Iraq and Syria.
- 2 Karen DeYoung / Greg Miller ([Washington Post](#), 1.7.2016): White House releases its count of civilian deaths in counterterrorism operations under Obama.
- 3 DNI (1.7.2016): Summary of Information Regarding U.S. Counterterrorism Strikes Outside Areas of Active Hostilities [Übersetzt durch Autor].
- 4 Ryan Devereaux ([The Intercept](#), 15.10.2016): Manhunting in the

- Hindukush.
- 5 Jo Becker / Scott Shane ([New York Times](#), 29.5.2012): Secret ‘Kill List’ Proves a Test of Obama’s Principles and Will [Übersetzt durch Autor].
- 6 Joseph Trevithick ([War is Boring](#), 2.7.2016): The White House Doesn’t Know How Many People It Has Killed in Targeted Strikes.
- 7 Brett Max Kaufman ([ACLU](#), 1.7.2016): President Obama’s New, Long-Promised Drone ‘Transparency’ Is Not Nearly Enough [Übersetzt durch Autor].
- 8 DNI (1.7.2016): Summary of Information Regarding U.S. Counterterrorism Strikes Outside Areas of Active Hostilities.
- 9 White House (1.7.2016): Executive Order -- United States Policy on Pre- and Post-Strike Measures to Address Civilian Casualties in U.S. Operations Involving the Use of Force [Übersetzt durch Autor].
- 10 White House (1.7.2016): Executive Order -- United States Policy on Pre- and Post-Strike Measures to Address Civilian Casualties in U.S. Operations Involving the Use of Force [Übersetzt durch Autor].
- 11 Jennifer Gibson ([Twitter](#), 1.7.2016).
- 12 Greg Jaffe ([Washington Post](#), 1.7.2016): How Obama went from reluctant warrior to drone champion.
- 13 Greg Miller ([Washington Post](#), 1.7.2016): Why the White House claims on drone casualties remain in doubt.
- 14 Scott Shane ([New York Times](#), 3.7.2016): Drone Strike Statistics Answer Few Questions, and Raise Many.
- 15 Micah Zenko ([Foreign Policy](#), 5.7.2016): Do Not Believe the U.S. Government’s Official Numbers on Drone Strike Civilian Casualties.
- 16 Nancy A. Youssef / Shane Harris ([The Daily Beast](#), 1.7.2016): Did Obama Just Lowball The Drone War Death Toll? [Übersetzt durch Autor].
- 17 Jack Serle ([The Bureau of Investigative Journalism](#), 1.7.2016): Obama drone casualty numbers a fraction of those recorded by the Bureau.
- 18 Bill Roggio ([Long War Journal](#), 1.7.2016): US government releases data on ‘counterterrorism strikes outside areas of active hostilities’.
- 19 New America (Zahlen aus eigener Berechnung aus Daten von [Pakistan](#), [Jemen](#), [Somalia](#) im fraglichen Zeitraum zwischen 20.1.2009 bis 31.12.2015).
- 20 Jennifer Gibson ([Reprieve](#), 1.7.2016): Drone death figures show the U.S. “simply doesn’t know who it has killed” [Übersetzt durch Autor].
- 21 Scott Shane ([New York Times](#), 3.7.2016): Drone Strike Statistics Answer Few Questions, and Raise Many [Übersetzt durch Autor].
- 22 Micah Zenko ([Foreign Policy](#), 5.7.2016): Do Not Believe the U.S. Government’s Official Numbers on Drone Strike Civilian Casualties [Übersetzt durch Autor].
- 23 Chris Woods ([The Bureau of Investigative Journalism](#), 1.7.2016): Official estimates show civilians more likely to be killed by CIA drones than by US Air Force actions. The reality is likely far worse.
- 24 Michael Brzoska im Gespräch mit Tobias Armbrüster ([Deutschlandfunk](#), 4.7.2016): „Ich denke, dass die Anzahl der Opfer größer ist“.
- 25 Karen DeYoung / Greg Miller ([Washington Post](#), 1.7.2016): White House releases its count of civilian deaths in counterterrorism operations under Obama [Übersetzt durch Autor].
- 26 Ebd.
- 27 Editorial ([Dawn](#), 4.7.2016): Death by drone [Übersetzt durch Autor].
- 28 Marius Pletsch ([IMI-Aktuell](#) 2016/175, 21.3.2016): US-Drohnenkrieg: Hauch von Transparenz? [Hier](#) ist der Link zum Fact Sheet.
- 29 Greg Miller ([Washington Post](#), 16.6.2016): Why CIA drone strikes have plummeted.
- 30 Karen DeYoung/Greg Miller ([Washington Post](#), 1.7.2016): White House releases its count of civilian deaths in counterterrorism operations under Obama.

**DIE WAFFEN NIEDER!**  
Kooperation statt NATO-Konfrontation  
Abrüstung statt Sozialabbau

**DEMONSTRATION IN BERLIN**  
8. Oktober 2016  
Auftakt: 12:00

**Alexanderplatz/  
Ecke Otto-Braun-Straße**

[www.friedensdemo.org](http://www.friedensdemo.org)

Kooperation für den Frieden  
Bundesausschuss Friedensratschlag  
Friedenskoordination Berlin



*Herausgeber des AUSDRUCKs ist die  
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.  
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die  
Auffassung der Informationsstelle wieder.  
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de), e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de),  
Tel. 07071/49154*